Abonnementspreis
[illegible] wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage und der Arbeitszeit. Bringerlohn 10 Pf., bei Geschäftsstellung in [illegible] Postgebühren 50 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
[illegible] wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mindestens zweimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu zahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 119. | Dresden, Donnerstag den 25. Mai 1905. | 16. Jahrg.

Die italienisch-österreichische Konferenz.

Wien, 23. Mai.

-th- Vorgestern und gestern tagte in Triest die gemeinsame Konferenz von sozialdemokratischen Delegierten und Parteivertretungen Italiens, Oesterreichs und Ungarns, die über die Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Italiens und über die Stellung der in Oesterreich wohnenden Italiener zu beraten hatte. Zweck und Bedeutung dieser in ihrer Art einzigen gemeinsamen Aktion der sozialdemokratischen Parteien dreier Staaten bestimmen sich aus der Eigenart Oesterreichs als eines vielsprachigen Länderkonglomerats. Die Italiener wie auch die Deutschen Oesterreichs gehören nach ihren kulturellen, ja zum Teil sogar nach ihren wirtschaftlichen Lebensbeziehungen den Nachbarstaaten an, in denen die ungeheure Mehrheit der Nation ihre politische Einheit und damit auch den Schwerpunkt der heutigen Existenz gefunden hat, politisch aber sind sie mit anderen unterjochten Völkern und Völkerteilen angegliedert an das wunderliche buntscheckige Gebilde, das aus der Hausmacht der Habsburger hervorgewachsen ist. Daraus ergeben sich Verwicklungen und Widersprüche in dem inneren Leben und in den äußeren Beziehungen der Oesterreich bewohnenden Volksstämme, wie sie kein anderes Land kennt, und wie sie — wenigstens zurzeit — am deutlichsten an der Lage und der Haltung der Italiener hervortreten. Allgemeine und besondere Ursachen wirken zusammen, daß die gemeinsamen Nachteile, die alle Völker Oesterreichs drücken, am deutlichsten sich den Italienern fühlbar machen.

Sie wohnen in Oesterreich in geringer Zahl — im ganzen etwa 600 000 Köpfe —, zur größeren Hälfte in dem rings von nichtitalienischem Gebiet umschlossenen Grenzlande Welschtirol, zur kleineren Hälfte über die Städte und Städtchen Istriens und Dalmatiens verteilt. Wenn schon die Deutschen Oesterreichs die literarischen, künstlerischen, zum Teil sogar — soweit allgemeine Strömungen des öffentlichen Lebens in Betracht kommen — auch die politischen Fragen Deutschlands als ihre eigenen Angelegenheiten betrachten und behandeln, so verkehrt sich bei den Oesterreichitalienern das Verhältnis vielfach derart, daß ihnen nur die Vorgänge in Italien als Erscheinungen des eigenen Gesamtlebens, die Oesterreich beherrschenden Richtungen und Strömungen als etwas halb und halb Fremdes fühlbar werden. Weniger gilt dies von dem stark mit slawischen Elementen durchsetzten, durch feste wirtschaftliche Bande an Oesterreich geketteten Triest, im weitesten Maße dagegen von dem rein italienischen, von Oesterreich arg vernachlässigten, blutarmen Welschtirol.

So ist Welschtirol das dynamische Zentrum der irredentistischen Bestrebungen. Politische Tagesfragen, die den Streit der letzten Jahre nährten, zogen aber die Gesamtheit der österreichischen Italiener in die heftigsten Kämpfe: allen voran der Streit um die italienische Universität und die Innsbrucker Studentenaffäre, welche die Italiener in Triest sogar die Waffenbrüderschaft, die sie dort mit den Deutschen gegen das vordringende Slawentum verbindet, vergessen ließ. Als weiteres Moment der Erregungen machte sich endlich geltend, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien in den letzten Jahren internationale Verstimmungen eingetreten waren, teils hervorgerufen durch den Unwillen der Italiener über die Weigerung des strengpapistischen Kaisers Franz Joseph, durch den Besuch in Rom die Tatsache der Abschaffung der Papstherrschaft offiziell anzuerkennen, teils durch den geschäftigen Ehrgeiz der italienischen Politik selbst, die seit manchem Jahr in Albanien den Schauplatz ihre Zettelungen gefunden hat.

Notwendigerweise berühren die Gegensätze und Zwistigkeiten auch das Proletariat bei den Nationen. Besonders in Südtirol sehen sich die Arbeiter genötigt, die an sich durchaus gerechtfertigte, aus unserem Programm der Autonomie der Nationen erfließende Forderung der Selbständigkeit des „Trentino" zu unterstützen. Dabei gerieten sie allerdings in keinem einzigen Falle in Mißhelligkeiten mit den deutschen Genossen, keinen Augenblick wurde die politische und gewerkschaftliche Solidarität auch nur getrübt. Wo es ein gerechtes Verlangen der Italiener gab, auch wenn es sich nicht um proletarische, sondern um rein kulturelle Angelegenheiten handelte, versagten die deutschen Sozialdemokraten ihre Hilfe niemals, wie erst in den letzten Tagen im Reichsrate das energische Eintreten des Genossen Ellenbogen für die italienische Universität in Triest bewiesen hat. Ebenso sind unsere italienischen Genossen vom Chauvinismus so weit entfernt, daß unter ihnen sogar der Wunsch laut geworden ist, einen Deutschen, Dr. Ellenbogen, in einem ihrer Wahlkreise bei den nächsten Wahlen kandidieren zu lassen. Allein, um auch in Zukunft allen Irrungen vorzubauen und auf den verschlungenen Pfaden der österreichischen Politik die Gemeinsamkeit des Handelns dem Proletariate beider Nationen in jedem Falle zu sichern, zugleich auch gegenüber dem sinn- und ergebnislosen Gezänk der bürgerlichen Politiker beider Lager den Beweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie für die Frage des Zusammenlebens der Nationen gedeihliche Lösungen zu finden weiß: galt es, in gemeinsamen Beratungen die leitenden Grundsätze der Politik festzustellen und feierlich auszusprechen. Ein besonderes Gewicht mußte einer solchen Konferenz das Beisein der italienischen Delegierten aus dem Reiche schon darum geben, weil dieser Art die zu behandelnden Fragen auf breiterer Basis gelöst werden konnten und weil den reichsitalienischen Sozialdemokraten daran lag, den albernen Kriegstreibereien ihrer heimischen Chauvinisten mit einer imposanten Kundgebung entgegenzutreten. Triest als der Hauptort der österreichischen Italiener ergab sich als Schauplatz der Konferenz von selbst.

Dies der Sinn und Zweck der Beratungen, die vorgestern und gestern im Triester Arbeiterheim gepflogen wurden. Teil nahmen daran: dreißig Delegierte aus allen Teilen des italienischen Oesterreich, aus dem Küstenlande, aus Görz und Welschtirol, ferner als Vertreter der Parteileitung und der Fraktion der reichsitalienischen Partei: Verda, Ferri, Bissolati, Maranigoni und Rigola, von der Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie: Ellenbogen, Pernerstorfer, Adler, Nemecz und Kristan, endlich von der ungarischen Sozialdemokratie: Bokanyi, Dr. Goldner und Buchmayer. Die Ansprache, mit der Dr. Adler die Konferenz eröffnete, läßt erkennen, in welchem Geiste die Verhandlungen geführt werden. Sie lautet: Wir haben mit Freude die Anregung begrüßt. Es ist notwendig und nützlich, daß die italienischen Sozialdemokraten von hüben und drüben sich klar werden, daß sie einen gemeinsamen Kampf zu führen haben und sich nicht durch Träumereien und Phantome davon ablenken lassen dürfen. Die italienischen Genossen müssen zusammen mit dem übrigen Oesterreich daran arbeiten, aus dem jetzigen völkermordenden Oesterreich ein neues Oesterreich zu schaffen, in dem die Völker sich frei entwickeln und ihre Geschicke selbst bestimmen können. Schwarz-Gelbe, Italianissimi und Deutschnationale nennen uns Verräter; wir ertragen aber diese Beschimpfung und werden uns von der Erkämpfung unseres Zieles nicht abbringen lassen."

In gleichem Sinne sprachen die Deutschen (Ellenbogen und Pernerstorfer), der Tscheche Nemecz, der Slovene Kristan, der Magyare Bokanyi und die italienischen Redner Oesterreichs und des Königreichs: Pittoni, Cicotti (Triest), Dr. Piscel (Rovereto), Ferri, Bissolati, Verda. Glänzender hat sich in praktischer Arbeit die internationale Gesinnung der Sozialdemokratie kaum je ausgesprochen. Und zu einer gewaltigen Kundgebung der proletarischen Solidarität, die die Arbeiterschaft entzweiter Völker mit dem Bande brüderlicher Liebe umschlingt, erhob sich die Triester Konferenz, mit der gewaltigen, von Tausenden und Abertausender italienischer, slovenischer und deutscher Genossen besuchten Triester Volksversammlung am Montag, wo von der Tribüne die Sprachen all der hier vertretenen Völker erklangen.

Politische Uebersicht.

Wahlrechtsvernichter an der Arbeit.

In der Hamburger Bürgerschaft kam am Mittwoch abend die Senatsvorlage zur Beratung. Der Senat verzichtete auf eine mündliche Begründung und begnügte sich damit, auf die schriftlichen Bemerkungen hinzuweisen, die der Entrechtungsvorlage beigegeben worden sind. Im Auftrage einer Mehrheit der Fraktion der Rechten erklärte Herr Stark: „Den Bürgerkreisen Hamburgs habe diese Vorlage einen Alp von der Brust genommen; denn sie sehen in ihr einen Schutz dagegen, daß in Hamburg die besitzlose Masse zur Herrschaft gelangt."

Namens einer Minderheit der Rechten zerpflückte Dr. Wolfsohn die Vorlage. Er wies darauf hin, daß die geplante Wahlentrechtung Verbitterung wachrufen müsse. Statt die große Masse zur Mitarbeit heranzuziehen, beschränke man ihre Mitwirkung aufs Aeußerste; dabei könne niemand behaupten, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft einen begründeten Anlaß zu einem solchen Vorgehen gegeben hätten. Die Vertreter der Sozialdemokratie hätten sich redlich bemüht, praktische Spuren zu finden auf dem Boden der bestehenden Ordnung. Die Wahlrechtsvorlage sei einer großen Handelsstadt unwürdig; ihre Ablehnung würde Hamburg zum Segen gereichen. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei vertrat Genosse Stolten in eindrucksvoller Rede. Der Reichstagsabgeordnete Semler erklärte, er sei an der Ausarbeitung der Vorlage nicht beteiligt. Die Debatte wurde schließlich auf Montag vertagt. In der Stadt herrschte während der Verhandlung große Erregung. Eine unzählige Menschenmasse staute sich vor dem Parlaments-

---

[12. Fortsetzung.] [Nachdruck verboten.]

Die Kommune.

Roman
von
Paul und Viktor Margueritte.

IV.

In dieser selben Nacht um zwei Uhr verließen sämtliche Truppen der Pariser Armee schweigend ihre Kasernen; durch den eisigen Nebel in tiefem Dunkel durchzogen lange Kolonnen die verödeten Straßen, die schlummernde Stadt. Mit leiser Stimme gegebene Kommandoworte, stumme Trommeln, gedämpfte Schritte — so breitete sich ein weites Netz von lebendigem Maschen über Paris. Die ganze Division Suebielle, die Brigaden Lecomte und Paturel, umzingelte den Montmartre, erklomm die Abhänge und rückte gegen die Mühle von La Galette und den Turm Solferino vor. Eine andere, General Faron, stieg nach Belleville hinauf, bei den Buttes-Chaumont stand General La Mariouse detachierend. Die Brigade Wolff besetzte den Bastilleplatz, die Brigade Derroja das Rathaus; die Brigade Hanrion die Tuilerien und den Luxembourg. Auf der Esplanade des Invalides und vor der Ecole militaire nahm die Brigade Rocher als Reserve Aufstellung. Alle militärischen Kräfte der Regierung waren mobilisiert, um die Zurücknahme der Kanonen zu versuchen.

Um drei Uhr morgens erreichte die Vorhut der Division Suebielle, unter Vorantritt von Stadtsergeanten und Gendarmen, die Höhe des Plateaus von Montmartre. Vor ihnen fliehen, ihre Posten und ihre Schlupfwinkel verlassend, die Nationalgardisten und verschwanden in den engen Gäßchen. Etwa sechzig Mann, die in der Rue des Rosiers, in demselben Hause, wo das Arrondissements-Komitee seinen Sitz hatte, einkasiert waren, pflegten den Nachtdienst in den Geschützparks der Butte zu versehen. Diesen Morgen befanden sich dort nur fünfundzwanzig Mann, von denen sieben die Wache bei den Kanonen hatten. In der Rue Müller erblickt einer von ihnen die anrückenden Truppen, die die Höhen zu besetzen im Begriffe sind; er ruft: „Wer da?" Im selben Augenblick streckt ihn eine Kugel schwer verwundet zu Boden. Die Gendarmen stürzten zum Wachtposten, ein Pelotonfeuer weckt die bestürzten Schläfer; man ergreift sie und schleppt sie in die Keller des Turmes Solferino. Nun durchstreiften Artillerieoffiziere rekognoszierend die Parks, zählten die Geschütze. Jetzt galt es die schwerste Arbeit, die Fortschaffung derselben.

Eine endlose Wartezeit beginnt. Die Gespanne kommen nicht.

Die Stunden der Nacht verstreichen, der Morgen bricht an, noch immer nichts zu sehen. Man wird ungeduldig, mit Anspannung aller Kräfte beginnt man, einzelne Kanonen herunterzuschaffen . . . Unter dem feinen Regen ducken die Truppen sich zusammen; ermattet tauschen sie fragende Blicke. Endlich haben die in den Champs-Elysees und auf dem Platz de la Concorde — in zu großer Entfernung und viel zu geringer Anzahl — stehenden Pferde sich in Bewegung gesetzt; es ist heller Tag. Vier Stunden sind verstrichen.

„Gnädiger Herr! Gnädiger Herr!"

Poncet, der spät erst eingeschlafen war, sprang empor. Seine Frau richtete sich erschreckt im Bette auf: „Brennt es?"

Melanie klopfte immer noch an der Tür.

„Gnädiger Herr! Die Truppen sind da! . . . Ueberall gibt's Soldaten! Hören Sie denn nichts? Die Sturmglocke läutet und die Trommeln werden geschlagen. Ganz Montmartre ist auf den Beinen, die Bataillone greifen zu den Waffen . . ."

Wie ein Blitz durchzuckte es Poncet: die Kanonen! . . . In fünf Minuten war er angekleidet und riß sich von seiner Frau los, die, sonst so mutig, ihn mit flehentlichen Bitten zurückzuhalten suchte. Ihn erfüllte nur ein Gedanke: in die Mairie eilen, sich ins Mittel legen. Es durfte kein Blut fließen! Das blutigrote Gespenst des Bürgerkrieges tauchte vor seinen Augen auf. Entsetzen erfaßte ihn. Diese Wahnsinnigen, die Soldaten und Volk aufeinander hetzten, die kalten Blutes sich in ein solches Abenteuer stürzten! . . . Nein, es war nicht möglich, es mußte etwas anderes sein! Die Kanonen waren nur ein Vorwand. Thiers, der Orleanist, und die Wütenden der Nationalversammlung versuchten einen Staatsstreich. Erst Paris zähmen, und dann . . .

Melanie erzählte in großer Aufregung: Sie wollte Milch holen gehen; Rothosen versperrten den Weg, andere Linienhosen zerstörten die Verschanzungen. Sie sahen nicht gerade sehr böse aus, ein paar Frauen sprachen sie an: „Was treibt ihr da? Ihr werdet uns doch nichts Schlimmes antun, wie?" Die armen Burschen, zähneklappernd vor Kälte, und noch so jung! Einige hatten Hunger, man gab ihnen zu essen und reichte ihnen einen Schluck Wein. . . . Unten begannen die Straßen sich mit Menschen zu füllen; man konnte es nicht fassen, Geschrei und Drohungen wurden überall vernehmbar . . . Die Artillerie steht schußbereit am Ausgang der Rue Dudon. Der Platz Vigalle ist mit Chasseurs zu Pferde angefüllt . . .

Poncet stürmte durch die Rue de la Fontenelle; ein Strom von Frauen, Kindern, Greisen wälzte sich über die Chaussee de Chignancourt der Rue Müller zu. In buntem Durcheinander marschierten zwischen den Nationalgardisten einzelne Wachen, die ihren Posten im Stich gelassen hatten, mit erhobenem Gewehrkolben oder die Taschentücher schwenkend. Ein langgezogener Schrei „Es lebe die Republik!" pflanzte sich durch die Massen fort . . . Plötzlich sind Linien-Schildwachen und Stadtsergeanten verschwunden. Eine gewaltsame Stauung, und die ungeheuere Woge überflutete das ganze Plateau. In der Rue des Rosiers wälzte eine zweite Woge sich ihr entgegen.

Von dem unaufhaltsamen Strome mitgerissen, verlebte Poncet in halbem Rausche diese Minute großen menschlichen Erschauerns. Immer furchtbarer wurde das Gedränge. Der Busen einer Frau, deren Haare sich gelöst hatten, schlug an seine Schulter; ein Greis hauchte ihm seinen alkoholdurchtränkten Atem ins Gesicht. Ueber den wogenden Köpfen, durch den dichten Nebel, erblickte er in der Ferne einen Mann zu Pferd, ein Käppi mit goldenem Laub, einen sich bewegenden Arm. Er sah Gewehre sich senken. Ein Augenblick unsagbarer Angst. Plötzlich erhob sich ein Gemurmel; die einen bestätigten, die anderen wiederholten Lecomtes Kommando: „Feuer!"

Inmitten der Schreie des Entsetzens und des Mitleids, von Frauen umringt, die unerschrocken vorwärts drängen mit den flehentlichen, beschwörenden Bitten: „Schießt nicht, ihr seid ja unsere Brüder!" senken die Soldaten von neuem die Waffen. Sofort entsteht wilder Lärm. Soldaten und Bevölkerung bilden ein wirres Durcheinander, eine einzige kompakte Masse. Poncet sieht, von dem Gedränge fortgerissen, den General um-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gebäude, weil man befürchtete, daß die Vorlage in einem Abende durchgepeitscht werden sollte. — Die Annahme der Vorlage ist durchaus nicht so sicher. Es werden voraussichtlich wenige Stimmen die Entscheidung herbeiführen.

Die revoltierenden Sklavenhalter.

Der Reichstag erlebte am Mittwoch am Schluß seiner Sitzung eine hochbedeutsame Szene. Schlot- und Krautjunker, die Bergtyrannen vom Rhein und die Sklavenhalter aus Kassubien, Junker und Junkergenossen, der ganze Janhagel des pferdestallduftenden borussischen Kleinadels, der Mob der Quitzowsprößlinge mit seinen strebertischen bürgerlichen Mitläufern, die Schmarotzer der Grundrente und die Ritter vom dicken Geldsack haben zugunsten des preußischen Klassenparlaments gegen das allgemeine Wahlrecht revoltiert. Dieselben Leute, die sich in heuchlerischen Tiraden über das Verhalten der Linken im Zollkampf ergingen, haben zu dem von ihnen so oft verdammten Mittel der Obstruktion gegriffen, um zu verhindern, daß der Reichstag die Reform des Bergrechts in seine Hand nimmt, nachdem das preußische Abgeordnetenhaus beides, seine Unfähigkeit und seinen bösen Willen, so überaus glänzend dokumentiert hat. Eben hat erst die Linke zugelassen, daß der konservative Initiativantrag v. Treuenfels, der ein neues agrarisches Privileg fordert, zur Beratung kam. Die Rechte hat ihren Dank abgestattet, indem sie durch Verlassen des Saales das Haus beschlußunfähig machte und so verhinderte, daß am Donnerstag die Initiativanträge des Zentrums und unserer Fraktion über das Bergrecht zur Beratung gelangen. Eben hat sich erst der Junkerfreund Paasche beschwert, daß Abgeordnete, die einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, an dieser Abstimmung dann nicht teilnehmen. Jetzt hat die Rechte nebst einem Teil der Nationalliberalen eben unter Paasches Führung dasselbe getan, worüber sie tags zuvor heuchlerisch geheult hatte. Wohl möglich, daß durch diese Obstruktion der Staatserhaltenden überhaupt verhindert wird, daß noch vor der Vertagung der Reichstag sich gesetzgeberisch mit der Bergarbeiterfrage beschäftigt, möglich wäre es ja auch, daß das Zentrum im Landtage an den Konservativen für ihr Verhalten im Reichstage Rache nimmt und eine Verständigung, wie sie auf Kosten der Bergarbeiter geplant ist, vereitelt. Nach dem bisherigen Verhalten des Zentrums ist aber leider wenig Aussicht dazu vorhanden.

Vor der großen Geschäftsordnungsdebatte erledigte der Reichstag eine sehr reichhaltige Tagesordnung. Er nahm den agrarischen Antrag Treuenfels an, der ein Privilegium der Tierhalter schaffen soll und bestätigte in dritter Lesung die antisoziale Erhöhung der Revisionssumme. Von unserer Seite sprachen zu der ersten Sache Molkenbuhr, zu der zweiten Stadthagen, die beide der reaktionären Mehrheit recht unangenehme Wahrheiten sagten. Ferner wurden noch die Wahl des freisinnigen Ordnungskartellers Barbek, aber auch die Wahlen der beiden scharfoppositionellen Polen Prejski und Korfanty für ungültig erklärt.

Der Paria des Reichs.

r. k. Die Geschichte des Reichs ist zugleich eine Leidensgeschichte der deutschen Arbeiterschaft und der ihre Interessen vertretenden Partei, der Sozialdemokratie. Wie viel Not und Elend das Sozialistengesetz über deutsche Arbeiter gebracht hat, ist überhaupt gar nicht zu bestimmen. Wer diesen Jammer genau darstellen wollte, müßte ein Werk von dem Umfange eines kleinen Konversationslexikons schreiben. Und mögen auch alle die Ausweisungen, die Verhaftungen, Gefängnisstrafen und Unterdrückungen von Zeitungen und Broschüren der Sozialdemokratie keinen Abbruch getan haben, so waren sie doch für die Betroffenen furchtbar hart.

Das Sozialistengesetz ist zwar gefallen, aber dennoch lastet auf den Arbeitern immer noch ein unerträglicher Druck. Das Reichstagswahlgesetz gibt ihnen nicht das, was es ihnen der Theorie nach geben sollte, sondern bringt sie durch die seit 34 Jahren unveränderte Wahlkreiseinteilung um mindestens 1½ Dutzend Mandate. Das preußische und sächsische Landtagswahlgesetz suchen den Arbeiter politisch überhaupt mundtot zu machen. Er muß zwar keine Landessteuern bezahlen, er leidet unter den Mißständen seines engeren „Vaterlandes" ebenso wie alle anderen Preußen bezw. Sachsen, aber die Türe zum Parlament ist ihm verschlossen. Nirgends hat er eine Stätte, wo er ohne Rücksicht auf Gendarmen und Staatsanwalt seinen Beschwerden Ausdruck geben kann. Und wenn Arbeiter in öffentlichen Versammlungen beraten wollen, so werden sie auch daran nicht selten unter den nichtigsten Vorwänden verhindert. Jene Broschüre des Genossen Bebel, worin er die Dokumente über die sächsische Praxis auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts zusammenstellt, sollte in alle europäischen Sprachen übersetzt werden, damit Europa sehen könnte, was im Lande der „Denker und Kritiker" möglich ist, und daß es in ihm in mancher Hinsicht noch viel russischer zugeht als in Rußland. Und welche Redakteure, welche Redner werden von der Staatsgewalt am härtesten bestraft, wenn sie in der Hitze des Gefechts auch nur ein bißchen gegen das Gesetz verstoßen oder bei gewöhnlichen Beleidigungsprozessen „nur" 90 Hundertstel ihrer Behauptungen beweisen, die Richtigkeit der anderen 10 Hundertstel aber nicht vollkommen erweisen können? Das sind die sozialdemokratischen Redakteure und Redner, also die Vertreter der Arbeiterklasse.

Welch ein Haß herrscht gegen streikende Arbeiter! Schließen staatliche Beamte sich zusammen, um höhere Gehälter zu erhalten, so kümmert die Polizei sich gar nicht darum. Selbst den pensionierten Offizieren, die doch unter scharfer Aufsicht stehen, verargte es niemand, als sie sich in corpore für höhere Ruhegehälter ins Zeug legten. Fast jeder Mensch auf der Welt strebt nach einer besseren Lebenslage, sogar Monarchen und Prinzen haben schon die Erhöhung ihrer nach Millionen bezw. Hunderttausenden zählenden Zivillisten und Apanagen gefordert, in Preußen liefen die Minister ihre Gehälter um je 25 000 M. pro Jahr vom Landtag erhöhen, nur den Arbeitern wird es verübelt, wenn sie höhere Löhne fordern oder sich gegen eine Lohnreduktion wehren. Dann tritt die auch von den Steuergroschen des Proletariats erhaltene Polizei gar nicht selten auf die Seite des Unternehmertums und schickt Streikposten unter dem fadenscheinigen Grunde, daß sie den Verkehr hemmen, fort, obwohl ein Streik ohne Streikposten nicht durchzuführen ist. Es sei weiter an die schweren Strafen erinnert, die gegen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen wegen angeblicher Beleidigung von Arbeitswilligen verhängt werden. Selbst harmlose Bemerkungen, die nur etwas Spott enthalten, werden mit vielen Tagen Gefängnis geahndet. Dazu kommen dann noch die furchtbaren Urteile à la Löbtau.

Sehr charakteristisch ist das Verhalten der Reichsleitung und der preußischen Regierung gegen die Bergarbeiter. Herr von Bülow drohte mit dem Schießeisen, dann kamen diplomatisch gehaltene Versprechungen, und was daraus geworden ist, kann man jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus bewundern. Der einzige Weg, auf dem für die Arbeiter ein wenigstens halbwegs annehmbares Gesetz zu schaffen gewesen wäre, nämlich der Appell an den Reichstag, wurde nicht nur unterlassen, sondern die Regierung sträubte sich dagegen mit Händen und Füßen. Sonst ist der führende Staat des Reiches sehr für den Unitarismus, wenn es aber die Knebelung der Arbeiter oder der Polen gilt, ist er hochgradig partikularistisch. So wurde denn auch die „Reform" der Berggesetze dem preußischen Landtag überwiesen, in dem zwar kein einziger Arbeitervertreter sitzt, dafür aber das Scharfmachertum in vollster Blüte steht. Dem Arbeiter, der aus diesem Vorgang nicht die Lehre zieht, daß das jetzige Regierungssystem arbeiterfeindlich ist und auch nicht entfernt den guten Willen hat, den Arbeitern ihre Misere zu erleichtern, ist überhaupt nicht zu helfen.

Beschwichtigungsphrasen werden uns das Wohlwollen der hohen Obrigkeit für die Arbeiter mit der „Sozialgesetzgebung" des Reiches, also mit den geringen Summen, die der Arbeiter im Invaliditäts- und Krankheitsfall sowie in einem Alter, das er meistens nicht erreicht, erhält, zu beweisen suchen. Glaubt denn wirklich jemand, daß der Arbeiter über diesen kärglichen Unterstützungen, um die er manchmal auch noch einen heißen Kampf führen muß, die Behandlung vergißt, die er erdulden muß? Bildet man sich wirklich ein, daß er deswegen die Parteinahme des Staates gegen ihn, seine politische Entrechtung als Staatsbürger, die harten Urteile, die auf seine Klasse niederprasseln, ad acta legt?

Die Erfahrungen, die er macht, müssen ihn um so mehr erbittern, als er genau weiß, daß er den Reichtum geschaffen hat, der im Deutschen Reich anderen zur Verfügung steht. Während die verhätschelte Landwirtschaft nicht einmal imstande ist, den für das Reich nötigen Bedarf an Getreide und Vieh zu produzieren, ist die deutsche Industrie, dank der Tüchtigkeit ihrer Arbeiter, eine gefürchtete Konkurrentin auf dem Weltmarkt geworden. Würde die deutsche Industrie wieder verschwinden und das Reich zum reinen Agrarstaat werden, so sänken die Einnahmen des Reiches und der Einzelstaaten mindestens um ein Drittel. Und zum Dank für seinen Fleiß und seine Intelligenz wird der deutsche Arbeiter gehetzt und unterdrückt, man stempelt ihn zum Paria, dem nur die Rolle eines Arbeitstieres zugedacht ist und dem jeder Versuch, seine Lage zu verbessern, jedes selbständige Denken als Verbrechen angekreidet wird!

Der Arbeiter wäre freilich nicht der Paria des Reiches, wenn alle Arbeiter sich der Bedeutung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation bewußt wären und danach handeln würden!

Wieder Teilgeschosse.

Von neuem hat einen der Hauptschuldigen der grauenhaften Taten der russischen Machthaber die Vergeltung erreicht. Aus Baku meldet der Telegraph:

Gestern, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, wurde der Gouverneur Fürst Nakaschidse durch eine Bombe getötet; ebenso ein Kosakenoffizier, der zufällig vorbeiging. Der Kutscher wurde verwundet.

Dieser Fürst Nakaschidse hat besonders die empörenden Greueltaten in Baku verschuldet, die die Welt mit Entsetzen erfüllten. Vor kurzem erst hat das Stadtoberhaupt von Baku den hingerichteten Fürsten in einem offenen Briefe als den Veranlasser der Schlächterei bezeichnet.

Gleichzeitig ist auch in Warschau wieder ein Vertreter der Blutherrschaft von einem Rächer erreicht worden. Ein unbekannter Mann schleuderte eine Bombe gegen den Polizeichef von Siedlce, der schwer verwundet wurde. Der Urheber des Anschlags ist entkommen.

Solche Taten müssen auf dem Boden der russischen Gewaltherrschaft reifen. So äußert sich die Notwehr des russischen Volkes gegen eine Herrschaft von Bluthunden.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Mai. Der Reichstag soll spätestens nächsten Mittwoch bis Oktober vertagt werden, doch bemühe man sich, bereits bis kommenden Sonnabend mit den dringlichsten Arbeiten fertig zu werden, um schon an diesem Tage den Reichstag entlassen zu können. Auf eine Erledigung des Militärpensionsgesetzes noch vor der Sommerpause hat die Regierung verzichtet; dagegen sollen die Anträge für einen reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz noch beraten werden.

Ultramontane Leithammelei. Mit welcher Raffiniertheit die Ultramontanen arbeiten, um sich ihre Schäfchen zu sichern, zeigt recht deutlich ein Fall, der der Leipziger Volkszeitung berichtet wird. Aus dem westfälischen Orte Altenhundem wird ihr Monat März ein junger Handwerker, der nach Solingen zu gehen beabsichtigt, von dem katholischen Pfarrer seines Ortes zu sich geladen und ihm eingeprägt, daß er ja in dem Orte seiner zukünftigen Wirksamkeit seine „heilige" Kirche und die christlichen Vereine, die zum höheren Ruhme des Zentrums wirken, nicht vergessen dürfe. Um ja recht sicher zu gehen, überreicht der Herr Pfarrer dem Handwerksmann einen Brief, den er bei seinem Arbeitsantritt in Solingen dem dortigen katholischen Pfarrer vorzuzeigen und sich überdies ordnungsgemäß vorzustellen habe.

Und dieses Machwerk sah so aus:

Ueberweisungsschein.

An den kath. Herrn Pfarrer bezw. Seelsorger in Solingen!

Tischler Anton M...., 20 Jahre alt, geboren ...., gehört mein Pfarrkind, bezw. bisher wohnhaft in hiesiger Pfarr, — Filial- — Gemeinde, verzieht nach .... zu der Familie .... Derselbe ist ermahnt, sich Ihnen gebührend vorzustellen und diesen Ueberweisungsschein persönlich zu übergeben. Sie wollen selbigen in Ihre besondere seelsorgerische Obhut nehmen, mir aber binnen 14 Tagen die angehogene Bescheinigung gütigst zurücksenden und mich so über die geschehene Vorstellung zu vergewissern.

I. a. Fr.

...., den 19

(Kirchenstempel.) ...., Pfarrer—Vikar—Kaplan

Diesem Ueberweisungsschein ist noch folgendes bezeichnende Postskriptum angefügt:

P. M.... war hier Mitglied der Mar. Jüngl.-Sodalität. Bitte demselben die erforderlichen Anweisungen zu geben und ihn einem entsprechenden Vereine zu überweisen.

Auf der anderen Seite dieses Formulars befindet sich dann eine abzutrennende Bescheinigung des Pfarrers, bei welchem die „geziemende" Vorstellung des „Pfarrkindes" erfolgt ist. So versuchen die katholischen Pfaffen ihre Schäfchen an der Leine zu halten und förmlich unter kirchenpolizeiliche Aufsicht zu stellen.

Reichsfinanzreform und Verbrauchssteuern. Die württembergische Kammer nahm in einfacher Abstimmung einen Zentrumsantrag an, der dahin lautete, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat aus Anlaß der Beratungen über die Reichsfinanzreform darauf hinzuwirken, daß etwa erforderliche Mittel nicht durch eine neue Belastung der Massenverbrauchstartikel aufgebracht werden.

Vom Vernichtungskriege in Südwestafrika. Der Telegraph meldet:

Hauptmann Siebert gelang es am 19. Mai, unweit Hafuras den Bandenführer Morenga und den Kapitän der Feldschodrager Hans Hendrik mit 150 Hottentotten nach vierstündigem Gefecht zu schlagen und über die englische Grenze zu werfen, wo sie von der englischen Polizei entwaffnet wurden.

Unsere Kolonialfexe schicken sich bereits an, einen großen, bedeutungsvollen Sieg aus der Sache zu machen. Es handelt sich aber lediglich um ein Scharmützel, das dadurch für den Häuptling Morenga und seine 150 Hottentotten ungünstig verlaufen ist, weil ihm die Engländer, als er auf dem Rückzuge war, in den Rücken gefallen sind. Viel Rühmliches ist dabei wahrlich nicht.

Sozialdemokraten als Anwälte der Soldaten. Aus Oldenburg wird gemeldet: Der kommandierende General des 10. Armeekorps empfing gestern den hiesigen sozialdemokratischen Führer Heitmann, der ihm Beschwerden über eine Reihe fortgesetzter schwerer Soldatenmißhandlungen im 91. Infanterieregiment unterbreitete. Die militärische Untersuchung ist eingeleitet.

Der neue Reichsgerichtspräsident. Anläßlich der Ernennung des Unterstaatssekretärs v. Seckendorff wird von der liberalen Presse nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Herr v. Seckendorff anfangs Staatsanwalt, also abhängiger Beamter gewesen ist, dann ist er 20 Jahre Mitglied des Reichsjustizamts gewesen, dann sechs Jahre Unterstaatssekretär im

---

ringt, inmitten eines betäubenden Lärms von Schmähungen und Vorwürfen fortgeführt . . . Die Soldaten gebärden sich am wütendsten; sie verfolgen ihn mit wilden Drohungen; die Nationalgardisten schlagen sich ins Mittel und decken ihn. Alles verschwindet.

Da bog er, aufs tiefste erschüttert, in eine Gasse ein, die er nicht wiedererkannte, obgleich er sie täglich passierte. Wie in wachem Traume folgte er einer Gruppe von Leuten, die mit lauter Stimme die Szene besprachen. Drei ins Blaue gerichtete, schnell aufeinander folgende Kanonenschüsse machten ihn erbeben. Was gab es wieder? fragte er voll Bangen. Er befand sich wieder in der Rue Haloze. Die Truppen der Mühle von La Galette waren im Begriff, sie niederzureißen. In der Rue Lepic wurden die von den Artilleristen des Generals Paturel herabgeschleppten, an die ersten herbeigebrachten Pferde gespannten, eben erst erschienenen Kanonen ergriffen und unter Stößen und Verwünschungen die Seile entzweigeschnitten. Auf der Place Blanche herrschte unter den Truppen noch Eintracht. Viele von ihnen schlichen sich hinweg. Poncet hörte einem Nationalgardisten zu, der, eine schwarze Binde über dem einen Auge, unter lebhaften Gestikulationen erzählt:

„Ein General mit seinem Stab ist soeben vorbeigaloppiert. Sie blasen zum Rückzug. Man hat zwei getötete Pferde zerteilt, um sie zu verzehren. Fleisch für die Armen, da ist nichts übrig geblieben! Auf der Place Pigalle haben die Linientruppen nicht schießen wollen . . . Die Chasseurs zu Pferd haben uns, statt anzugreifen, mit dem Hinterteil ihrer Pferde zurückgestoßen. War das ein Gelächter! Ein Hauptmann wiederholte zornig: „Aber so greift doch an!" Und er säbelt einen Soldaten und zwei Frauen nieder. Da — ein Flintenschuß, er fällt. Die Liniensoldaten erheben die Kolben. Hinter den Baracken der Boulevards im Hinterhalt liegende Gendarmen fangen an, uns zu beschießen . . . Man entwaffnet sie . . . Seht nur, da führt man sie weg! Guter Fang! . . ."

Poncet sah etwa sechzig Gefangene vorbeimarschieren, von einem heulenden Menschenhaufen begleitet. Sein Herz krampfte sich zusammen. Was sollte mit ihnen geschehen, wohin führte man sie? Von dieser aufs äußerste gereizten, halbbesinnungslosen Menge war alles zu befürchten. Er rief: „Auf die Mairie!" — dort wären sie in Sicherheit. Er selbst trat an die Spitze des Zuges . . . Vor allem diese Menschen retten, das war der einzige Gedanke, der ihn beherrschte. Alles andere blieb unklar. Welch eine Katastrophe! Wie schnell war das alles gekommen, und wohin sollte es führen? . . . Keiner vermochte es zu sagen. Alles krachte und versank in dem ungeheuren Zusammenbruch. General Faron, der in Belleville ohne Schwertstreich um drei Uhr morgens Herr der Mairie war, La Mariouse, dem es bei den Buttes-Chaumont aus Mangel an Bespannung nur achtzehn Kanonen aus den drei Parks in die Ecole militaire zu bringen gelang, sahen sich innerhalb einiger Stunden von der friedlichen Erhebung des Volkes besiegt. Frauen, Kinder wandten sich freundlich an die Soldaten und beschimpften sie mit dem Rufe: „Die Linientruppen, sie leben hoch!" Die Regimenter schmolzen zusammen. Gleichzeitig erhoben sich um sie her, in dem stillen Stadtteil, die Barrikaden, den Rückzug abschneidend. Stumm und gleichgültig sahen sie zu. Da entschloß sich Faron zum Weichen: ein Augenblick noch, und der Rückzug war unmöglich; ein weiterer Augenblick, und es waren keine Truppen mehr da. Klug vermittelnd, hier lächelnd, dort die Zähne zeigend, gelang es ihm, seine Leute fast unversehrt zurückzuziehen. Ebenso vollzog auf dem Bastillenplatz die Brigade Wolf noch rechtzeitig ihren Rückzug. Im Luxembourg übergab eines der Regimenter der Brigade Hanrion die Waffen und paktierte mit der Nationalgarde, die die Gitter mit Gewalt erbrochen hatte. Um elf Uhr war auf allen Punkten die Partie verloren, die Armee löste sich auf und ging zum Volke über.

Vergeblich wurde seit dem Morgen in den dreißig Bataillonen, die allein noch einen Rest von Sympathie für die Regierung zeigten, auf d'Aurelles' Befehl aus Leibeskräften der Generalmarsch geblasen. Höchstens fünfhundert Nationalgardisten gehorchten dem Sammelsignal und zerstreuten sich schnell wieder. Und an den Mauern breiteten sich in all ihrer Ohnmacht, ein ironischer Kommentar dieses riesigen mißlungenen Streiches, die Plakate, enthaltend das Manifest Thiers' und seiner Minister, welches die guten Bürger aufforderte, sich von den schlechten zu scheiden, die Schuldigen mit strenger Strafe bedrohte und die „sofortige, völlige" Rückkehr zur Ordnung forderte.

In der Mairie des XVIII. Arrondissements, wohin Clemenceau längst schon von der Butte zurückgekehrt war, der er bei Tagesanbruch erstiegen hatte, um von Lecomte die Auslieferung des verwundeten Nationalgardisten zu verlangen, erfuhr Poncet aus dem Munde des Bürgermeisters selbst, daß der General mit seinen Offizieren, im Chateau-Rouge eingeschlossen, sich in Sicherheit befand. Von seinen offenkundigen revolutionären Beamten im Stich gelassen, bewachte Clemenceau selbst die in den Kellern versteckt gehaltenen Gendarmen. Rings um die Mairie, welcher ohne Unterlaß unter Trommelschlag geschmetterte Scharen von Nationalgardisten zuströmten, herrschte außerordentliche Bewegung. Zur Ruhe mahnend, Berichte einsammelnd, ging Poncet von einem zum andern. Seltsame Gerüchte waren es, die er da vernahm: man wollte in einer Gruppe den ehemaligen Polizeipräfekten des Kaiserreichs, Pietri, erkannt haben. Unter dem Haustor standen in heftigem Disput einige Mitglieder des Komitees der Rue des Rosiers. Andere, vom Ueberwachungskomitee der Chaussee de Clignancourt, hatten soeben den Befehl zur Errichtung von Barrikaden erlassen und Bergeret, vom Zentralkomitee, zum Legationschef ernannt.

Dieses, aus der von der Polizei überwachten Place de la Corderie weichend, hatte für den Abend des 18. in der Schenke der Rue Basfroi, hinter der Bastille, eine Zusammenkunft verabredet. Von dem unvermuteten Angriff und der Auflösung der Armee überrascht, hatten sich kaum zehn Mitglieder dort eingefunden, und diese wußten nicht wo aus noch ein. In den verschiedenen Stadtteilen organisierte sich der Widerstand. Jedes für sich: Bergeret in Montmartre, Varlin in Batignolles, Duval im Pantheon, Faltot in der Rue de Sèvres, Pindy im III., Brunel und Ranvier in Belleville und dem X. Arrondissement. Die Bataillone treten auf der Stelle, keines ergreift noch die Offensive.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Staatsministerium, also immer wieder abhängiger Verwaltungsbeamter. Die Vossische Zeitung bemerkt dazu noch, dem Herrn v. Seckendorff fehlten zu seinem wichtigen Amte an der Spitze des Reichsgerichts „die Erfahrung in der richterlichen Praxis und die wurzelfeste Vorliebe und Begeisterung für den unabhängigen Richterberuf".

Bisher ist es überhaupt Praxis gewesen, die Reichsgerichtspräsidenten aus den Reihen der höheren Verwaltungsbeamten zu entnehmen. Das ist jedenfalls ein sehr charakteristisches Verfahren.

Eine rührende Rücksicht auf die Agrarier hat die badische Regierung bei Festsetzung des Wahltermins für die Reichstagsersatzwahl im 2. badischen Wahlkreise an den Tag gelegt. Die Wahl sollte anfangs am 30. Juni stattfinden. Jetzt wird hier gemeldet, daß der Termin mit Rücksicht auf die Ende Juni in München stattfindende Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die auch von badischen Landwirten besucht werde, die Wahl auf den 7. Juli verschoben worden ist. Wenn das schon am grünen Holze des „liberalen" badischen Musterländchens geschieht . . .

Ueber einen auffälligen Vorgang wird aus Malstatt-Burbach folgendes gemeldet: Eine Schutzmannspatrouille hat kürzlich in einer Nacht unweit der Saarschleuse auf einen Spaziergänger, der pudelnaß war und aus vielen Wunden blutete, Jagd gemacht, von drei Dragonern hinterrücks überfallen, mit der Waffe niedergemacht und dann in die Saar geworfen worden zu sein. Er habe jedoch, von seinen Peinigern unbemerkt, glücklich das Ufer wieder erreicht. Der Mann, welcher ins Hospital geschafft werden mußte, will die Dragoner erkannt haben. Hoffentlich wird der Fall mit erforderlicher Gründlichkeit untersucht.

Meineid und Militärjustiz. Einen Meineid hatte der Gefreite Fritz vom 23. bayrischen Inf.-Reg. aus Gefälligkeit für einen Unteroffizier geschworen. Er wurde deshalb von dem Kriegsgericht der 3. bayrischen Division zu Landau (Pfalz) zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Unteroffizier, der den Gutz zum Meineide angestiftet haben sollte, wurde, nach der Frankf. Ztg., freigesprochen, obwohl für ihn zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus beantragt waren.

Kleine politische Nachrichten. In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates wurden Neumayer zum ersten und Porzer zum zweiten Vizebürgermeister gewählt. — Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Mai, wonach für die Küstenbefestigungen bei Wilhelmshaven eine Erweiterung des Rayons in Aussicht genommen ist. — Der sozialistische Abgeordnete Gerault Richard wird in der französischen Deputiertenkammer die Abschaffung der kirchlichen Feste und deren Ersatz durch weltlich benannte beantragen.

Schweden.

Die Arbeiterfeindlichkeit im Klassenstaate tritt jetzt in Stockholm anläßlich des Streiks der Straßenreiniger in Stockholm, zur Karikatur verzerrt, in Erscheinung. Es haben sich Studenten, weibliche und männliche Kontorangestellte, Schiffskapitäne und Bourgeiskinder freiwillig erboten, Streikbrecherdienste zu übernehmen, den Staat zu retten und den Arbeitern in den Rücken zu fallen, indem sie selbst den Straßenbesen handhaben. Natürlich werden diese sonderbaren arbeitswilligen Straßenreiniger von einer ungeheuren Volksmenge begleitet. Die Polizei ist jedoch eifrig bemüht, die Streikbrecher zu schützen, obwohl sie offensichtlich kein anderes Motiv kennt, als die Ausständigen zu schädigen.

Ost-Asien.

Vom Sozialismus in China berichtet nach einem Artikel des Genossen der chinesische Genosse Dr. Sun-Yat-Sen einem Mitarbeiter des Vooruit allerlei interessante Dinge: Die Maschine hat sich noch immer keinen rechten Eingang in China zu verschaffen gewußt, und noch immer wird der überwiegende Teil aller Arbeiten mit der Hand hergestellt. Daher kommt es, daß zwar alle chinesischen Arbeiter „organisiert" sind, jedoch in Gilden und Zünften! Daß aber gerade die Zünfte und Gilden es sind, die sich seit jeher bis auf den heutigen Tag der Einführung von Maschinen und der Anwendung des europäischen Produktions-Systems am hartnäckigsten widersetzen, versteht sich von selbst. Und daß da die Sozialisten einen doppelt schweren Stand haben müssen, ist leicht zu begreifen, wenn man bedenkt, daß es ihnen ja darauf ankommen muß, das chinesische Proletariat aus dem für unsere Begriffe mittelalterlichen Zustandsweisen unmittelbar ins sozialistische Produktionsstadium hinüberzuführen, ohne sie durch das Zwischenstadium des kapitalistischen Raub-Systems hindurchschreiten zu lassen! — —

In wenigen Jahren, meint Genosse Sen, werden wir an den chinesischen Arbeitsbrüdern unsere Freude erleben; denn trotz aller Hindernisse ist es gelungen, einen nicht unbeträchtlichen Teil der Zünfte und Gilden mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Sobald der rechte Zeitpunkt gekommen sei und das Zeichen zum Kampfe gegeben werden könne, würde sich zeigen, daß auch die chinesischen Genossen ihren Mann stehen. Es sei, so fährt er fort, eine falsche Vorstellung, daß der Sozialismus in China noch in den Windeln liege. Er habe sogar seine Kinderschuhe bereits ausgetreten! Dafür zeugt unter anderem die respektable Zahl der sozialistischen Zeitungen Chinas, die sich auf 54 beläuft!! (??)

Besser fast als diese Mitteilungen zeigt uns der Zweck der Anwesenheit des Genossen Dr. Sun-Yat-Sen, daß wir auch von China in naher Zukunft Erfreuliches zu erwarten haben. Ist Sen doch nach Brüssel gekommen, um den Beitritt der revolutionär-sozialistischen Partei Chinas zum internationalen Sekretariat der sozialdemokratischen Arbeiterparteien aller Länder anzumelden und mitzuteilen, daß unsere chinesische Bruderpartei auf dem nächsten internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart vertreten sein wird!

Die Saat von Amsterdam schießt prächtig in die Höhe. —

Der Krieg in Ostasien.

Von den Flotten liegt keine andere Meldung vor, als daß die japanische Flotte sich noch auf der Höhe von Masampho befinden soll, was einigermaßen befremdlich erscheint.

Auf dem Landkriegsschauplatze sind wieder mehrere Scharmützel vorgekommen, bei denen das Glück der Kämpfenden gewechselt hat. Wenigstens melden Russen und Japaner Erfolge. Bedeutungsvollere Kämpfe haben nicht stattgefunden.

Aus Tokio wird gekabelt, daß die Eisenbahn, welche Wladiwostok mit Sibirien und Europa verbindet, bereits unterbrochen sei. Vermutlich haben verhältnismäßig kleinere japanische Truppenteile längere Teile der Eisenbahnstrecke zerstört. Die regelrechte Besetzung wird in allernächster Zeit anfangen.

Parteiangelegenheiten.

Zum Fall Peus hat die Parteileitung des Wahlkreises Brandenburg-Westhavelland, den Genosse Peus im Reichstag vertritt, nach erfolgter Aussprache eine Resolution gefaßt, die lautet: Der Auffassung des Abgeordneten des Kreises, Genossen Peus, daß die Frage der Umsatzsteuer für Konsumvereine konnte nicht zugestimmt werden. Die Haltung des Genossen Peus findet aber ihre Erklärung in der Verschiedenheit der Auffassungen, welche in Fragen auf Steuerfragen im allgemeinen in der Partei noch vorherrschend sind. (!) Die gute Absicht des Genossen Peus, nicht gegen die Arbeiterinteressen und die Grundsätze des Parteiprogramms zu verstoßen, wird anerkannt.

Die Parteileitung des Kreises verurteilt aufs schärfste die gehässige und persönliche Stellungnahme einzelner Parteiorgane in dieser Sache; eine Förderung der Partei-Interessen kann in solcher Polemik, wie sie von einem Teil der Parteipresse beliebt worden ist, nicht erblickt werden.

Das letztere ist eine durchaus unangebrachte Zensur. Der Fall Peus war schon danach angetan, temperamentvolle Genossen in Erregung zu versetzen.

Besser wäre den Genossen des Wahlkreises eine genauere Erwägung der Sache gewesen, die sie zu der Erkenntnis geführt hätte, daß Genosse Peus gegen einen fundamentalen Programmsatz verstoßen hat! Statt dessen Zubilligung mildernder Umstände wegen der ungeklärten Meinungen in der Partei über die Steuerfragen! Ein trauriges Dokument, diese Resolution!

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Maurerstreik ist Mittwoch in Zittau ausgebrochen. Die Maurer hatten vor einigen Tagen in an die Arbeitgeber und die Innung der Baumeister gerichteten Schreiben um Lohnerhöhung auf 35 Pf. pro Stunde und Herabsetzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden ersucht, gleichzeitig auch mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen jederzeit bereit seien. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung organisierter Maurer auf verschiedenen Bauten! „Entweder heraus aus der Organisation oder vom Bau weg!" hieß es. Am Mittwoch abend streikten 200 Mann, diese Zahl dürfte sich unterdessen wesentlich erhöht haben.

Die Bäcker in Frankfurt a. M., Offenbach, Höchst und Homburg v. d. H. stehen am Vorabend einer schweren Lohnbewegung zur vollständigen Beseitigung des Kost- und Logiswesens. Die Meister suchen bereits jetzt durch Annoncen jüngere Bäckergehilfen in ganz Deutschland. Die Bäckergesellen werden dringend ersucht, Frankfurt a. M. und die umliegenden Städte zu meiden.

Metallarbeiterstreik. Aus Troppau wird gemeldet: Die Arbeiter der Brückenbauanstalt der Witkowitzer Eisenwerke, ungefähr 600 Mann, sind in den Ausstand getreten. Sie forderten eine Lohnaufbesserung von 25 Proz. Die eingeleiteten Unterhandlungen sind gescheitert.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Stukkateure in Berlin hatten trotz bester Streikerfolge Mittwoch nochmals das Gewerbegericht, dessen ersten Schiedsspruch sie abgelehnt, angerufen. Von 1200 Streikenden arbeiten bereits 600 zu den neuen Bedingungen. — Die Klempner der Städte Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim sind in die Tarifbewegung eingetreten. — Aus Schwabach wird berichtet, daß die Vereinigung der Feingoldschlägerei-Besitzer Deutschlands die Schließung sämtlicher größerer Betriebe androht, wenn die von einem Teil des Münchner Arbeitspersonals wegen Neueinstellung von Lehrlingen erfolgte Kündigung nicht innerhalb 14 Tagen rückgängig gemacht ist. Die Differenzen auf den Dürener Metallwerken verschärfen sich. — In Breslau ist Mittwoch in der Waggonfabrik ein Streik der Huf- und Wagenschmiede ausgebrochen. — Die Korbmacher der Kinderwagenfabrik von F. Konetzny in Liegnitz befinden sich wegen Maßregelung zweier Kollegen und Lohndifferenzen im Ausstand. — Die Weber bei Cohn und Komp. in Reichenbach i. Schl., die am Montag ausgesperrt worden waren, erreichten bereits die Kapitulation der Scharfmacher. Die Maßregelungen werden zurückgenommen. Mittwoch früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Bäcker in Regensburg befinden sich in der Tarifbewegung. In Görlitz sind sie ebenfalls in die Lohnbewegung eingetreten. Desgleichen in Köln. In Mannheim haben sich die Einigungsverhandlungen infolge der Dickköpfigkeit der Meister zerschlagen. — Die Maler in München mußten in mehreren größeren Geschäften wegen Nichtanerkennung des Tarifs in den Streik eintreten. In Meißen ist eine Einigung zustande gekommen. — Die Etuiarbeiter bei Schulze in Eilenburg streiken weiter. Der Holzarbeiter- und Buchbinderverband warnen vor Zuzug. — Die Posamentierer in Offenbach haben sich mit dem Zugeständnis der 1½stündigen Mittagspause einstweilen zufrieden erklärt und wollen die weiteren Forderungen erst dann durchdrücken, wenn die Organisation stärker ist. — Die Stellmacher in München haben den Streik begonnen. — Die Marmorarbeiter in Hamburg und Umg. streiken weiter. — Die Schuhmacher im Solinger Kreise haben bei etwa 20 Meistern und Firmen, die sich weigerten, nach dem neuen Tarif zu entlohnen, die Arbeit eingestellt. Die Schuhmacher in Ahlen (Westf.) haben die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Der Schuhmacherstreik in Elberfeld dauert fort. In der Mechanischen Schuhfabrik von A. Sulzberger in Bruchsal sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter stehen in Kündigung.

Eisenbahnerstreik in Spanien. Die Eisenbahnarbeiter auf den Linien Madrid—Saragossa und Madrid—Alicante sind infolge der Herabsetzung der Löhne in den Ausstand getreten.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

Ein „Edelster der Nation".

Eine Masse Schwindeleien bildete die Anklage gegen den früheren preußischen Hauptmann Friedrich Konrad Ludwig Ernst von Ciriacy. In 23 Fällen, von denen jeder einzelne eine ganze Anzahl Schwindeleien in sich schließt, hat der Angeklagte die betrogenen Personen um rund 52 000 M. geschädigt. Seine Opfer hat er sich, außer in Bekanntenkreisen, in Berlin, Charlottenburg, Stettin, Hannover, Leipzig, Riesa, Dresden usw. durch Zeitungsinserate gesucht. In der Regel erließ er Inserate, nach denen ein hoher Beamter auf drei Monate ein Darlehen von 600 bis 700 M. gegen Damnum suchte. Den sich meldenden Geldgebern schrieb v. C., er sei in fester Stellung, mit jährlichem Einkommen von 8000 Mark und sei durch familiäre Verhältnisse in augenblicklicher Geldverlegenheit. Hatte er so erst einmal die richtigen Anknüpfungspunkte gefunden, so blieb es bald nicht bei dem ersten Darlehen. Immer wieder veranlaßte ihn diese oder jene vorübergehende Wiederwärtigkeit, die liebenswürdige Hilfe der betreffenden Geldgeber in Anspruch zu nehmen. Dadurch, daß er an vielen Stellen zugleich seine Pumpmanöver vornahm, war es ihm möglich, immer einen Teil der Darlehen zu decken und so sich neuen Kredit zu verschaffen. Wollten seine Gläubiger nicht mehr recht dran, so wurde das Ehrenwort verpfändet oder die jährliche Militärpension. Von einer geradezu rührenden „Gottesfurcht" zeugen die unzähligen, dem Gericht vorliegenden Briefe, durch die ersichtlich ist, wie v. C. es verstanden hat, seine Gläubiger zur Hergabe von Geld immer wieder zu bewegen, beziehentlich zu vertrösten. Allerdings stehen die vielen Schwindeldepeschen, Postanweisungen usw. zu den frömmelnden Briefen in recht starkem Kontrast. Da hat v. C. zum Beispiel mehrfach den Tod eines Verwandten zum Gegenstand verschiedener Schwindeleien gemacht. Von dem Vorleben v. C.s wird bekannt, daß er bis zum Jahre 1886 preußischer Hauptmann war mit einer jährlichen Pension von 1556 M., dann den Dienst quittierte und eines nicht bekannt gegebenen Vergehens wegen später vom Ehrenrat bestraft worden ist. Seine Vermögensverhältnisse waren damals nicht schlecht, aber v. C. brauchte anscheinend für besondere Ausgaben Mittel, die ihm nicht zur Verfügung standen. Es wird darüber nichts Genaues bekannt. Nach seiner Pensionierung erhielt er zunächst eine feine Vertretung einer Firma Arnede & Ko., die ihm ein jährliches Einkommen von 4000 M. sicherte. Außerdem hatte er seine Jahrespension von 1700 M. und seine Ehefrau eine Fremdenpension in Hannover. Später erhielt er eine andere Vertretung, bei der sein Verdienst nicht ganz so hoch war. Mit großen Schulden kam v. C. 1898 hierher nach Weißer Hirsch. Hier war er schon ein völlig ruinierter Mann. Nach immerwährendem Drängen leistete er dann im Jahre 1902 den Offenbarungseid, wobei er als einzige Vermögensstücke ein Paar wertlose Manschettenknöpfe und zwei Trauringe angab. Das vorhandene Mobiliar gehörte seiner Frau. Trotzdem trieb v. C. seine Pumpwirtschaft weiter. Seine Pension hat v. C. mehrfach an verschiedene Gläubiger gleichzeitig verpfändet. Als das Kriegszahlamt davon Kenntnis erhielt, richtete es an ihn eine sehr ernste Vermahnung, was ihn veranlaßte, ein hochentrüstetes Protestschreiben an das Kriegszahlamt zurückzuziehen, worin er auf seine — „Offiziersehre" verwies und den Verdacht aussprach, daß möglicherweise seine Pensionsquittungen von anderer Seite zu betrügerischen Zwecken benutzt worden seien. (Frech!) Unter den Geschädigten befinden sich auch einige frühere Regimentskameraden v. C.s, die jedenfalls auf dessen Schwindel hineingefallen sind, weil sie ihn um deswillen für vertrauenswürdig hielten, da von ihm zwei Söhne als Offiziere im Dienst stehen. Außerdem hatte er sehr gute Bekanntschaften. Seine Teilnahme an frommen Zirkeln, dem christlichen Verein junger Männer und die Bekanntschaft mit dem Hofprediger a. D. Stöcker nützte er ebenfalls dazu aus, um sich als kreditwürdigen Mann zu figen. Inwieweit er berechtigt war, mit diesen Bekanntschaften auch jetzt noch sich zu spreizen, läßt sich nicht sagen, da nähere Feststellungen darüber nicht gemacht werden. Fast in allen Punkten ist der Angeklagte geständig, so daß von einer großen, durch Zeugen erhärteten Beweisaufnahme abgesehen werden kann. Eine bezeichnende Bemerkung ließ der Vorsitzende Dr. Becker mit einfließen, indem er so nebenbei die antisemitische Betätigung v. C.s streifte und hierbei sagte, dieser scheine nur so lange in Antisemitismus gemacht zu haben, als dieser ihm Geld gebracht habe. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis, wovon 6 Monate abgerechnet wurden, und auf 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Neues aus aller Welt.

Fünf Menschen verbrannt. In der vergangenen Nacht brannten in Offenbach die Gebäude eines Fuhrgeschäfts in der Mühlgasse nieder. **Dabei kamen zwei Frauen und drei Kinder um.** Ein Feuerwehrmann erlitt schwere Verletzungen.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in der Pfalz ereignet. Die Pfälzer Presse berichtet: Auf der im Bau befindlichen Kleinbahn Speyer—Geinsheim ist heute früh ein Materialzug entgleist. Soweit bisher festgestellt wurde, sind **vier Personen getötet** worden.

Innsbruck, 24. Mai. Im ganzen Alpengebiet herrscht heftiger Schneefall. Das auf den Almen befindliche Vieh ist eingeschneit. In Südtirol besteht Hochwassergefahr, da alle Wasserläufe hoch angeschwollen sind.

Genickstarre in England. Aus Irthlingborough (Northamptonshire) meldet ein Telegramm: Hier sind 15 Fälle von Genickstarre unter Beobachtung; in einem Hause kamen vier schwere Fälle vor.

Schweres Eisenbahnunglück. Aus Charkow in Rußland wird gemeldet: In der Nähe von Losowaja ist ein Güterzug mit einem Personenwagen entgleist. 25 Wagen wurden zertrümmert und viele Reisende getötet und viele verletzt.

Vom Blitze getötet. Die Abendblätter enthalten Telegramme aus Lahore (Indien), nach denen bei einem Gewitter einige der nach dem letzten Erdbeben von den Geflüchteten erbauten Hütten vom Blitze getroffen und 23 Personen getötet worden sind.

Vermischtes.

Zur Bekämpfung der Genickstarre ist ein Anatom der Berliner Universität von der Regierung in das oberschlesische Industriegebiet gesandt worden, um durch Vornahme möglichst zahlreicher Leichenöffnungen in den dortigen Krankenhäusern die Art des Eindringens der Krankheitskeime und die Wege, auf denen sie sich im Körper verbreiten, aufklären zu helfen. Mit Rücksicht darauf, daß der Erreger der Genickstarre von der Nase und dem Rachen aus in den Körper einzudringen scheint, und darauf, daß die Krankheit hauptsächlich das Kindesalter befällt, sind weiterhin ein Nasenspezialist und ein Kinderarzt mit der Vornahme eingehender Studien auch nach dieser Richtung hin beauftragt worden. Da die Krankheit anscheinend im Körper des Erkrankten eine gewisse Immunität erzeugt, wurden eingehende Untersuchungen darüber eingeleitet, ob es nicht möglich ist, ein Schutz- und Heilserum gegen Genickstarre herzustellen. Diese Untersuchungen finden in dem Institut für Infektionskrankheiten in Berlin unter Beteiligung des Direktors des Frankfurter Instituts für experimentelle Therapie statt. Wenn sich auch die Hoffnung, daß mit dem Eintritt der wärmeren Witterung ein Nachlassen und vielleicht ein baldiges Verschwinden der Epidemie sich bemerklich machen würde, bis jetzt bedauerlicherweise nicht erfüllt hat, so darf man sich doch der Erwartung hingeben, daß die angeführten Maßregeln dazu beitragen werden, die Seuche auf ihren Herd zu beschränken und ihre Bekämpfung durch Aufklärung einer Reihe noch ungelöster Fragen über das Wesen, die Entstehung und die Verbreitung der Genickstarre zu fördern.

Letzte Telegramme.

Der letzte der Löbtauer Verurteilten,

der noch im Zuchthause zu Waldheim schmachtete, Paul Zwahr, ist heute morgen bedingungsweise in die Freiheit entlassen worden.

Meißen. Gestern wurde hier der Aufseher und Hausbesitzer Weigel bei Maurerarbeiten in seiner Dungergrube durch Gase getötet.

Warschau, 25. Mai. Zwischen 9 und 10 Uhr abends fanden im Handelsviertel, besonders in der Gegend der Zelazna, massenhafte Ueberfälle durch bewaffnete Banden junger Menschen auf Passanten statt. Es wurden über 30 Personen schwer verletzt, meist durch Messerstiche. Die Verletzten wurden in Spitäler gebracht. In der Stadt herrscht große Aufregung. Für heute werden neue Ueberfälle befürchtet. Um 10 Uhr abends wurde der Ingenieur Scheier, ein Abteilungschef der Weichselbahndepotstation in Pelzowizna (?), erschossen.

Warschau, 24. Mai. (Meldung der Pekersburger Telegraphenagentur.) Die Schlägereien dehnten sich auch auf andere Straßen aus und dauerten bis Mitternacht. 20 Sterbende wurden in die Krankenhäuser gebracht. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht bekannt. Die Schlägereien sind dadurch entstanden, daß der bessere Teil der jüdischen Bevölkerung das arbeitsscheue jüdische Gesindel, durch das er sich kompromittiert fühlte, ausrotten wollte. (? Diese offiziöse Darstellung verdient das schärfste Mißtrauen.)

London, 25. Mai. Daily Telegraph meldet aus Tokio: Wie hier bekannt geworden ist, unternimmt der russische Panzerkreuzer Gromoboi öfters Fahrten außerhalb des Hafens von Wladiwostok und befindet sich auch jetzt wieder außerhalb desselben. — Ueber Schanghai wird berichtet, daß mehr als 20 große und kleine Dampfer in Port Arthur bereits wieder flott gemacht seien und daß man glaube, daß alle Kriegsschiffe, auch die Sebastopol, wieder gebrauchsfähig gemacht werden könnten.

London, 25. Mai. Aus Tokio wird hierher telegraphiert, daß ein Zivilbeamter, der dort von Port Arthur eintraf, meldete, daß die Hebungsarbeiten im Hafen befriedigende Fortschritte machen. Ueber 20 größere und kleinere Dampfer seien gehoben und teilweise schon wieder in Gebrauch. Auch die Arbeiten zur Bergung der Kriegsschiffe würden stetig fortgesetzt. Es werde angenommen, daß mit der Zeit sämtliche russische Panzer geborgen und der japanischen Flotte einverleibt werden könnten, einschließlich des in der Außenreede auf Grund liegenden Linienschiffes Sebastopol.

Zur Beachtung!

Beschwerden in Zeitungsangelegenheiten sind zu richten an

Fr. Stelzner, Dresden-Plauen, Rathausplatz 1.

Beschwerden über unregelmäßige Zustellung der Zeitung bitten wir dagegen ungesäumt der **Expedition, Zwingerstraße 22,** zu übermitteln.

Alle Beschwerden sind schriftlich einzureichen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Seit drei Wochen stehen wir Dresdner Zigarettenarbeiterinnen und -Arbeiter in einer Lohnbewegung. Alles wurde unsrerseits getan, die Bewegung friedlich beizulegen. Immer und immer wieder wurden uns Schwierigkeiten durch den Arbeitgeber-Verband bereitet, um die kleinen Lohnaufbesserungen zunichte zu machen! **Heuchlerisch versicherten die Fabrikanten: Auch sie wollten den Frieden!** Was sie unter Frieden verstehen, haben sie jetzt gezeigt. **Endlich haben sie die Maske fallen lassen** und wir sehen nun ein Unternehmertum, **dem jede Gewerkschaftsbewegung, jedes kulturfördernde Streben verhaßt ist.** Die Fabrikanten-Vereinigung hat in ihren Betrieben folgendes Plakat angeschlagen:

Die endesunterzeichneten Fabriken geben hiermit bekannt, daß sie sich durch das Verhalten der dem Tabakarbeiter-Verband angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den arbeitswilligen Personen der Zigarettenindustrie gezwungen sehen, sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, die dem Verbande angehören und sich nicht bereit erklären, aus demselben bis 27. Mai 1905 auszutreten, an jenem Tage aufzukündigen.

Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie für Dresden und Umg.

Adler-Compagnie, Alexandria, Arabia, Delta, A. M. Eckstein & Söhne, Epirus, A. G. Jasmatzy, Josetti, Kios, Kosmos, Laferme, Macedonia, Monopol, Werner Alexander Müller, Osmanie, Persia, Reunion, Serail, Sulima, Tuma, Jean Vouris, Weller, Xanthi, Yenidze.

An Euch, Partei- und Gewerkschafts-Genossen, appellieren wir, die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigaretten-Arbeiterinnen und -Arbeiter moralisch und finanziell zu unterstützen.

Die Lohn-Kommission.
Rich. Uhlig, Dresden-Altstadt, Nitzenbergstraße, Volkshaus II.

Deutscher Humor, deutsche Muckerei und deutsche Politik.

Ueber dieses Thema spricht
Reichstags-Abgeordneter **Philipp Scheidemann**-Kassel
in

Zwei Volks-Versammlungen:

Freitag den 26. Mai, abends 9 Uhr
im **Ballhaus,** Dresden-Neustadt, **Bautznerstraße 35**
Sonnabend den 27. Mai, abends 9 Uhr
im **Trianon, Schützenplatz** und **Ostraallee.**

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Metallarbeiter v. Dresden-Neust.

Sonnabend den 27. Mai 1905 (Saalöffnung 8 Uhr)

Oeffentl. Versammlung

in den **Saxonia-Sälen, Alaunstraße Nr. 28.**

Tages-Ordnung:

1. **Unternehmerterrorismus und Arbeiter-Organisationen.** Referent: Kollege **Beinkämpen.** 2. **Gewerkschaftliches.** 3. **Debatte.**

Kollegen! Da die Tagesordnung eine interessante ist, wird zahlreiches Erscheinen erwartet!

Achtung! Vorstädte Uebigau und Mickten.

Montag den 29. Mai 1905, abends 9 Uhr

Volks-Versammlung

in **Günthers Gasthof** in **Uebigau.**

Tages-Ordnung:

Die Stellung der Sozialdemokratie in Reich, Staat und Gemeinde.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Karl Sindermann-Dresden.**

Debatte.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen der Vorstädte, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung. **Der Einberufer.**

Sozialdemokr. Verein für den 6. Reichstagswahlkreis.

Gruppe Gorbitz.

Sonnabend den 27. Mai, abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in **Hoffmanns Restaurant,** Bergstraße 16.

Tages-Ordnung:

1. **Gemeinderatsbericht.**
2. **Diskussion über den neuen Organisations-Entwurf.**
3. **Bericht aus der Vorstands-Sitzung.**

Debatte.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

NB. Gleichzeitig wird noch auf den Sonntag **den 28. Mai** in **Schumanns Gasthof** stattfindenden **Tanz-Abend** aufmerksam gemacht, wozu sich die Genossen mit ihren Angehörigen recht zahlreich einfinden mögen.

Verband d. Sattler u. verw. Ber.

Sonnabend den 27. Mai, abends 9 Uhr

Versammlung

im Volkshaus, Maxstr 13, I.

Tages-Ordnung:

1. **Die Behandlung unseres Gesellenausschusses durch d. Dresd. Zwangsinnung.**
2. Bericht über das 1. Quartal.
3. Gewerkschaftliches.

Debatte.

Kollegen! Der Vorstand der Zwangsinnung ist brieflich eingeladen. Erscheint zahlreich u. pünktlich **Der Einberufer.**

Verein für Volksbildung

Amalienstr. 12, I.

Donnerstag (Himmelfahrt) den 1. Juni 1905

Grosser Ausflug

durch die **Dresdner Heide nach der Hofewiese.** Treffpunkt nachmittags 1½ Uhr im Vereinslokal, oder 2 Uhr Endstation der Straßenbahn Waldschlößchen. Sonnabend den 27. Mai **Ausgabe des Sommerprogramms** im Vereinslokal. Gleichzeitig empfehlen wir den geehrten Mitgliedern unser **Vereinslokal** zum regen Besuch, eine reiche Auswahl hiesiger und auswärt. Tageszeitungen liegt aus. **Beiträge** werden daselbst jederzeit entgegengenommen. **D. V.**

Gesuche, Klagen, Reklamationen 2c. will **Zimmermann,** Torgauerstr. 30.

Sport- u. Kinderw., hochmod., a. gebr., Kaiserstr. 15, Hth. p.

Holzarbeiter!

Niedersedlitz mit Umg. u. Laubegast.

Sonnabend den 27. Mai, abends 8½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

in der **Goldenen Krone, Kleinzschachwitz.**

Tages-Ordnung:

1. **Was lehrt uns ein Besuch der Arbeiter-Wohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg?** Referent: Kollege **Paul Starke.**
2. **Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der Firma Spaltcholz.**
3. Gewerkschaftliches.

Jeder Kollege muß erscheinen. Die Kollegen von Spaltcholz machen wir ganz besonders aufmerksam. Keiner fehle. **Der Einberufer.**

Gauernitz und Umgegend!

Sonntag den 28. Mai, abends 7½ Uhr

Oeffentl. Versammlung

in Münchs Gasthof zu Gauernitz.

Tages-Ordnung:

Der Kampf der Unternehmer-Organisationen gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Referentin: Frau **Marie Wackwitz,** Dresden

Debatte.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Männer und Frauen! Erscheint massenhaft in dieser Versammlung.
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Freitag den 26. Mai, abends 7½ Uhr

Öffentl. Stellmacher-Versammlung

im kleinen Saale des **Volkshauses,** Maxstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. **Bericht über die mit der Innung abgeschlossenen Vereinbarungen.** 2. **Gewerkschaftliches.**

Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig!
Die Lohnkommission. J. A.: Der Vertrauensmann.

Bezirk Radebeul

Sonntag den 28. Mai 1905

Partie nach Lindenau

Abmarsch punkt 2 Uhr vom **Weißen Roß.** 2½ Uhr von **Heiteren Blick,** Niederlößnitz.

Naturheilverein Kleinzschachwitz

Freitag den 26. Mai, abends 8½ Uhr
in **Lehmanns Restaurant,** Groß-Zschachwitz, Simonstraße
Vortrag des Herrn Naturheilkundigen **Hamann-Pirna** über das zeitgemäße Thema:

Die Genickstarre

ihr Wesen und ihre naturgemäße Behandlung.

Gäste willkommen. — Eintritt frei.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrerklub „Voran" Reichenberg.

Sonntag den 28. Mai, im Gasthof zu Reichenberg

III. Stiftungsfest

bestehend in **Kunst- und Reigenfahren,** sowie **BAL**

Karten für Mitglieder und deren Angehörige sind bei den Vorstandsmitgliedern zu entnehmen. **Der Vorstand.**

Schützenhaus Dippoldiswalde.

Sonntag den 28. Mai 1905
Gr. Einweihung der Saalerweiterung
best. in Garten-Freikonzert u. Ball.
Es ladet ein Otto Börner.

Dresdner Volkshaus

Ritzenbergstr. 2 — Maxstr.
Schützenplatz.

Grosser preiswerter Mittagstisch
Speisen in großer Auswahl
Stamm à 90 Pf. früh und abends
ff. Biere
aus den renommiert. Brauereien

Verantwortl. Redakteur: Hermann Fleißner, Dresden-Altstadt.
Druck und Verlag: Naden & Komp., Dresden.
Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 119. Dresden, Donnerstag den 25. Mai 1905 16. Jahrgang.

Der 5. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Köln, den 24. Mai 1905.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Die in der Vormittagssitzung beschlossene

Fünfzehner-Kommission

wird aus folgenden Delegierten gebildet: für das Baugewerbe Paeplow und Brinkmann; für die Metallindustrie Reichel und Brückner; für die Holzindustrie Leipart und Winkelmann; für die Bekleidungsindustrie Stühmer und Hübsch; für die Nahrungs- und Genußmittelbranche Ostertag und Heßschold; für die graphischen Gewerbe Döblin; für die Bergarbeiter Pokorny; für die Fabrikarbeiter Reich; für die Transportarbeiter Schumann und für die übrigen Berufe Mahler (Lederarbeiter). — Die Kommission zieht sich zurück und konstituiert sich.

Der Kongreß wendet sich inzwischen der Frage des

Heimarbeiterschutzes und der Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meister zu.

Stühmer-Berlin (Schneider) erinnert daran, daß der Heimarbeiterschutzkongreß dem Gewerkschaftskongreß zwei Anträge überwiesen hat: den auf Schaffung einer Kommission zur Beschaffung wirksamen Agitationsmaterials gegen die Heimarbeit, und den, alle zwei Jahre einen Heimarbeiterschutzkongreß einzuberufen und die Kosten dafür auf die Generalkommission zu übernehmen. Der Redner bittet die Beschlußfassung über diese Anträge anheim. Seinerseits empfiehlt er folgende Resolution, die auf die Beschlüsse des Heimarbeiterschutzkongresses bezug nehmen. Der 5. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erklärt:

Die Forderungen des Heimarbeiterschutzkongresses in Berlin an die Gesetzgebung sind das Minimum dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter verlangt werden muß. Es hat den Anschein, daß die Reichsregierung gar nicht gewillt ist, diese Materie gesetzlich zu regeln, weil sie trotz aller Erhebungen bis jetzt dem Reichstag noch nicht einmal einen Heimarbeiterschutzgesetzentwurf unterbreitet hat. Die Arbeitervertreter im Reichstage werden aufgefordert, die Regierung fortgesetzt an ihre Pflicht zu erinnern bezw. einen selbständigen Gesetzentwurf einzubringen.

Ferner verpflichtet der Kongreß sämtliche Gewerkschaften, nach Kräften alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, eine Besserung der elenden Zustände in den Heimarbeitsindustrien herbeizuführen.

Pötzsch-Berlin (Lagerhalter): Noch viel gefährlicher als das patriarchalische System ist das neue der

„Wohlfahrtseinrichtungen"

der Unternehmer. Dieses neue System in der Großindustrie hat die Erfahrung herausbeschworen, daß eine tiefe Kluft die Elite der Arbeiterklasse von ihrer großen Masse trennt. Der Saarprozeß ist ein gutes Beispiel für die Abhängigkeit der Arbeiter in Unternehmerwohnungen.

Die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges schlägt ihnen daher folgende Resolution vor:

„Der Kongreß erklärt:

Die Bekämpfung und schließliche Beseitigung des Kost- und Logiszwanges liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Für die Arbeiter der kleinen Betriebe bildet der bestehende Kost- und Logiszwang die hauptsächlichste Ursache ihrer Rückständigkeit. Die ihnen Schwierigkeiten, die sich bei der Heranziehung solcher Arbeiter zu den Berufsorganisationen ergeben, finden ihre Erklärung hauptsächlich in dem Abhängigkeitsverhältnis, in welches die beim Meister wohnenden Gehilfen zu diesen geraten.

Die Annahme, daß die kleinen Betriebe und damit das Wohnen beim Meister langsam im Abnehmen begriffen, wäre schon an sich irrig, denn Zwergbetriebe werden in absehbarer Zeit noch in fast allen Industriezweigen — und sei die Zentralisation der Betriebe im Allgemeinen noch so weit vorgeschritten — nebenher weiter bestehen; in allem trifft dies zu für die mittleren und kleineren Städte. Der Kost- und Logiszwang ist aber keineswegs beschränkt auf die Kleinbetriebe, sondern auch die moderne Großindustrie hat sich dieses veralteten Systems zunutze gemacht; die modernen Feudalherren unserer heutigen Industrie, die Bergwerksbesitzer, die großmächtigen Eisen-, Woll- und Baumwollen usw. bedienen sich in steigendem Maße der Errichtung von Arbeiterwohnhäusern, um sich durch diese „Wohlfahrtseinrichtung" eine billige, widerstandsunfähige und billige Arbeitermasse zu sichern.

Die Arbeiterinnen-, die Ledigenheime, die Arbeiterkolonien und ähnliche von sog. christlichen oder humanitären Gesellschaften errichtete und als „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" gepriesene Anstalten wirken, bewußt oder unbewußt, häufig in der gleichen Richtung.

In hygienischer und sanitärer Beziehung entsprechen die vom Unternehmer dem Arbeiter angewiesenen Wohnungen in den allermeisten Fällen nicht den bescheidensten Anforderungen. Vom kulturellen, gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus ist daher der Kost- und Logiszwang beim Unternehmer zu bekämpfen.

Als die geeignetsten Mittel zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges empfiehlt der Kongreß:

Durch Vorträge in Gewerkschaftsversammlungen und geeignete Artikel in der Presse sind die Arbeiter selbst über das Kulturwidrige und Entwürdigende dieses Systems aufzuklären. Aber auch das konsumierende Publikum ist in Wort und Schrift auf die gesundheitsschädlichen, oft ekelerregenden Zustände, die sich häufig genug als indirekte Folge des Kost- und Logiszwanges, in den Betrieben der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie ergeben, aufmerksam zu machen. Demselben Zweck haben die von den Berufsorganisationen aufzunehmenden Erhebungen, bei denen auch die Photographie mit Vorteil angewandt werden kann, zu dienen.

Bei jedem Streik von Arbeiterkategorien, bei denen der Kost- und Logiszwang ganz oder teilweise noch vorherrscht, ist die Forderung auf die Beseitigung desselben mit zu stellen.

Schließlich ist auf Grund des vorhandenen und noch zu sammelnden Materials in systematischer Weise die öffentliche Meinung, die Volksvertretung und die Regierung zu beeinflussen, damit eine Aenderung der Gesetzgebung herbeigeführt wird, dahingehend, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Bis eine endgültige Regelung dieser Materie erfolgt, fordert der Kongreß die Gewerkschaftsorganisationen einschließlich der Gewerkschaftskartelle auf, für strikte Einhaltung der bestehenden behördlichen sanitären Vorschriften Sorge zu tragen, beziehungsweise auf Schaffung solcher zu dringen.

Indem der Kongreß die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges mit der Erfüllung aller dieser Aufgaben betraut, erklärt er es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß die der Kommission noch fernstehenden gewerkschaftlichen Verbände, soweit deren Angehörige ganz oder teilweise von dem Kost- und Logiszwange mit betroffen werden, dieser beitreten und sie materiell unterstützen."

Janssen-Berlin begründet den Antrag des allgemeinen deutschen Gärtnervereins auf Uebernahme der Kosten der Kommission zur Abschaffung des Kost- und Logiszwanges beim Meister auf die Generalkommission.

Eckorn-Hamburg (Barbier) hält diesen Antrag für wichtiger als die ganze Resolution. Pötzsch habe die Aufgabe der Kommission überhaupt sehr weit gefaßt. Zunächst müsse die patriarchalische Form des Kostzwanges beseitigt werden.

Legien-Berlin (Vorsitzender) bekämpft den Antrag Janssen, nicht weil er die Bestrebungen der Kommission nicht billigte, sondern weil er fürchtet, daß andere Kommissionen, vor allem die Bauarbeiterschutzkommission, mit den gleichen, dann nicht mehr abweisbaren Forderungen auftreten könnten.

Weinschild-Offenbach (Portefeuiller) führt Klage über die formalistische Rechtsprechung des Reichsgerichts, das zu Heimarbeitern nur diejenigen erklärt habe, die der Disziplin der Arbeitgeber unterstehen. Damit seien alle Portefeuiller aus der Reihe der Heimarbeiter ausgeschieden. Redner regt deshalb für die Revision der Gewerbeordnung eine Definition des Begriffes der Heimarbeit an. Redner teilt einen Beschluß seiner Organisation zur Bekämpfung der Heimarbeit mit, daß Heimarbeiter unter 25 Jahren keine Hilfskräfte beschäftigen dürfen.

Dietrich-Breslau (Holzarbeiter) regt gleich Legien an, in der Resolution den Passus über die Forderung auf Abschaffung von Kost- und Logiszwang weniger zwingend zu fassen; es soll nur empfohlen werden, bei Streiks diese Forderung zu stellen. — Für die Arbeiterwohnhäuser der Unternehmer regt Redner an, den Schutz der Menschenrechte gesetzlich zu sichern. Dann sei das Schlimmste daran beseitigt. — Vor allem bestreitet der Redner mit aller Entschiedenheit, daß, wie Pötzsch behauptet, die großen Verbände, insbesondere auch die Holz- und Metallarbeiter, nicht genügend Interesse an der Bewegung zur Beseitigung von Kost- und Logiszwang gezeigt hätten.

Bartels-Köln (Mühlenarbeiter). Nur mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft werden die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie die Pestbeulen ausrotten können, in denen noch jetzt der größte Teil der Nahrungsmittel hergestellt wird. Nur mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft wird sich erreichen lassen, daß die Löhne der Nahrungsmittelarbeiter wirklich bar ausgezahlt werden.

Pötzsch-Berlin (Lagerhalter) erklärt sich mit Legien insofern einverstanden, als die beteiligten Gewerkschaften bereit sind, die gewöhnlichen Kosten der Kommission zu tragen, und nur für außerordentliche Ausgaben die Hilfe der Generalkommission in Anspruch nehmen wollen. — Für seine Arbeiterwohnungen stelle dem Freiherrn v. Heyl die Landesversicherungsanstalt Geld zur Verfügung. Das sei ein doppeltes Unrecht gegen die konkurrierenden Unternehmer wie gegen die Arbeiter.

Josephsohn-Hamburg (Handlungsgehilfe) und **Weicker**-Leipzig treten noch einmal für die volle moralische und finanzielle Unterstützung der hier behandelten Bestrebungen durch die Generalkommission ein.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird die Resolution **Stühmer** und ein Antrag **Wiesbaden**, beim Bundesrat die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter zu fordern, einstimmig angenommen. Auch die Resolution über den Kost- und Logiszwang wird, nach dem Antrage modifiziert, einstimmig angenommen. Die Generalkommission wird beauftragt, die Kommission im Bedürfnisfalle zu unterstützen und nach Bedarf und Gelegenheit wieder einen Heimarbeiterschutzkongreß einzuberufen.

Es folgt als letzter Punkt des Vorstandsberichts das

Korrespondenzblatt.

Zum Korrespondenzblatt liegen nur zwei Anträge vor. Der eine wünscht eine Verlegung des Zeitpunktes für die Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses. Der Antrag wird nach entgegenkommenden Erklärungen von **Legien** und **Umbreit** der Generalkommission überwiesen. Ein Antrag **Diehl** wünscht größere Auflage und größere Billigkeit des Korrespondenzblattes. Legien erklärt, daß es in beliebiger Zahl umsonst an die Gewerkschaften geliefert werde. (Heiterkeit.) Der Antrag wird zurückgezogen.

Nach einer Pause von 10 Minuten erstattet der Reichs-Arbeitersekretär **Robert Schmidt**-Berlin seinen

Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat.

Er bezieht sich auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Er will allgemein sozialpolitisch aus seiner praktischen Tätigkeit heraus Mängel der Versicherungsgesetzgebung rügen: Den Arbeitern fehlt meist die Rechtskenntnis, da die Schule sie ihnen nicht gibt. Auch ist fast kein Rechtsgebiet so kompliziert wie das Arbeiterrecht. Darin liegt Grund und Bedeutung der rasch emporblühenden Arbeitersekretariate. Ihre Hauptaufgabe ist Rechtsbelehrung und Unterstützung in Ansprüchen aus der Versicherungsgesetzgebung. Sind doch Unzählige, Invalide und Kranke, nur noch in der Lage, unentgeltlichen Rechtsbeistand zu nehmen. Auch vor dem obersten Gericht haben Sie jetzt in dem Zentral-Arbeitersekretariat eine Vertretung geschaffen. Ihre Nützlichkeit hat sich nach verschiedenen Richtungen hin bemerkbar gemacht.

Es ist merkwürdig und liegt doch ganz im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, daß mit den wachsenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung die Neigung wächst, gegen sie Front zu machen. Systematisch ist in der Presse und in Versammlungen der Glaube verbreitet worden, daß die Arbeitersekretäre eine ungesunde Sucht nach Rente förderten. Wir sind in Gefahr, eine Nation der Rentenempfänger zu werden, schreibt das Blatt der Berufsgenossenschaften. Und eine Bitte des Reichsversicherungsamts schlägt die Knappschaftskasse in Bochum ab mit der Begründung, daß sie im Interesse gleichmäßiger Behandlung von wohlwollenden Erwägungen prinzipiell ablehe. (Hört, hört!) Ja, die reichen Bergherren behandeln alle gleich, alle ohne Wohlwollen. (Heiterkeit und Sehr gut!) — Bei solcher Gesinnung leidet der Arbeiter doppelt schwer unter den Mängeln des Verfahrens. In keinem anderen Verfahren erfährt der Kläger nicht, auf welche Unterlage hin er beurteilt worden ist. Man sagt, man wolle die Verletzten nicht durch Kenntnis des ärztlichen Gutachtens deprimieren. Aber warum enthält man es ihren Vertretern, ja sogar ihren Erben vor? Denn auch so weit ist die Rechtsprechung jetzt gekommen. (Hört, hört!)

Der Verletzte hat auch keine Mittel gegen die geheimen Denunziationen guter Freunde und getreuer Nachbarn, denn er erfährt sie nie. Jüngst fand ich vor dem Reichsversicherungsamt die Anzeige eines oberschlesischen Rechtskonsulenten, der seinen früheren Klienten als „schlimmsten Simulanten" anzeigte, weil er ihm nicht das volle Honorar gezahlt hatte. (Hört, hört!) Dazu kommt die Einwirkung, die von gewissen Interessentenkreisen systematisch versucht wird bei Parlament, Regierung und Richtern, als ob die Arbeiter übertriebene Ansprüche frivol erhöben. Daß in dieser Weise gegen die Arbeiter Stimmung gemacht wird, müssen wir aufs entschiedenste bekämpfen. — Die erste Forderung einer im Interesse der Arbeiter geführten Verwaltung ist die unabhängige Stellung des Arztes, des wichtigsten Gliedes in der Ausübung der sozialpolitischen Gesetzgebung. § 69 des Unfallversicherungsgesetzes bestimmt, daß, wenn der Arzt in Vertrauensstellung bei der Berufsgenossenschaft ist, ein zweiter Arzt zum Gutachten hinzuziehen sei. Aber die Rechtsprechung hat entschieden, daß ein Vertrauensverhältnis nicht in einem losen Honorarverhältnis zu erblicken, sei und diese an sich schon leicht zu umgehende Bestimmung dadurch ganz illusorisch gemacht. Wie man sie sonst noch umgehen kann, zeigt das Bergmannsheim bei Bochum. Der Leiter dieses Instituts, das sehr nachteilig auf die Rentenhöhe einwirkt, Professor Loebker, ladet den anderen begutachtenden Arzt zu sich in sein Institut und überzeugt ihn dann kraft seiner überragenden Stellung, daß dessen dem Kranken günstiges Gutachten irrig sei. (Lachen.) So wird auch nicht der Schein der Unabhängigkeit der Aerzte aufrecht gehalten. Und die Bergbehörde versucht auch nicht einmal, ihr Aufsichtsrecht zu erbrauchen, um das zu ändern. So wirkt die Sippe des Ministers Möller, die ihn umgibt, der sozialpolitischen Gesetzgebung wie der Anwendung der sozialpolitischen Gesetze entgegen.

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Der Gott der Arbeit.

Der Tag hing grau in Wolken, und war doch schwül und schwer,
Die blauen Blitze flammten nachts über die Gärten her,
Das Korn stand reif im Felde, und goldner war es nie, —
Ich bog dem Gott der Liebe mit Zittern meine Knie.

Die Sommernelken blühten und brannten purpurrot,
Die ich mir damals pflückte, sind nun verdorrt und tot.
Der Gott, vor dem ich kniete, er schritt an mir vorbei,
Ihm nach durch graue Leere ging meiner Sehnsucht Schrei.

In gelbe Lindenwipfel fährt nun der nasse Wind,
Ich gehe stille Wege, die menschenferne sind;
Die Stirne, die ich senkte in Tränen und im Traum,
Streift wieder eines Gottes dunkler Mantelsaum.

Und zwischen letzten Garben, die goldner Herbst beschert,
Im Dampf gepflügter Schwelle, die junger Saat begehrt,
Das strenge Haupt erhoben in frischer Winde Wehn,
Geh ich mit starken Füßen den Gott der Arbeit gehn!

Der du gebietend schreitest durch Sichelklang und Saat, —
Sich müden heißt dir beten, und Andacht ist die Tat!
Im Werke meiner Hände hör meiner Sehnsucht Schrei:
Du Gott, zu dem ich bete, — Herr, geh mir nicht vorbei!

Lulu von Strauß und Torney.*

Der Sitz der Genickstarre.

Eins der Mittel, das gegen die furchtbare Krankheit der Genickstarre unter Umständen von Nutzen sein kann, und neuerdings auch von den Aerzten wieder mehr empfohlen wird, ist die sogenannte Lumbalpunktur, nämlich eine Anzapfung des Rückgrats in der Lendengegend. Dadurch wird dem Körper etwas von der Flüssigkeit entzogen, die durch den Erreger des Leidens in einen krankhaften Zustand versetzt worden ist. Diese Flüssigkeit, die in der Wissenschaft den Namen der Cerebrospinal- (Gehirn- und Rückenmark-) Flüssigkeit führt, ist gegenwärtig, wo die Genickstarre so viel von sich reden macht, einer besonderen Betrachtung wert. Deshalb ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß Dr. Raubitschek in der Naturwissenschaftlichen Rundschau die gesamte bisherige Kenntnis über diesen wichtigen Bestandteil des menschlichen Körpers zusammengetragen hat.

Obgleich die Cerebrospinalflüssigkeit bei allen Wirbeltieren als Ausfüllung der Hohlräume zwischen den einzelnen Häuten des Gehirns und des Rückenmarks vorkommt, wurde sie erst im Jahr 1764 von Cotugno zuerst bei toten Fischen entdeckt. Es hat bis in die jüngste Vergangenheit gedauert, ehe eine eigentliche wissenschaftliche Untersuchung dieser Flüssigkeit unternommen wurde. Fürs erste hatte man von ihrer Bedeutung die abenteuerlichsten Vorstellungen, bis 1891 Quincke durch ein besonderes Verfahren die Flüssigkeit aus der Wirbelsäule lebender Tiere herauszuziehen und zu studieren lehrte. Seitdem hat das Interesse an der Cerebrospinalflüssigkeit gewaltig zugenommen, namentlich die Aerzte haben ihren Eigenschaften und Veränderungen bei den verschiedenen Erkrankungen der Häute des Gehirns und des Rückenmarks ein großes Gewicht beigelegt. Die Flüssigkeit ist wasserhell, zuweilen etwas nach Art des Petroleums schillernd. Ihr spezifisches Gewicht übertrifft das des Wassers nur wenig. Im lebenden Körper ist sie alkalisch. Sie gerinnt auch bei der Temperatur von siedendem Wasser nicht. Nach ihrer chemischen Zusammensetzung enthält sie in 1000 Teilen etwa 990 Teile Wasser, 5 Teile Kohlenwasserstoff, 2 Teile Eiweiß, 6 Teile Kochsalz und Chlorkali und außerdem Cholesterin, Lecithin, Phosphor und Schwefelverbindungen. Beachtenswert ist dabei namentlich der bei allen Wirbeltieren vorhandene Gegensatz zwischen dem verhältnismäßig großen Gehalt an Chlorverbindungen und dem geringen Gehalt an Eiweißkörpern. Uebrigens ist die chemische Zusammensetzung der Flüssigkeit nach dem Lebensalter verschieden. Vor allem ist es wichtig, daß sie nichts gemein hat mit dem eigentlichen Serum oder der Lymphe, also auch keine bloße Ausschwitzung aus den Blutgefäßen ist, wie man sie früher hat erklären wollen.

Ueber die Menge der Cerebrospinalflüssigkeit lassen sich keine allgemeinen Angaben machen, schon weil sie zu verschiedenen Zeiten je nach der Blutfülle in Gehirn und Rückenmark schwankt; jedoch hat man gewisse Vorstellungen davon, wie viel von dieser Flüssigkeit in 24 Stunden von einem Organismus erzeugt wird. Billroth beobachtete, daß ein Mensch mit gebrochener Wirbelsäule in einem Tage zwei bis vier Liter dieser Flüssigkeit verlor. Die Entstehung der Flüssigkeit dachte man sich derart, daß sie von den einzelnen Häuten des Systems ausgeschwitzt wird. Erst kürzlich ist ziemlich sicher bewiesen, daß es sich um keine Ausschwitzung, sondern um eine eigentliche Ausscheidung handelt, die durch Einspritzung von Mitteln, die auf die Tätigkeit von Drüsen förderlich einwirken, künstlich gesteigert werden kann. Ihren Ursprung hat die Flüssigkeit im sogenannten Adergeflecht, das in den Hirnhäuten liegt und zu diesem Zweck außer einem dichten Gefäßnetz zahlreiche kleine zottige Anhänge besitzt. Die dort entstehende Flüssigkeit gelangt weiter in den Lymphstrom des Körpers, nimmt also schließlich am allgemeinen Säftekreislauf teil. Bewiesen hat dies beispielsweise Fano dadurch, daß er einem Kaninchen etwas chinesische Tusche in die Hirnhöhle einführte und dadurch die Lymphdrüsen des Halses und Nackens schwarz gefärbt fand. Die wichtigste Frage ist nun natürlich die, welche Dienste die Cerebrospinalflüssigkeit für den Körper zu leisten hat. Sie sind hauptsächlich nicht chemischer, sondern mechanischer Art. Magendie, der zuerst darauf aufmerksam gemacht hat, sprach die Ansicht aus, daß durch diese Flüssigkeit schon das noch ungeborene Kind gegen den sonst schädlich wirkenden Druck innerhalb der Gebärmutter geschützt wird. Auch während der Geburt soll die Flüssigkeit die nervösen Zentralorgane vor übermäßigem Druck bewahren, der andernfalls bei der noch weichen Beschaffenheit des Schädels für das Gehirn leicht gefährlich werden könnte. Eine ähnliche Rolle übernimmt die Flüssigkeit während des späteren Lebens des Menschen und des Tieres, indem sie die Höhlen des Gehirns ausfüllt und dies wertvollste Organ von allen Seiten schützend umgibt.

Das Experiment hat in neuester Zeit diese Bedeutung der Cerebrospinalflüssigkeit anschaulich dadurch gezeigt, daß verschiedene Tiere zur Beobachtung gebracht wurden, denen man die Cerebrospinalflüssigkeit fast gänzlich abgezapft hatte. Die Tiere verhielten sich ähnlich, als wenn sie eine Gehirnerschütterung erlitten hätten, benahmen sich wie betrunken und vermochten nicht aufrecht zu gehen. Wenn ein solches Tier dann getötet wurde, so stellte sich eine starke Ueberfüllung des Gehirns und Rückenmarks mit Blut heraus. Dieser letzte Umstand läßt darauf schließen, daß die Cerebrospinalflüssigkeit die dauernde Aufgabe hat, den Blutgehalt des Gehirns gewissermaßen zu regulieren, indem sie dem Blutdruck ein Gegengewicht hält. Dieser Zusammenhang geht auch daraus hervor, daß bei starkem Blutandrang nach dem Gehirn eine größere Menge von Cerebrospinalflüssigkeit ausgeschieden wird, um das Blut vom Gehirn abzuleiten. Die Funktion dieser Flüssigkeit ist danach eine so ungeheuer wichtige, daß man annehmen muß, auch die damit eigentlich nicht versehenen anderen Tiere müßten einen gewissen Ersatz dafür besitzen. In der Tat hat man Anhaltspunkte dafür gefunden. Bei den Tauchern

* Aus dem Göttinger Musenalmanach auf 1906, der, ein kraftes Buch, im Verlage von Lüder Horstmann in Göttingen erschienen ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auch § 8 des Unfallversicherungsgesetzes, der bestimmt, daß, wenn strafbare Handlungen beim Unfall mitgewirkt haben, die Rente ganz oder teilweise entzogen werden kann, trifft mit voller Schwere nur den Bergarbeiter. Denn nur bei den Bergleuten gilt die Uebertretung der Fabrikordnung oder der polizeilichen Vorschriften, die bei ihnen deren Stelle vertreten, als „strafbare Handlung". Diese Vorschriften werden vom obersten Bergbeamten bis auf den letzten Arbeiter unaufhörlich übertreten, damit schneller gearbeitet werden kann. Aber selbst in einem Falle, in dem ein Bergmann seinen Tod bei einer solchen Uebertretung gefunden hat, hat das Knappschaftsgericht in Bochum entschieden, daß den Arbeitern einmal zu Gemüte geführt werden müsse, daß diese Uebertretungen auch ihre Nachteile hätten. Und das Reichsgericht hat ganz abweichend von seiner sonst vielfach liberalen Auffassung diesen betrübenden Entscheid bestätigt, in dem das Leben eines Arbeiters geringer geschätzt wird, als die paar Groschen Rente.

Schwer leiden die infolge eines Unfalls nervenkranken Arbeiter unter dem Verdacht der Simulation. Denn in diesen Fällen, in denen der Arzt allein entscheiden kann, ist er nicht nur Fachmann, sondern auch Mitglied der Klasse. Allzuoft spielt bei dem Urteil des Arztes über die Arbeitsfähigkeit des Nervenkranken die Stellung, meist die Abneigung gegen die sozialpolitische Gesetzgebung mit. — Von den 17 352 Prozessen vor dem Reichsversicherungsamt haben wir in über tausend, der Hälfte aller nicht von Rechtsanwälten wahrgenommenen Termine, die Versicherten vertreten. Aber die Berufsgenossenschaften waren in 4190 Fällen vertreten! So wenig benutzen die Arbeiter noch ihre Institutionen.

Man klagt über eine Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes und will die Zahl der Rekurse künstlich herabdrücken. Solange noch die Militärjustiz in Deutschland mehr Kosten fordert, als das Reichsversicherungsamt, werden wir dem nicht zustimmen. — Für die Ersatzansprüche zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ist das umständliche Verwaltungsstreitverfahren vorgeschrieben. Aber zu einem noch viel schlimmeren Uebelstande haben sich diese Ersatzansprüche dadurch entwickelt, daß bei diesem Streit der Arbeiter von der 13. Woche ab oft ohne jede Unterstützung bleibt. Bei der Invalidenversicherung ist vor dem Reichsversicherungsamt nur die Revision zulässig. Trotzdem haben sich manche Vorteile für die Arbeiter erzielen lassen, wenn sich nachweisen ließ, daß einseitig zu ihren Ungunsten geurteilt sei. Das größte Gewicht muß darauf gelegt werden, daß nicht etwa infolge Arbeitslosigkeit oder nur gelegentlicher Arbeit die Anwartschaft verloren geht, die auch durch Kleben von 30 oder 40 Marken der niedrigsten Beitragsklasse erhalten werden kann. Denn mit dem Verlust der Anwartschaft auf die Rente schwindet auch die Aussicht auf das Heilverfahren.

Für die Versicherung der hausgewerblichen Arbeiter sind wir im Reichstag von jeher eingetreten. Stehen sie doch oft tiefer und schlechter als die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten. Daß der Bundesrat noch immer keine Verordnung zu ihrer Versicherung erlassen hat, ist ein kennzeichnendes Beispiel für den Stillstand unserer Sozialreform. Hat doch das Reichsversicherungsamt eine alte Frau, die 6 Jahre lang Gänge für einen Bäckermeister besorgte und 1,25 M. pro Tag verdiente, als selbständige Unternehmerin eingeschätzt und ihr die Rente versagt. (Hört, hört!) — Bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden haben die Gewerkschaftskartelle trotz der großen Bedeutung der Sache, vielleicht wegen des komplizierten Wahlverfahrens, wenig Verständnis und Interesse gezeigt. Besonders fehlten alle Beziehungen zu den Krankenkassen, was mich nach den Schilderungen der Gegner sehr überraschte. Ich muß einen dringenden Appell an die gewerkschaftlichen Freunde richten, sich der Krankenverwaltungen mehr als bisher anzunehmen. Freilich in Nürnberg und anderen bayrischen Städten werden die Arbeitervertreter von den Magistraten ernannt.

Graf Posadowsky kündigte in diesem Jahre eine große Reform der Versicherungsgesetzgebung an, fügte aber hinzu, daß er nicht wisse, ob er es noch erleben werde. Zagend und zitternd geht so die Regierung in der Sozialpolitik vorwärts: Die Durchführung der großen Gesichtspunkte wird in weite Ferne gerückt. Wir haben von Anfang an den lebhaften Wunsch nach einer einheitlichen Gestaltung der Versicherungsgesetzgebung gehabt. Jetzt habe ich gleichwohl keinen lebhaften Drang nach dieser zentralen Organisation, weil ich stark fürchte, daß den Krankenkassen ihre Selbstverwaltung genommen werden wird. Diese haben aber die größten Kapitalien von allen Versicherungsanstalten und sind für die Arbeiter eine so wichtige Einrichtung, daß ich sie um keinen Preis den Unternehmern ausliefern würde. Soviel Angriffe gegen die Krankenkassen auch von Unternehmern und übelwollenden Aerzten gerichtet werden: Wir können unwiderleglich feststellen, daß sie in jeder Beziehung ihre Aufgabe erfüllt haben.

Bei der Gründung des Reichsarbeitersekretariats ist befürchtet worden, es werde bei seiner Tätigkeit Schwierigkeiten bei den Behörden finden. Das ist nicht eingetroffen, seine Stellung kann für absehbare Zeit als gesichert gelten. Durch die Schaffung des Reichsarbeitersekretariats haben die Gewerkschaften wieder gezeigt, daß sie den Arbeitern Schutz und Schirm sind in gesunden und kranken Tagen. (Allseitiger, anhaltender Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht gewünscht; die Entlastung der Generalkommission und der zugehörigen Institute wird einstimmig beschlossen.

Berichtigend teilt Cohen (Metallarbeiter) mit, daß Legien nicht von einem Rückgange des Metallarbeiterverbandes um 2000, sondern um 228 weibliche Mitglieder gesprochen habe. Auch diese Zahl ergebe sich nur durch die eigenartige Rechenmethode Legiens.

Die Punkte Generalstreik und Maifeier werden zurückgestellt, da morgen die Hamburger Delegierten Bömelburg, Päplow, Gruenwald und Schaumburg zur Verhandlung der Bürgerschaft über die Wahlrechtsänderung beurlaubt werden. Die morgige Verhandlung beginnt also mit Punkt 6: Gewerkschaften und Genossenschaften.

Nach Verlesung von Glückwunschtelegrammen aus Nürnberg, Hamburg und vom internationalen Diamantarbeiter-Kongreß schließt Bömelburg gegen 6 Uhr die Sitzung.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Köln a. Rh., 24. Mai.

Verhandelt wird über

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Referent Reichstagsabg. A. von Elm: Gegenüber keiner Bewegung sind in Deutschland so schwere Fehler begangen worden, wie gegen die Genossenschaftsbewegung. Es galt anfangs geradezu als Prinzipienverrat, für sie einzutreten. Lassalle hatte zwar nur vor den übertriebenen Hoffnungen Schulze-Delitzschs gewarnt und niemals erklärt, daß die Arbeiter überhaupt keinen Nutzen von den Konsumvereinen hätten. Aber seine Worte wurden so ausgelegt. Das blieb so bis Hannover, wo die Genossenschaftsbewegung endlich Anerkennung fand. Man hatte sie zunächst ganz den Bürgerlichen überlassen. Da gedieh sie nicht. Die Konsumvereine Deutschlands hatten im Jahre 1873 erst 87 500 Mitglieder. Von 1873 bis 1886 herrschte völlige Stagnation. In diesen 13 Jahren wachsen die Konsumvereine nur auf 144 000 Mitglieder. Erst nach 1886 beginnen die Arbeiter sich allmählich für die Konsumvereine zu interessieren. Zunächst freilich nur vom rein materiellen Standpunkt aus, so daß in der ersten Periode die Dividende die Hauptrolle spielte. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Bewegung durch die Gewerkschaften und die Partei rächte sich bitter. Die Dividendenjägerei zeitigte die schlimmsten Früchte und die Interessen der Angestellten wurden mit Füßen getreten. Statt belehrend zu wirken, tadelte die Arbeiterpresse diese Auswüchse und machte Stimmung gegen die Konsumvereine. Ein Teil unserer Presse handelt heute noch nach dieser Methode. Wer höheren Zielen in der Genossenschaftsbewegung nachstrebt, als der Dividende, gilt ihm als nicht ganz prinzipienrein. Als der Konsumverein Leipzig-Connewitz durch die elende Dividendenjägerei und den Leichtsinn und die Unfähigkeit seiner Verwaltung zugrunde ging, wurde von einem Teil unserer Presse wieder gegen die Konsumvereine mobil gemacht. Statt dessen sollte man den indifferenten Arbeitern sagen, daß sie von den Konsumvereinen nicht hohe Dividenden erwarten, sondern sie zu einem Mittel machen sollen, womit sie ihre Position im Kampfe gegen den Kapitalismus ernstlich stärken können. Jetzt haben die Konsumvereine zirka 1 Million Mitglieder und einen Umsatz von 250 Mill. M. jährlich, an Rückvergütungen gewähren sie 20 Millionen Mark. Noch aber fehlt es an der Erkenntnis, daß die Organisation des Konsums ein Machtmittel für das Proletariat nicht bloß als Konsument, sondern auch als Produzent darstellt. Wenn die Arbeiter wollten, dann könnten sie die Produkte ausschließen, die, in Zuchthäusern, Strafanstalten, in der Heimindustrie hergestellt, zu erbärmlichen Preisen zu haben sind. Aber es fehlt noch an diesem einheitlichen Willen. Ihn zu schaffen ist Aufgabe der genossenschaftlichen Erziehung. Die Dividendenseuche verhindert vor allem die Arbeiter daran, dort gerecht zu handeln, wo sie selber als Arbeitgeber in Frage kommen, gegen die eigenen Arbeiter und Angestellten. Eine Statistik über

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten

der Konsumvereine besteht nicht. Redner hat selber Erhebungen bei 50 Vereinen angestellt, die 1500 männliche und 1600 weibliche Angestellte beschäftigen. 35 von ihnen zahlen die vollen Beiträge für die Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung. Nur 4 haben des Sonntags für kurze Zeit die Läden offen, 47 Vereine haben den Achtuhrladenschluß für 5 Wochentage durchgeführt. Eine Statistik des Lagerhalterverbandes ergibt, daß 60 Proz. der Betriebe den Achtuhrladenschluß eingeführt, daß 50 Proz. der Genossenschaftsangestellten von der Sonntagsarbeit befreit sind und 60 Proz. eine Woche Ferien unter voller Fortzahlung des Lohnes haben. Die Löhne sind durchweg höher als in der Privatindustrie. Ausnahmen kommen nur in solchen Orten vor, wo auch die gewerkschaftliche Bewegung zurückgeblieben ist. In zwei Vereinen besteht z. B. der Mißstand, daß die Lagerhalter 2 resp. 3 Proz. vom Umsatz erhalten und dafür die Verkäuferinnen selbst bezahlen müssen. Im Allgemeinen gilt die Regel: die geringsten Löhne werden dort bezahlt, wo die Mitglieder die höchste Dividende erhalten. (Hört! hört!) Ein Verein gibt 15 Proz. Dividende und zahlt seinen zwei Lagerhaltern 56 Mark 66 Pfennig monatlich. (Hört!) Ein anderer Verein zahlt 15 Prozent und giebt dem Lagerhalter 15 M. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6—9 Uhr im Sommer und 7—9 Uhr im Winter. (Hört! Hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollten sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Sehr richtig!) Redner berichtet dann den auf dem letzten Genossenschaftstag gescheiterten Versuch, mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Bei gutem Willen wird sich ein solcher Tarif doch ermöglichen lassen. Allerdings werden die Handels- und Transportarbeiter einen Pflock zurückstecken müssen. So sei im Tarif mit den Bäckern eine Woche Ferien vereinbart worden, die Transportarbeiter aber beanspruchen vierzehn Tage usw. Es kann nicht im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegen, einen zu großen Abstand zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter in den Konsumvereinen und denen der übrigen Arbeiterschaft zu schaffen. Redner hofft, daß es in Stuttgart zu einer Verständigung kommen wird. Eine Vorbeispiel hier wird den Boden ebnen. Für die Bäcker hat sich der Tarifvertrag mit den Konsumvereinen als von größter Bedeutung erwiesen. Von den Konsumvereinen ist zu verlangen, daß sie, die an das Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterschaft appellieren, ihrerseits auch den Tarif durchführen. In den Konsumbäckereien mit kontinuierlichem Betrieb ist die achtstündige Arbeitszeit durchgeführt.

Redner verweist weiter auf die Bedeutung, die die Schaffung genossenschaftlicher konkurrenzfähiger Großbetriebe durch die Konsumvereine für die Gewerkschaften haben kann.

In der

Eigenproduktion der Konsumvereine

sind, selbst wenn man die nicht den Zentralverband angeschlossenen Vereine mitrechnet, sicherlich nicht über 2000 Arbeiter beschäftigt. Es ist gegen die 43 000 Arbeiter, die in England in der Eigenproduktion der Konsumvereine beschäftigt sind, erst ein ganz kleiner bescheidener Anfang. Die Errichtung einer genossenschaftlichen Seifenfabrik in Ahrens ist im Interesse der privaten Industrie noch von der Regierung verhindert worden. Die deutschen Kleinhändler, angeführt von einem Professor, einer unrühmlichen Ausnahme in seinem Stande, kämpfen mit den schlechtesten Waffen gegen die Konsumvereine. Die Regierungen hindern hier und dort die Beamten, Staats- und Gemeindearbeiter, sich den Konsumvereinen anzuschließen. Nur auch der frühere Staatsminister von Berlepsch dieses Verfahren des Weges zur Selbsthilfe als im höchsten Grade gefährlich gekennzeichnet haben, und kann nur helfen, wenn die organisierten Arbeiter sich im Kampfe zwischen der Genossenschaft und der Produktionsanarchie auf die Seite der Genossenschaften stellen. Es soll nicht zwischen „sozialdemokratischen Gewerkschaften" und „sozialdemokratischen Konsumvereinen" ein festes Bündnis geschlossen werden, wie Dr. Hans Crüger schreibt, es sollen überhaupt keine Verabredungen getroffen werden, aber im Geiste können Gewerkschaften und Genossenschaften doch oft zusammenwirken.

Die Gewerkschaften können dahin wirken, daß alle Differenzen mit Genossenschaften von ihren Mitgliedern vor Schiedsgerichte gebracht werden; die Gewerkschaften können und müssen die Dividendenjägerei in den Konsumvereinen mit aller Entschiedenheit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung bekämpfen. Die Anerkennung der Genossenschaften als dritte gleichberechtigte Waffe neben Partei und Gewerkschaft wird ein Markstein in der Geschichte der aufsteigenden Arbeiterbewegung sein. (Lebhafter Beifall.) Die vom Referenten vorgeschlagene

Resolution

lautet:

„Der Gewerkschaftskongreß erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volks und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen. Der Kongreß verpflichtet namentlich die Gewerkschaftsmitglieder in den Konsumvereinen, das Bestreben zu fördern, auf Grundlage des organisierten Konsums zur eigenen Produktion der Bedarfsartikel der großen Masse der Konsumenten zu schreiten.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft kann in Deutschland wesentlich dazu dienen, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen vieler Berufe einen Stützpunkt und einen Rückhalt zu bieten, dadurch, daß genossenschaftliche Großbetriebe mit mustergültigen sanitären Einrichtungen geschaffen werden. Hierzu hält der Kongreß die Genossenschaften aus eigenem Interesse für verpflichtet, da durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Konsumkraft des Volkes erhöht und in weiterer Folge die Konsumvereinsbewegung gestärkt wird.

Zunächst erachtet der Kongreß im Interesse sowohl der Gewerkschaften als der Genossenschaften, daß ein freundschaftliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Bewegungen Platz greift und trennende Differenzen, sowie unfreundliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Der Kongreß hält es deshalb im Interesse der Genossenschaften für geboten:

1. daß dieselben die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in erster Linie berücksichtigen;

2. gewerkschaftliche Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters, welche nicht nur an die Genossenschaften gerichtet sind und für welche die betr. Gewerkschaft die Garantie übernimmt, dieselben auch für einen größeren Teil der in anderen als genossenschaftlichen Betrieben arbeitenden Berufsangehörigen in kürzester Frist durchzusetzen, ohne weiteres anzuerkennen;

3. bei ihren Einkäufen grundsätzlich die in Zuchthäusern, Strafanstalten und zu Hungerlöhnen hergestellten Fabrikate auszuschalten und Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung auszuschließen. Produktivgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, sofern sie zur Wahrung gewerkschaftlicher Interessen im Einverständnis mit dem Zentralverband des Berufs gegründet wurden und sich verpflichten, ihre etwaigen Ueberschüsse im allgemeinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Interesse zu verwenden;

4. bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen zwischen den organisierten Arbeitern und den Fabrikanten bezw. Prinzipalen bestehen, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten zu geben, welche die Tarife anerkannt haben, sowie bei Vergebung von Arbeiten an Privatunternehmer resp. bei Bewirtschaftung genossenschaftlicher Betriebe durch Privatunternehmer kontraktlich festzulegen, daß die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen von diesen eingehalten werden müssen;

5. bei von Zentralverbänden und örtlichen Gewerkschaftskartellen resp. von dem Gewerkschaftsausschuß als berechtigt anerkannten Boykotts die boykottierten Firmen bei ihrem Warenbezug nicht mehr zu berücksichtigen. Die gewerkschaftlichen Organisationen verpflichten sich demgegenüber, in Fällen von Boykotts für die weitergehendste Aufklärung des konsumierenden Publikums zu sorgen.

Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein fachliche

---

zum Beispiel, deren Nervensystem verhältnismäßig hoch entwickelt ist, findet sich zwischen dem Nervenzentrum und dem aus Knorpeln gebildeten Kopfskelett eine eigentümliche Art von schleimigem Gewebe, das ganz durchsichtig und fast flüssig ist und ohne Zweifel die Stelle der Cerebrospinalflüssigkeit vertritt. Das Gehirn der Knochenfische ferner ist von einem beinahe gallertartigen Bindegewebe schützend umhüllt, und noch deutlicher ist dies bei den auf niederer Stufe stehenden Neunaugen ausgeprägt.

Auch in der Entwicklung des Menschen gibt es sicher ein Stadium, in dem die Cerebrospinalflüssigkeit noch nicht vorhanden ist, sondern die Bläschen, die gewissermaßen das Fundament der Gehirnentwicklung bilden, selbst von einer klaren Flüssigkeit erfüllt, außerdem aber noch von einem wasserreichen schützenden Gewebe umgeben sind. Auf diesem Standpunkt seines Wachstums steht dann also der Mensch in jener Hinsicht gewissermaßen auf der Höhe der Tintenschnecken und gelangt erst später auf die der Wirbeltiere, indem sich in den Hirnhöhlen selbst Flüssigkeit bildet. Die Erforschung der Cerebrospinalflüssigkeit hat demnach eine hohe Wichtigkeit für verschiedene Teile der Wissenschaft erlangt, einerseits für die Zoologie, andrerseits für die Ontogenie des Menschen und schließlich auch für die Pathologie.

Der Luftballon auf dem Kriegsschauplatz. Ueber die Anwendung der Luftschiffahrt im russischen Heerlager erhalten die Illustrierten Aeronautischen Mitteilungen zwei Zuschriften, deren eine vom Schauplatz der Schlacht von Mukden herrührt. Es handelt sich um die Tätigkeit des ersten ostsibirischen Feldluftschifferbataillons, das unter dem Befehl des Oberstleutnants Romanko Anfang Dezember bei der Feldarmee eintraf und sofort seine Uebungen aufnahm. Die Füllung des großen Ballons St. Petersburg Nr. 4, der einen Rauminhalt von 640 Kubikmetern besitzt und zwei bis drei Mann zu tragen vermag, ging trotz der starken Kälte von gegen 20 Grad glatt von statten. Das Luftschiff erregte unter den russischen Soldaten, die zum größten Teil noch nie ein solches gesehen hatten, ungeheures Aufsehen und veranlaßte sie bezeichnender Weise zu der Frage, ob das Russen oder Japaner wären. Wegen des ständigen Nebeldunstes konnte man von der Gondel aus nur etwa 6 bis 7 Kilometer weit sehen. Der Gewährsmann sprach in einem Schreiben Mitte Dezember die Hoffnung aus, daß die Ballons bei der ersten ernsthaften Schlacht großen Nutzen gewähren würden, namentlich durch Erkundung der bei den Japanern beliebten Umgehungen. Diese Erwartung scheint sich nicht erfüllt zu haben, wenigstens hat man von einem nennenswerten Erfolg in dieser Hinsicht nichts gehört. In den nächsten Wochen wurden die Ballons oft von den Japanern mit Schimose-Granaten beschossen. Später verteilte das Luftschifferbataillon seine Kompagnien auf die drei Armeen. Besonders interessant war eine Art von Patrouillengang der zweiten Luftschifferkompagnie zur Aufklärung der japanischen Stellungen. Die Auffahrt konnte jedoch erst nach Sonnenuntergang vor sich gehen und mußte schnell unterbrochen werden, da die Japaner den Ballon mit einem Scheinwerfer zu fassen suchten. Zuweilen wurden durch den Ballon doch japanische Verschanzungen entdeckt, von denen man nichts gewußt hatte. Uebrigens führt der Gewährsmann Klage darüber, daß das Wetter im allgemeinen für die Beobachtungen vom Ballon aus in der Mandschurei sehr ungünstig ist. Einmal war der starke Frost recht hinderlich, und außerdem blendete die Sonne außerordentlich. Im Januar wurde die zweite Luftschifferkompagnie viermal von den Japanern beschossen und wegen ihrer Aufklärung bei Sandepu mit elf Ehrenzeichen des Militärordens bedacht. Mittlerweile haben auch in Wladiwostok eifrige Uebungen der Luftschiffer stattgefunden, und zwar mit Unterstützung von Torpedobooten, die den Ballon nötigenfalls aufnehmen wollen, falls er aufs Meer hinausgetrieben würde. Außerdem hatte man einen neuartigen Meeranker der Ausstattung des Ballons hinzugefügt, dessen Nutzen erprobt werden sollte. Der Anker wirkt darauf hin, den Ballon über einer bestimmten Stelle des Meeres festzuhalten, damit er dann vom Torpedoboot erreicht werden kann. Die Versuche sind nicht sehr erfreulich ausgefallen, da die Gondel mehrfach das Wasser berührte, so daß die Luftschiffer in eine unangenehme Lage kamen. Auch das Bugsieren des erschlafften Ballons durch das Torpedoboot erwies sich bei frischem Wind als undurchführbar, so daß vorher das Gas durch Aufreißen des Ballons herausgelassen werden mußte. Ob das Verfahren einer genügenden Verbesserung fähig sein wird, gilt den Sachverständigen in Wladiwostok noch nicht als sicher.

Zu Hilfe! Aus Italien wird berichtet: Der Leuchtturmwächter in Campo auf der Insel Elba fing vorgestern abend auf dem Leuchtturme eine müde Schwalbe, an deren rechtem Bein ein Zettel angebunden war. Er wickelte das Papier auf und las folgende mit Bleistift geschriebenen Worte:

„Porto Longone, 14. Mai 1905, nachmittags 3 Uhr. Diese Schwalbe kam ins Krankenhaus der Sträflinge hereingeflogen. Ich lasse sie wieder frei und binde ihr diesen Zettel an den Fuß. Und wer diesen Zettel findet und ein Werk der Barmherzigkeit tun will, indem er mich aus meinem Elend zu befreien sucht, der sende eine Bittschrift an Seine Exzellenz den Justizminister oder an den König, um meine Begnadigung zu erwirken. Denn ich bin unschuldig zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden und bin schon seit 20 Jahren in diesem Grabe, nämlich seit dem 16. April 1885. Ich heiße Bruno Cataldo aus der Gemeinde San Cataldo."

Der Leuchtturmwächter beeilte sich, diese Botschaft aus dem Zuchthause dem Unterpräfekten von Porto Ferrajo zu überbringen, der den Zettel sogleich nach Rom sandte.

Dresdner Kunstchronik. [Theater.] Mitteilung aus dem Bureau der Kgl. Hoftheater. Im Schauspielhause gibt am 4. Abend der Schiller-Folge Sonntag den 28. Mai in neuer Einstudierung Fiesko in folgender Besetzung der Hauptrollen: Szene: Andreas Doria: Herr Müller, Gianettino Doria: Herr Fiesko: Herr Wiecke (zum ersten Male), Verrina: Herr Bourgognino: Herr Wierth, Calcagno: Herr Eggerth, Sacco: Bauer, Lomellino: Herr Huff, Centurione: Herr Reno, Romano: Herr Evertz, Muley Hassan: Herr Fischer (zum ersten Male), Deutscher: Herr Gunz, Leonore: Frau Berthak: Fräulein Polix, Julia Imperiali: Fräul. Thiery. Im Residenztheater spielen die Schlierieer im Sonnabend Der Prozentbauer, am Sonnabend Der Gewissenswurm Sonntag nachmittag wird bei ermäßigten Preisen Meyer-Fösters Schauspiel Alt Heidelberg gegeben.

Das Wiener Karltheater-Ensemble wiederholt im Zentraltheater Freitag den 26. und Sonnabend den 27. Mai die beliebte Operette Die lustigen Nibelungen von Rideamus, Musik von Oscar Straus unter persönlicher Leitung des Komponisten.

[Bildende Künste.] Sächsischer Kunstverein. Die internationale Ausstellung graphischer Kunst ist täglich von 10 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr geöffnet. Tageskarten, gültig bis 31. Juli, werden zum Preise von 2 M. ausgegeben.

Kleine Mitteilungen. Der bulgarische Schulgesundheitsrat hat über das Tragen des Korsetts in den Töchterschulen folgendes Gutachten abgegeben: „Das Mieder trägt nicht zur Verschönerung der weiblichen Formen bei, wie man vielfach zu glauben scheint; im Gegenteil, es preßt den Körper ein, verursacht Atembeschwerden und anstatt die natürliche Entwicklung des Körpers zu fördern, erzeugt es unnatürliche Formen. Nicht das Korsett, sondern gymnastische Uebungen sowie aufrechte Haltung und gerader Gang fördern die der physischen Entwicklung förderlich sein. Das Mieder verhindert das freie Atmen, stört den Blutumlauf und verursacht infolgedessen sehr häufig Störungen in den inneren Organen. Das Korsett ist im allgemeinen als Hauptursache mancher bösen Leiden zu betrachten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

handelt, ein von der örtlichen Gewerkschaftskommission und der Genossenschaft aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden gebildet werden, sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts dem Gewerkschaftsausschuß resp. der Zentralkommission und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein, und alle Preßerörterungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsspruchs vermieden werden.

Im Interesse der genossenschaftlichen Entwicklung und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Angestellten der Konsumvereine verurteilt der Kongreß entschieden das Bestreben, die Konsumvereine lediglich als Dividenden-Institutionen der Mitglieder zu betrachten. Der Kongreß hält die Genossenschaften für verpflichtet, alle Anstrengungen zur Einführung eigener örtlicher Produktion und zur Forderung einer allgemeinen genossenschaftlichen Produktion für das Reich zu machen, und erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie in diesem Sinne in den Genossenschaften wirken."

Die Debatte.

Allmann-Hamburg (Bäcker) beantragt im Interesse der Gewerkschaftsbäckereien, die oft nach verlorenen Streiks gegründet würden, die Anforderungen an sie im Absatz 3 der Resolution so zu mildern: Produktivgenossenschaften sind von den Konsumvereinen zu unterstützen, wenn sie ihre Aufgabe in der Wahrung gewerkschaftlicher Interessen erfüllen." Mit Rücksicht auf die kleineren schwachen Gewerkschaften beliebt der Redner folgende Fassung für den Anfang des Absatzes 4 zu setzen: „Bei denjenigen Berufen, in welchen tarifliche Abmachungen bestehen zwischen den organisierten Arbeitern und Fabrikanten (den gestrichen) Arbeitern, nur solchen Firmen Aufträge auf Lieferungen von Waren und Verfertigung von Waren zu geben, welche die Gewerkschaften, (hinzugefügt) ihre Tarife und Forderungen anerkennen."

Schultzki-Berlin (Transportarbeiter) bittet mit Rücksicht auf den antisozialen Geist in vielen Genossenschaften, auf das Mißtrauen vieler Genossenschaften gegen die Gewerkschaften, die unliebsamen Kämpfe, die Verpflichtung der Genossenschaften schärfer zu fassen, und zwar so:

1. daß sie ihre Arbeitskräfte durch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu beziehen; 2. die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anzuerkennen haben. Im drittletzten Absatz: Zur Schlichtung von Differenzen zwischen Gewerk- und Genossenschaften soll, wenn es sich um rein örtliche Angelegenheiten handelt, ein von den beiden Mitgliedschaften der in Frage kommenden Gewerkschaften und der betreffenden Genossenschaften aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines Unparteiischen gebildet werden; sofern es sich um Differenzen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung dieses Schiedsgerichts in gleicher Weise dem Zentralvorstand dieses Verbands und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Erörterungen über die Angelegenheit vor Fällung des Schiedsspruchs zu vermeiden werden.

Heinrich **Kaufmann**-Hamburg (vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, Gast): Schon der Altvater der genossenschaftlichen Bewegung, Schulze-Delitzsch, hat gesagt: Die Genossenschaft ist der Friede! Mit Ihnen, die den zehnten Teil des gesamten deutschen Volkes vertreten, wollten wir schon ohnedies in Frieden leben, wenn nicht noch hinzutrein unter den 500 000 deutschen Konsumvereinlern 300 000 gewerkschaftliche Arbeiter, meist Gewerkschaftler, wären. Je mehr die Gewerkschaften und die Genossenschaften dieselben Mitglieder haben, desto eher wird das erwünschte friedliche Verständnis und ein freundschaftlicher Handin-Handarbeiten herzustellen sein. (Beifall.) — Redner bittet, die Regelung des komplizierten Verhältnisses von Produktivgenossenschaften und Konsum-Genossenschaften aus der Resolution Elm überhaupt herauszulassen und bekämpft die Zusatzanträge Crenn und Schultzki.

Auch **Simon**-Nürnberg (Schuhmacher) stellt sich auf den Standpunkt der unveränderten Resolution Elm. Er führt Klage über den Bezug von Schuhwaren durch die Konsumvereine aus Fabriken, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht rauben oder in Zuchthäusern arbeiten lassen; selbst die Annonce einer solchen Fabrik sei in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau nicht unterdrückt worden.

Töpfer-Hamburg (Bauarbeiter) beschwert sich darüber, daß die Konsumvereine bei Errichtung von Bauten in den Submissionsbedingungen keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen. Der Redner bezieht sich dann mit einer Notiz der Leipziger Volkszeitung, die vom Geschäftsführer Johannes des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz herrühren soll. In ihr sei wahrheitswidrig behauptet, daß die Bauhilfsarbeiter deshalb höhere Forderungen gestellt hätten, weil es sich um einen Bau des Konsumvereins gehandelt habe. Die von Elm in den Sozialistischen Monatshesten vertretene Ansicht, daß dies nicht geschehen dürfe, sei ja ganz selbstverständlich. Aber wenn von leitender Stelle des größten Konsumvereins in so unverantwortlicher Weise gegen die Gewerkschaften intrigiert werde, müßten die Arbeiter aufs entschiedenste dagegen Protest einlegen.

Stühmer-Berlin (Schneider) verteidigt durchweg die Resolution v. Elm, auch den Passus über die Produktivgenossenschaften gegen Kaufmann.

Girbig-Berlin (Glasarbeiter) führt bittere Klage darüber, daß die Konsumvereine noch immer bei der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden kauften.

Pötzsch-Leipzig (Lagerhalter) bringt Beschwerden seiner Berufsgenossen vor: lange Arbeitszeit, geringe Löhne, Nichtfreigabe des 1. Mai und vor allem unzureichende Mankogelder.

Voelk-Hamburg (Konditor) beklagt die Preisdrückerei der Konsumvereine, der sie dazu führe, schlechte Waren in Fabriken zu kaufen, die ihre Arbeiter bedrücken.

Josephsohn-Hamburg (Kaufmann): Nach der Vergangenheit haben wir keine Garantie dafür, daß die Genossenschaften den uns hier angebotenen Gegenseitigkeitsvertrag innehalten werden. Eine Konsumgenossenschaft hat unseren Versuch, die kaufmännischen Angestellten zu organisieren, mit einem Briefe beantwortet: „Wir verbitten uns die Erregung von Unzufriedenheit unter unseren Angestellten." (Gr. Heiterkeit.) In Sachsen, wo bekanntlich die rötesten Sozialdemokraten wachsen (Heiterkeit), stürzte erst jüngst der Geschäftsführer eines Konsumvereins auf unseren Bevollmächtigten los, und als er in ihm einen alten guten Genossen erkannte, da erklärte er ihm wenigstens: „Ach, du bist es. Aber wenn's einer aus Hamburg gewesen wäre, der wäre sofort herausgeschmissen worden." (Große Heiterkeit.) In dem Konsumverein, dem der größte Theoretiker der Genossenschaftsbewegung, Peus (Rufe: Ei, ei!), vorsteht, wurden einer Verkäuferin 20 M. Anfangsgehalt monatlich gezahlt. Nach langem Kampfe und Zeitungspolemiken setzten wir eine Erhöhung auf 5 M. wöchentlich durch. (Stürmische Heiterkeit.) v. Elm sagte, die Verkäuferinnen stiegen im Gehalt bis zu 100 M. Ich möchte wissen wo. (Vielfache Zurufe: Berlin!) Ja, es gibt vielleicht Papier, auf dem das steht. (Große Heiterkeit und Widerspruch.) Ich kenne keine Verkäuferin, die 100 M. monatlich bekommt, aber ich möchte sie kennen lernen. (Erneute Heiterkeit.) Die Kaufleute werden ihr gewerkschaftliches Kampfmittel, die Entziehung von Kunden und Personal, auch gegen die Genossenschaften anwenden. Daß sie das Recht dazu wohl haben, hat auch ein — diesmal im Ernst gesprochen — großer Theoretiker der Genossenschaftsbewegung, Eduard Bernstein, anerkannt.

Lorenz-Hamburg (Gast, von der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine) spricht seine Freude über das unerwartet große Interesse der Gewerkschaften an den Genossenschaften aus. Die Vorwürfe gegen die Konsumvereine seien vielfach nicht unberechtigt (Hört, hört!), aber rührten teilweise auch aus Unkenntnis der Verhältnisse her. Schon zu einer Zeit, als die Genossenschaft noch als Prinzipienverrat und Dummheit galt, haben wir auf eine Besserung der Lage der Arbeiter in den Konsumvereinen hingewirkt. Aber man darf auch nicht zu viel verlangen. Ein Boykott von Fabrikanten durch die Konsumvereine ist bei ihrer schwachen Kaufkraft oft unwirksam.

Ein Schlußantrag findet Annahme. Der Vorsitzende **Legien** teilt mit, daß **Sachse** zu den Beratungen der Berggesetznovelle im Reichstag nach Berlin hat abreisen müssen. — Als Gäste wohnen der Verhandlung Gewerbeinspektor **Back** und Gewerbeassessor Dr. **Brandes** bei. **Mittagspause.**

Sächsische Angelegenheiten.

Unsere Betrachtungen über den Rechnungsabschluß der Staatsbahnen werden von den Dresdner Nachrichten bemängelt. Das Blatt versucht uns zwei Irrtümer nachzuweisen. Tatsächlich haben wir in einem Falle bei unserer Darstellung versehentlich auf eine falsche Ziffer Bezug genommen, indem wir die überhaupt erzielten Mehreinnahmen mit den Mehreinnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr verwechselt haben. Es beträgt die Mehreinnahme beim Güter- und Gepäckverkehr nicht, wie wir irrtümlich bemerkt haben, 5 826 512 M., sondern nur 1 387 000 M. Unsere ebenfalls von den Dr. Nachr. bemängelte Feststellung, daß für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und der **baulichen** Anlagen 590 056 M. **weniger** ausgegeben worden sind, ist dagegen richtig. Die Dresdner Nachrichten haben bei ihrer gegenteiligen Behauptung die Ausgaben für die **baulichen** Anlagen mit den für die **maschinellen** Anlagen verwechselt. Wenn die Dresdner Nachrichten sodann noch das Rechenkunststück versuchen, durch Zusammenziehung einiger Positionen einen Mehraufwand für Unterhaltung herauszurechnen, können sie dadurch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß tatsächlich **auf Kosten der baulichen Anlagen** gespart worden ist und daher Erweiterungsbauten an Bahnhöfen usw. trotz dringender Wünsche von verschiedenen Seiten nicht in dem Maße erfolgt sind als in früheren Jahren.

Die Fürsorge des Königs. Anläßlich des 40. Geburtstags des sächsischen Königs bringt die Deutsche Tageszeitung einen Artikel, worin es unter anderem heißt:

> Sein Volk naht ihm heute in vollem, freudigem, innigem Vertrauen, sonderlich auch **die Landwirtschaft, die seiner Fürsorge sicher sein darf.**

Vom sächsischen Volke als geburtstagfeiernde Masse schlechtweg zu sprechen, ist angesichts der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen etwas kühn. Die gepriesene Fürsorge des Königs für die Landwirtschaft scheint aber wirklich zu bestehen. Die Aeußerungen des Königs in Chemnitz lassen wenigstens darauf schließen. Es muß aber immer wieder hervorgehoben werden, daß Sachsen vorwiegend ein industrieller Staat ist und nur etwa 12 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind.

Zur Landtagswahl. Aus dem 6. städtischen Landtagswahlkreise (Freiberg-Tharandt-Wilsdruff) wird in bürgerlichen Blättern berichtet: In einer außerordentlichen Generalversammlung hat der Konservative Verein in **Freiberg** beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl abzusehen und sich alle weiteren Schritte vorzubehalten. Von nationalliberaler Seite ist bekanntlich der bisherige Landtagsabgeordnete Schneidermeister und Stadtrat Braun aufgestellt. Es ist nur noch fraglich, ob es dem Mittelstandsbunde, der anfänglich sich sehr scharf ins Zeug legen wollte, gelingen wird, einen geeigneten Kandidaten aufzutreiben. Möglich ist, daß ein reformerischer Kandidat aus Dresden aufgestellt wird, der auch die Unterstützung der Konservativen finden würde.

Es scheint danach, als wenn sich Konservative, Antisemiten und Nationalliberale wieder vertragen wollten. Die guten Leute haben wahrscheinlich erkannt, daß sie alle zu **einer** reaktionären Masse gehören.

Der Verband sächsischer Hausbesitzer, der seine Hauptversammlung am 24. und 25. Juni in **Zwickau** abhalten will, wird sich auch mit einigen Anträgen beschäftigen. Der Hausbesitzerverein in Bautzen beantragt: „Der Vorstand wird beauftragt, Erörterungen anzustellen, ob die Angabe des **Mohnungswertes von Dienstwohnungen** der Staatsbeamten zum Zwecke der Besteuerung allenthalben dem ortsüblichen Mietwerte entspricht, oder weit unter demselben bleibt." Antrag des Hausbesitzervereins Zwickau: „Der Verbandstag wolle beschließen: Der Vorstand wird beauftragt, eine sich den früheren Petitionen der Stadt Leipzig und der Gemeinde Hilbersdorf anschließende Eingabe an das Ministerium und den Landtag auszuarbeiten und zwar dahingehend, daß der Steuernachlaß von 1/5 der Gemeindeumlagen, welcher bisher für ein festes Diensteinkommen, Wartegeld und Pension den Gemeinden bei Bemessung ihrer Anlagen nach dem Maßstabe des Einkommens vorgeschrieben ist, eine unter den jetzigen Zeitverhältnissen nicht gerechtfertigte Bevorzugung vorgenannter Einkommen ist. Der Verband wolle aber auch alle seine Mitglieder, die irgend einem städtischen oder gemeindlichen Kollegium angehören, ersuchen, in diesem dahin zu wirken, daß möglichst viele Gemeinden gleiche Petitionen einreichen."

Außerdem soll noch eine Aussprache über die Landtagswahlagitation und die Gemeindesteuerreform erfolgen.

Die Prinzessin Luise von Koburg geistig normal. Aus Paris wird der Berliner Zeitung am Mittwoch gemeldet: Nach sechsmonatiger Beobachtung haben gestern die Sachverständigen des Gerichts ihr Gutachten über den **geistigen Gesundheitszustand der Prinzessin Luise von Koburg abgegeben.** Es waren zwei Fragen vorgelegt worden: „Ist die Prinzessin Luise **gesund?**" und „Vermag die Prinzessin **ihre Angelegenheiten ordnungsgemäß zu führen?**" **Beide Fragen** wurden von den Sachverständigen ohne **Einschränkung und in voller Uebereinstimmung** bejaht, so daß die Eventualfrage, ob die Prinzessin der Internierung in einer Heilanstalt bedürfe, wegfiel. Das Gutachten wird auf diplomatischem Wege nach Wien gesandt werden, wo vom Wiener Oberhofmeisteramte die weiteren Schritte bezüglich der Aufhebung der Kuratel getan werden.

Für uns ist dieses Gutachten besonders deshalb wichtig, weil dadurch festgestellt ist, daß eine geistig gesunde Person jahrelang in einer sächsischen Irrenanstalt festgehalten worden ist. Die Prinzessin, die bekanntlich im Spätsommer vorigen Jahres befreit wurde, ist bekanntlich in der Irrenanstalt Lindenhof bei Coswig i. S. jahrelang interniert gewesen und wie eine irrsinnige Person behandelt worden.

Niederhäslich. Bei der im vorigen Jahr vorgenommenen Ergänzungswahl zum Gemeinderat war es unseren Genossen gelungen, von den 15 Sitzen im Gemeinderat 7 durch Sozialdemokraten zu besetzen. Die von unseren Genossen teils gestellten, teils unterstützten Anträge (Aufbesserung der Gehälter der Gemeindeunterbeamten, Erhöhung des Stundenlohnes für Gemeindearbeiter von 30 auf 35 Pf., Aufhebung von Ueberstunden des Nachtschutzmannes und Wegewärters, sowie Erhöhung der unteren Steuergrenze von 100 bis 200 M. auf 300 bis 400 M.) fanden in den Sitzungen einstimmige Annahme. Als jedoch in letzter Sitzung der Antrag unserer Genossen, **Oeffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen,** zur Beratung stand, änderte sich das Verhalten der bürgerlichen Vertreter. Obwohl der Antrag von mehreren Genossen begründet wurde und keiner der Gegner, außer dem Gemeindevorstand, sich zu diesem Punkte äußerte, ergab die Abstimmung bei Anwesenheit von 14 Mitgliedern 7 Stimmen für und 7 gegen diesen Antrag. Der Gemeindevorstand Schroth, dem die Entscheidung oblag, entschied sich **gegen** den Antrag, obwohl er u. a. erklärt hatte, daß ihm als erster Beamter der Gemeinde die Oeffentlichkeit der Sitzungen nur angenehm sein könnte. Da dieser Antrag sicher wieder eingebracht wird, liegt es an den Einwohnern, dafür zu sorgen, daß endlich auch in unserer Gemeinde wie in vielen des Plauenschen Grundes die Oeffentlichkeit der Sitzungen hergestellt wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Rangierbahnhof der Preußischen Bahn in **Leipzig-Kleinzschocher** ist der Bahnarbeiter Karl Hermann Habermann beim Rangieren überfahren und sofort getötet worden. — Ein Bäckermeister in **Leipzig** kaufte von einem Unbekannten ein Fahrrad, Marke Panther, Modell 76 und Fabriknummer 38 281, und bezahlte alsbald den Kaufpreis. Nachdem der Unbekannte diesen eingestrichen, erklärte er, er wolle einen kleinen Defekt an dem Rade noch verbessern und wolle das Rad noch einmal probieren. Kaum hatte ihm der Bäckermeister das Rad überlassen, schwang er sich auf und — ward nicht mehr gesehen. — In **Waldenburg** ist der Kopist Neumann aus Oberfrohna, der nach Unterschlagung von Gemeindegeldern im Betrage von 3200 M. geflüchtet war, verhaftet worden. — In **Plauen** stürzte der Maurer Rauh, als er am Neubau der Südapotheke beschäftigt war, von der Leiter und zog sich einen gefährlichen Schädelbruch zu. — In **Torna** wurde ein zweijähriges Kind, das in einen beladenen Ziegelwagen hineingelaufen war, tödlich überfahren. — Tödlich verunglückte auf dem Rittergute **Canitz** bei Riesa der Arbeiter Häusler dadurch, daß er von einem mit Stroh beladenen Wagen abstürzte und das Rückgrat brach.

Stadt-Chronik.

Das Umsatzsteuer-Unrecht

hat nun eine weitere „verbesserte" Auflage erlebt. Der Rat veröffentlicht im heutigen Anzeiger (wir drucken an anderer Stelle das ganze „Werk" ab) das Produkt seiner Bemühungen um das endliche Zustandekommen eines Steuerunrechts der schärfsten Art. Alle Gegnerschaft ist glatt an den Ratsherren abgeprellt. Das Spießbürgerparlament **will** unter allen Umständen diese Steuer — für den Rat gibt es da weiter kein Besinnen, er folgt. Nur keine Konflikte, nur Ruhe im Dorfe — das ist die erste Pflicht einer richtigen Stadtverwaltung. So etwas wie eine öffentliche Meinung existiert **nicht** für sie. Wäre es anders, dann mußte die Umsatzsteuervorlage auf Nimmerwiedersehen mit einem Schlage in der Versenkung verschwinden. Denn wohl selten hat sich in Dresden die öffentliche Meinung in fast einmütiger und schärfster Weise **gegen** die Umsatzsteuer ausgesprochen. Und zwar so, daß nicht ein einziges hiesiges Blatt gewagt hat, ernsthaft für sie einzutreten. Die meisten Zeitungen haben diese Steuer rücksichtslos abgelehnt, und sogar in den Dresdner Nachrichten kamen die Gegner in entschiedener Weise zum Wort. Der ganze Handels- und Kaufmannsstand und ihre offiziellen Vertretungen, zahlreiche starkbesuchte Volks- und Vereinsversammlungen **aller** Volkskreise Dresdens haben durch Abgabe von Gutachten, Annahme von Resolutionen ihre Gegnerschaft bekundet. Zahlreiche Eingaben gelangten an die städtischen Kollegien — alles, alles wird kalt lächelnd ignoriert. **Die Masse der Dresdner Bürger und Einwohner ist Luft für die Stadtherren!** Wir haben das Regiment, wir allein wissen, was gut ist, wir machen, was wir wollen, wir bestimmen und ihr habt den Mund zu halten und zu zahlen, wie einem echten und rechten Bürger der Königlichen Haupt- und Residenzstadt zukommt. Das ist die Signatur der Dresdener Kommunalpolitik!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Was die Ratsvorschläge anlangt, so weichen sie in Einzelheiten nicht unwesentlich von denen der Stadtverordneten ab, das Prinzip der Steuer ist aber in allen Punkten dasselbe geblieben: eine dreigeteilte Umsatzsteuer für einzelne Geschäfte, Filialgeschäfte und Warenhäuser. Die wichtigste Aenderung besteht darin, daß die Steuer für einzelne Geschäfte (siehe erste Tabelle) statt mit 700 mit 300 M. beginnt und in ½ Prozent statt in 1 Prozent die höchste Progression hat. In dieser Beziehung ist man gewissen Kreisen der Geschäftswelt entgegengekommen, um diesen den Mund zu stopfen, ihre Opposition zum Schweigen zu bringen. Für die Zweiggeschäfte aber tritt eine Verschärfung ein, indem bei auswärtigen Geschäften schon eine Filiale besteuert werden soll, während früher durchweg erst bei zwei die Steuer begann. Letzteres soll nur noch für die Geschäfte am Orte gelten. Im übrigen ist die Steuer für Filialen in der Weise geändert, daß die höchste Progression von zwei Prozent nur bei Geschäften mit über 6 Filialen eintritt, während sie bei 4 bis 6 Geschäften im höchsten Falle 1½, bei bis 3 Geschäften 1 Prozent betragen soll. Ursprünglich trat in allen Fällen ohne Rücksicht auf die Zahl der Zweiggeschäfte bei Umsätzen von 2 000 000 M. die zweiprozentige Steuer ein. (Vergleiche Tabelle 2 und 3). Eine große Verschärfung bringt die Bestimmung, daß bei Verkauf zum Selbstkostenpreise 10 Prozent des Umsatzes zu letzterem als Steuerobjekt aufgeschlagen werden. Diese Bestimmung richtet sich offenbar gegen die Konsumvereine, die es in der Hand hätten, die Gesamtumsatzsumme durch Verkauf zum Selbstkostenpreis um den Betrag der Rückvergütung zu verringern, die ja nicht abgerechnet werden darf, also doppelt und dreifach besteuert werden soll.

Der Rat hat es besonders sinnig angedreht, indem er diese neue Vorlage der Dresdner Einwohnerschaft gerade zu Königs Geburtstag präsentierte. Das wird ganz sicher die „Feststimmung" heben. Der Rat hat Geschmack, das muß man ihm lassen. Es fehlte nur noch, daß zu gleicher Zeit eine Wahlrechtsverschlechterungs-Vorlage gekommen wäre. Das hätte sich wunderbar ausgenommen: Steuerunrecht, Wahlunrecht — Königshuldigung, Patriotenpflicht!

Die Dresdner Arbeiterschaft aber mag die rechte Antwort mit noch größerer Deutlichkeit geben als bisher. Wir müssen Sturm laufen gegen das reaktionäre Stadtregiment, das Bürgerrecht erwerben und dann diese Gesellschaft hinauswählen, so lange das möglich sein wird!

Wieder eine angedrohte Aussperrung! Am Mittwoch fand im großen Saale des Trianons eine öffentliche Versammlung der Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen statt. Der große Saal war überfüllt. Uhlig brachte den Ukas der Zigarettenfabrikanten vor, der von den Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt, daß alle Leute bis zum Sonnabend den Austritt aus dem Verband erklären müssen; die dies nicht tun, werden am 10. Juni ausgesperrt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Zigarettenarbeiterinnen und -Arbeiter Dresdens nimmt Kenntnis von der Bekanntmachung der 24 dem Arbeitgeberverbande angehörenden Zigaretten-Firmen, in der von den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern verlangt wird, aus dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande auszutreten. Sie bekundet, daß sie dieses Verlangen, auf das gesetzlich gewährleistete Vereinigungsrecht verzichten zu sollen, als einen Akt betrachtet, der nur von Unternehmern vollzogen werden kann, die sozial rückständig und denen alle kulturfördernden Bestrebungen verhaßt sind; sie fordert Zurücknahme dieses Verlangens. Sollte dieser berechtigten, auf das Gesetz sich stützenden Forderung nicht entsprochen werden, so spricht schon heute die Versammlung aus, nach Ablauf der in Aussicht gestellten Kündigungsfrist einmütig so lange im Aufstande zu verharren, bis das Koalitionsrecht frei ausgeübt werden darf. Sie spricht weiter aus und verpflichtet sich, nicht eher ruhen zu wollen, bis die bescheidenen Zugeständnisse, wie sie seitens der Firma Eckstein & Söhne anerkannt werden sind, von allen Firmen anerkannt werden unter der ausdrücklichen Betonung, daß überall dort, wo die in Wochenlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen schlecht entlohnt werden, auch diese mit einer Lohnaufbesserung bedacht werden müssen. Sie fordert ferner von allen klassenbewußten Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie ihrer Ueberzeugung gemäß alle Arbeiter über diesen Gewaltakt der 24 Zigarettenfabrikanten Dresdens aufklären und Sorge tragen, daß nicht durch Arbeitswilligendienste den Zigarettenarbeiterinnen das Koalitionsrecht geraubt werden wird."

Zur Aussperrung der Schneider wird uns berichtet: Die organisierten Schneider Dresdens nahmen in einer weiteren imposanten Versammlung in der Zentralhalle Stellung zu dem Gewaltstreich der Unternehmer. Genosse Reichstagsabgeordneter Sindermann sprach über: Vorurteile und Vorteile der Gewerkschafts-Organisationen. Er gab der Versammlung ein klares und umfassendes Bild der Entwicklung und der Ziele der modernen Gewerkschaften. Der reiche Beifall, den dieser Vortrag auslöste, bewies, daß die Versammelten sehr wohl die Vorteile der Organisation zu schätzen wissen und nicht entfernt daran denken, sich diese Vorteile so ohne weiteres rauben zu lassen. — Dann berichtete Kollege Joseph über den Stand der Aussperrung. Er verwies auf die Zerfahrenheit im Unternehmerlager und stellte dem die Einigkeit der Arbeiterschaft gegenüber. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes sucht nach wie vor mit allen Mitteln weitere Geschäfte zur Teilnahme an der Aussperrung zu veranlassen. Würden wir Arbeiter so vorgehen, würde man über Terrorismus schreien. Das Vorgehen der Arbeitgeber hat schon zur Folge gehabt, daß zehn der namhaftesten Firmen den Austritt aus dem Arbeitgeberverbande vollzogen haben. Unsere Organisation hingegen ist mächtig gewachsen und Austritte infolge der Aussperrung sind nur in verschwindendem Maße zu verzeichnen. Wenn somit die pomphaft angekündigte Aussperrung schon jetzt als kläglich gescheitert gelten muß, ist es doch notwendig, die nächsten Wochen wachsam zu sein, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Unternehmer nach Schluß der Saison einen neuen Ansturm riskieren werden. Joseph unterzog dann noch die Sudelschrift der Unternehmer in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen einer vernichtenden Kritik. In der Debatte gab Kollege Reinhardt zum besten, wie Sekulla in der Neustadt vergeblich versuchte, bei ihm Arbeit unterzubringen. Selbstverständlich wurde dem Herrn der gute Rat gegeben, keine Arbeit selbst zu machen oder in Leipzig von dem guten Freunde machen zu lassen, für den er seinerzeit versuchte, Streikarbeit anfertigen zu lassen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß unter den Kreuzern, die ausgesperrt haben, solche sind, die schon seit nicht in der Lage waren, ihren Gesellen Sonnabends den sauer verdienten Lohn auszuzahlen. Den von den Meistern in die Versammlung gesandten Spionen wurde der gute Rat erteilt, ihre Auftraggeber gewissenhaft auch über die Kampfstimmung der Kollegen aufzuklären. Nachstehende Resolution fand begeisterte Zustimmung und einstimmige Annahme:

„In Erwägung, daß die Leitung der Dresdner Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes gegenwärtig noch mit Hochdruck arbeitet, um die widerstrebenden Elemente unter den Arbeitgebern zur Aussperrung zu zwingen; in fernerer Erwägung, daß die Dresdner Arbeitgeberschaft selbst vor unlauteren Mitteln nicht zurückschreckt, um unsere Mitglieder zum Austritt aus ihrer Organisation zu bewegen, daß dadurch, entgegen der Absicht ihrer Zentralleitung die Aussperrung in Dresden den Charakter einer Maßregelung annimmt betont die Versammlung aufs neue ihre unverbrüchliche Solidarität mit den ausgesperrten Kollegen. Diesen Gedanken der Solidarität bringt sie besonders dadurch zum Ausdruck, daß sie einstimmig beschließt, daß sämtliche in Arbeit stehenden Kollegen bis Pfingsten 1 M. wöchentlichen Extrabeitrag zum Unterstützungsfonds beisteuern."

Der Malerstreik erfolgreich beendet! Was Einigkeit und Solidarität der Arbeiter vermag, ist selten so schlagend zum Ausdruck gekommen wie anläßlich und am Ende des Streiks der hiesigen Maler, Lackierer und Anstreicher. Das waren nicht mehr die von Interessenlosigkeit oder Künstlerdünkel befangenen Malergehilfen von 1896, dem Jahre des verlorenen gegangenen Malerstreiks, die vor reichlich zwei Wochen nahezu geschlossen in den Streik eintraten. Leute, die doppelt soviel Lohn erhielten als ihre schlechtergestellten Berufskollegen erst forderten, traten mit in den Ausstand und mutig wurde ausgehalten, im Vertrauen auf die Macht der Organisation und das Geschick der gewählten Vertrauenspersonen. Weder Scharfmachereien noch Beruhigungsaktionen nützten etwas; man ließ sich nicht abbringen vom Wege zu dem Ziele, das man in der Hebung der gesamten Kollegenschaft und in der Schaffung geordneter Arbeitsverhältnisse durch einen gut ausgebauten Tarif erblickte. — Bereits Mitte voriger Woche schien es, als stehe eine Einigung nahe bevor. Am Montag, so glaubte man in beiden Lagern, werde die Arbeit aufgenommen. Doch als am Sonnabend von der Innung der fix und fertig ausgearbeitete Einigungsentwurf verschlechtert wurde, lehnten sich die Streikenden in lebhaftem Protest gegen dieses Verfahren auf; man wies das Ansinnen, den Verschlechterungen zuzustimmen, mit Entrüstung zurück. Wenige Stunden danach wurde die Organisationsleitung von den Unternehmern um neue Verhandlungen ersucht. Diese führten denn auch unter Mithilfe ihres Vertreters zu einer völligen Einigung resp. dazu, daß der am Sonnabend von der Innung abgelehnte Tarifentwurf eher noch verbessert wurde. Gestern abend wurde der Tarif erst von einer Innungsversammlung einstimmig und um 9 Uhr von einer Gehilfenversammlung gegen 3 Stimmen sanktioniert, so daß heute früh die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Der Tarif setzt in der Hauptsache fest einen Minimallohn pro Stunde von 50 Pf. bis 31. März 1907 und von da bis 31. März 1908 52 Pf. für Maler, für Gehilfen unter 19 Jahren und gelernte Lackierer je 5 Pf. und Anstreicher 6 Pf. weniger. Das bedeutet eine Erhöhung nach dem alten Tarif bis 31. März 1907 um 5 Pfennige und von da bis 31. März 1908 um weitere 2 Pfennige. Für Brückenarbeiten sollen 10 Pf. Zuschlag pro Stunde gewährt werden. Ferner werden geregelt die Arbeitszeiten (9½ Stunden täglich resp. 55 Stunden wöchentlich), die Zuschläge für Ueber-, Nacht- und Sonntagsstunden, die Auslösung bei Landorden, die Lohnzahlung, die Kündigung des Arbeitsverhältnisses usw. Ein guter Fortschritt ist die Einsetzung einer Tarifkommission, bestehend aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitern; kommt zwischen eine Einigung in dieser nicht zustande, soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts entscheiden. Der Tarif ist auf drei Jahre, bis 31. März 1908, abgeschlossen. Ferner sollen die Streikenden, „wenn andere Gründe als der des vorhergegangenen Streikens nicht vorliegen, von ihrem Meister wieder eingestellt werden." Dafür sollen aber auch die Arbeitswilligen von den anderen nicht „ausgesperrt" werden.

Wie sehr man bemüht ist, die alten eingerichteten Gehilfen wieder zu bekommen, geht auch daraus hervor, daß ein Meister in der Kommission anregte, ob die Organisation nicht dafür sorgen solle, daß alle während des Streiks von bewilligten Meistern Eingestellten, nach dessen Beendigung dort aufhören und zu ihren im Stiche gelassenen Meistern zurückkehren. (!) — Alles in allem ein guter Erfolg, mit dem die Dresdner Maler, Lackierer und Anstreicher sehr zufrieden sein können. Sie haben gezeigt, daß sie ihre Interessen zu wahren verstehen und was eine gute Organisation vermag. Sie wird neugestärkt aus dem Kampfe hervorgehen. Das muß auch dem Blödesten zum Bewußtsein kommen und alle anspornen, zu immer weiterem Vorwärtsstreben.

Ein wildgewordener Bäckermeister in Cotta. Man meldet uns: Kommen da am vorgestrigen Tage zwei Gesellen in die Bäckerei des Herrn Walter, Cotta, Ockerwitzerstr. 2, um ihre Kollegen zu sprechen. Anstandshalber fragt einer der Betreffenden Herrn Walter, ob er den Gesellen nicht mal sprechen könne. Darauf antwortet Herr W.: „Was wollt ihr? Macht daß ihr raus kommt! Zum ersten, zweiten und dritten Male: Macht daß ihr raus kommt!" Der besuchende Kollege: „Sie sind wohl der Vormund über Ihren Gesellen? Wir werden schon gehen." Daraufhin packte Herr Walter den einen an der Brust und ließ ihn die Treppe hinunter. Selbstverständlich eilte der andere seinem Kollegen zu Hilfe und hielt Walter von seinem Vorhaben ab. Daraufhin brüllte Walter: „Jetzt hole ich den Gummischlauch!" Die Gesellen gingen natürlich ruhig ihres Weges, gleich darauf erschien Herr Walter mit dem Stollenholz (10 Zentimeter im Durchmesser und ungefähr 50 Zentimeter lang) im Hofe. Da er keine „Arbeit" mehr hatte, machte er seinem Herzen durch tüchtiges Schimpfen Luft. Ausdrücke: Lumpenbande, Spitzbuben und Vagabunden, flogen nur so durch die Luft. Wir empfehlen dem Herrn Walter, Knigges Umgang mit Menschen zu studieren, trotzdem wir wenig Hoffnung haben, daß die darin enthaltenen Lehren bei ihm auf fruchtbaren Boden fallen werden — meint treffend unser Gewährsmann. Herrn Walter scheinen die Manieren in der Innungsversammlung im Kristallpalast mächtig „angeregt" zu haben. Er ist jedenfalls ein Beispiel, wie in der Innung die Bäckermeister zu anständigen und gesitteten Menschen „erzogen" werden.

Die hiesigen Blätter werden auch diesen bezeichnenden Vorgang totschweigen, wie sie die Vorgänge in jener Innungsversammlung völlig totgeschwiegen haben. Ja, wenn Arbeiter diese Rüpeleien begangen hätten — den Lärm wollen wir hören!

„Patriotismus" und Reklame. Wie rührige Geschäftsleute die Reklameinstrumente auf die Situation vor dem Parade- und Huldigungsrummel zu stimmen wissen, bewies gestern abend ein Menschenauflauf auf der Waisenhausstraße. Die Firma Esders hielt den Zeitpunkt für gekommen, mit grün-weißen, schwarz-weiß-roten und andersfarbigen Fähnchen dem Publikum den Vorzug ihrer Kinder-Garderobe anzupreisen. Eine mehr denn hundertköpfige Masse großer und kleiner Kinder belagerte hartnäckig und aufgeregt die Tür des Esdersschen Hausgrundstückes, von wo aus die Fähnchen unter die sich über die ganze Straße stauende Menge geworfen wurden. Die Kinder heulten und schrien — die erwachsenen Leute drängten und stießen und haschten nach den schwirrenden Fähnchen. Im Gewenge und Gedränge entstanden Reibereien und Balgereien um den Besitz der buntfarbigen Reklameobjekte. Und die Verteiler hatten Not, sich die Bündel nicht aus der Hand reißen zu lassen oder im Knäuel der Balgenden mit zu Boden gerissen zu werden. — Da sage noch einer: Der „Patriotismus" liege im Sterben.

Von der Vereinigung tariftreuer Bäckermeister wird uns mitgeteilt, daß auch Herr Bormann, Striesen, Paul Gerhardtstr. 9, derselben angehört und nur aus Versehen im Inserat weggelassen wurde.

Daher der Name. Die Elbgaupresse stellt fest, daß die Neuesten Nachrichten dieser Tage über einen durch Gewitterregen in Oberrotenbach herbeigeführten schweren Eisenbahnunfall berichten, der — vor 16 Jahren passiert ist.

Daher der Name Neueste Nachrichten.

Volksvorstellung des Gewerkschaftskartells Sonntag den 4. Juni im Residenztheater. Zur Aufführung gelangt nochmals Hermann Sudermanns Seestück Die Hoffnung. Kartenausgabe an die Gewerkschaften morgen, Freitag, von 7 bis 9 Uhr, im Volkshaus, Restaurant. Die Karten können auch jederzeit im Volkshausbureau entnommen werden.

Die Orientierungssäulen, die an vielen Stellen der Stadt aufgestellt sind, bezw. ihr Inhalt hat jetzt eine jedenfalls originelle Bereicherung erfahren. Man kann beobachten, daß das Publikum, sobald es diese „Neuerung" entdeckt hat, lächelnde Gesichter bekommt, oft auch zu ironischen Bemerkungen veranlaßt wird. Der Vorgang ist folgender: Bei näherem Zusehen fanden wir folgenden Aushang in den Säulen:

Gepfändet
ist diese Orientierungssäule mit sämtlichen Apparaten.
24. Mai 1905. Werner.

Neben der Unterschrift prangen mehrere der ominösen gelben Marken. An der Säule am Hauptbahnhof hat man den Pfändungsbefehl besonders gut plaziert, so daß er jedem aus dem Hauptportal Kommenden, der an die Säule geht, sofort auffallen muß.

Zu dem Gesuche des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Dresden um Bekanntgabe der Submissionsergebnisse zur Kontrollierung der Einhaltung vom Verbande festgesetzter Mindestpreise wurde in Hinblick auf die zur Zeit bei den Stadtverordneten befindliche Ratsvorlage wegen Aenderung der Bestimmungen über das Vergebungswesen vom Rat beschlossen, die Gesuchsteller unter Verweisung auf die bevorstehende Verabschiedung der Vorlage abzuweisen.

Vermischte Nachrichten. Verschwunden ist seit einigen Tagen ein hiesiger Architekt G. Der Vermißte soll sich entfernt haben, da ihm Unterschlagungen von Baugeldern zur Last gelegt werden. Er dürfte identisch sein mit dem in folgender Meldung Genannten: Gestern abend wurde ein in mißliche Verhältnisse geratener Architekt aus Dresden in Loschwitz festgenommen, weil er in einem Restaurant einen Zechbetrug verübt hatte. — Gestern nachmittag fuhr ein die Münchner Straße herabkommender Straßenbahnwagen der Linie Blasewitz—Plauen mit einem aufwärts fahrenden schwer beladenen Sandwagen zusammen. Die beiden Pferde des Lastwagens wurden niedergeworfen und der Kutscher vom Bock auf das Pflaster geschleudert. Der aufregende Vorgang hatte zum Glück keine ernsten Folgen. Die Pferde nur hatten geringe Verletzungen erlitten und das Blech des Vorderperrons des Straßenbahnwagens war eingedrückt.

Gewerbegericht. Erfolg hatte der Maschinenmeister Wie[illegible] mit seiner Klage gegen den Buchdruckereibesitzer Gepert. 29 Mk. Lohnrest sind streitig, die dem Kläger abgezogen wurden, weil er einen Posten Klischees nicht zufriedenstellend gedruckt haben soll. Das bestreitet der Kläger. Die entstandenen Fehler lägen teils an der außerordentlichen Kompliziertheit der Klischees, teils an den schlechten Farbenmaterial. Beide Schwierigkeiten werden von den fachmännischen Beisitzern anerkannt und zugleich von den vorgelegten Mustern einige Exemplare als tadellos bezeichnet. Jedenfalls steht fest, daß die Leistung des Klägers nicht als grobe Vernachlässigung seiner Pflichten angesehen werden kann. Der in Betracht kommende Kunde scheint ein übermäßiges Verlangen auf peinliche Ausführung zu stellen, denn er mag die ganze Auflage nicht haben. Nun glaubt der Beklagte, den eingeklagten Lohnrest zurückbehalten zu können, weil er extra dem Kläger gesagt habe, daß er alles ihm abgeliefert werde, was von der betreffenden Arbeit nicht gut ist. Das ändert nichts daran, daß er den erwachsenen Schaden vom Lohn nicht abrechnen kann, abgesehen von der fachmännischen Beurteilung des Falles. Es wird dem Beklagten geraten, den restierenden Lohn zu zahlen, was er schließlich auch tut. — Geschlagen war das Hausmädchen Schimmer von der Ehefrau ihres Prinzipals worden, weshalb sie dieser, den Gewerbekreuzer, auf eine Entschädigung von 40 M. verklagt. Die Klägerin war darüber informiert, daß sie bei tätlichen Angriffen das Recht hatte, sofort die Stellung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aufzugeben und für die Kündigungszeit auch noch Entschädigung verlangen kann. Der tätliche Angriff wurde vom Beklagten zugegeben, weshalb das Gericht nicht nötig hatte, in eine Prüfung der Ursache, die zu dem Streit der Klägerin mit ihrer Prinzipalin geführt haben, sich einzulassen. An der rechtlichen Seite konnte eine nähere Aufklärung darüber nichts ändern. Man riet dem Beklagten, freiwillig zu zahlen. Das geschah.

Versammlungskalender für Freitag.

Abends 9 Uhr Volksversammlung im Ballhaus, Bautznerstraße 35. Stellmacher. Abends halb 8 Uhr Versammlung im Volkshaus. Volks-Sing-Akademie. Abends 9 Uhr Generalversammlung im großen Saale des Volkshauses.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Schmiede! In Berlin befinden sich zirka 1000 Kollegen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Schneideraussperrung. Die Schneider haben aufs neue die Zumutung, den Streik in Gießen, Leipzig Würzburg usw. zu drosseln, abgelehnt. Aus Rache dafür wurden sie nun auch in Erfurt und Fürth ausgesperrt. Betroffen sind von der Aussperrung Terrorismus bereits 5000 Mann! In Mainz schlossen die Arbeitgeber Frieden — trotz der Scharfmacher! In Berlin wogen sie die Aussperrung noch nicht.

Versammlungen.

Seidnitz. Am 15. Mai fand für Seidnitz und Umgegend die erste sehr gut besuchte öffentliche Mitgliederversammlung des Sozialdem. Vereins Gruppe Striesen (6. Wahlkreis), statt. In einem 1½ stündigen Referat suchte die Genossin Wochnitz die Anwesenden, besonders die Frauen, die zahlreich erschienen waren, über die wirtschaftlichen Vorteile des Sozialismus aufzuklären. Daß die interessanten und fesselnden Ausführungen die vollste Sympathie erweckt hatten, bewiesen am Schlusse die lärmenden Beifallsbezeigungen. Dann gab der Genosse Thorzauer-Striesen den Bericht aus der Vorstandssitzung und machte gleichzeitig bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung in Tolkewitz stattfindet. Nach Besprechung einiger wichtiger Vereinsangelegenheiten, und um dem Wunsche, daß die nächste Versammlung ebenso zahlreich besucht sein möchte, Ausdruck zu geben, reichte die imposante Versammlung ihr Ende. (Eing. 20.5.)

Dresdner Polizeibericht vom 25. Mai.

Am 22. d. Mts. ist von der Kriminalpolizei ein 25 Jahre alter Krankenwärter ermittelt und festgenommen worden, der in letzter Zeit eine große Anzahl Fahrräder in hiesiger Stadt gestohlen hat.

Die hiesigen Händler werden um Mitteilung an die Kriminalabteilung gebeten, ob seit 17. d. Mts. bei ihnen Papierdrachen mit Aufdruck „Max Hauswald, Glashütte" zum Kaufe angeboten worden sind.

In der Köglchenbrodaer Flur ist gestern die Leiche einer ungefähr 20 bis 22 Jahre alten Unbekannten aus der Elbe gezogen worden, in der sie 8 bis 14 Tage gelegen haben mag. Sie ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblonde Haare, vollständiges Gebiß und trug einen Goldreifenring ohne Gravierung, eine kleine wertlose Brosche mit [illegible] und grünen Steinchen sowie zwei Ohrringe. Bekleidet war sie mit schwarzem Rocke mit einem Blumenmuster, zwei weißen Unterröcken mit Spitzen, weißen Unterbeinkleidern, Kattunbluse von weißem Unterzeug mit schwarzen unterbrochenen Streifen und blauen Bierecken, weißen Hemde gezeichneten Hemde, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen. Nähere Nachrichten erteilt die Kgl. Polizeidirektion.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 25. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 753 Veränderlich.
Thermometer: + 14° R.
Thermometrograph: Min. + 4, Maxim. + 14.
Hygrometer: 58 %.
Wasserstand der Elbe: — 31 cm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 119. Dresden, Donnerstag den 25. Mai 1905. 16. Jahrgang.

Reichstag.

191. Sitzung. Mittwoch, 24. Mai 1905. Nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Zunächst wird debattelos in dritter Lesung der Antrag Blell (freis. Volksp.) betr. die rechtliche Stellung der Handelsagenten angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags von Treuenfels (kons.) betreffend die Haftpflicht für Tierschäden. Die Kommission beantragt eine Resolution, in der die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, dem § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Tierhalter zur Ausübung seines Berufes dient, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder der Schaden auch bei der Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein könnte."

Abg. Dr. Spahn begründet kurz die Kommissionsbeschlüsse.

Staatssekretär Dr. Nieberding sagt nochmalige Prüfung der Materie seitens der Regierung und eventuell die Vorlage eines besseren Gesetzentwurfs betr. die Aenderung des § 833 des B. G. B. zu.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) wendet sich gegen den Antrag Treuenfels. Wird der Antrag Gesetz, so haben wohlhabende Leute den Vorteil und arme Leute, Krüppel, Witwen und Waisen den Schaden davon. Hätte die Rechte den kleinen Tierhaltern wirklich helfen wollen, so hätte sie nicht durch Erhöhung des Maiszolles den kleinen Fuhrleuten das Pferdefutter verteuern sollen. Die drei Millionen Tierhalter, die es in Deutschland gibt, mögen sich doch zu eine Haftpflichtgenossenschaft zusammenschließen. Man spricht von dem Rechtsbewußtsein des Volkes, das durch die jetzige Fassung des § 833 verletzt wird. Nun, die Paragraphen des Strafgesetzbuches über Majestätsbeleidigung, groben Unfug usw. verletzen dieses Rechtsbewußtsein weit mehr. Es wäre viel nötiger, hier eine Aenderung zu treffen, als auf dem Wege dieses Antrags den Besitzenden eine neue Wohltat auf Kosten der Armen zukommen zu lassen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Treuenfels (kons.) wendet sich gegen den Abg. Molkenbuhr. Die Tierhalter sind nicht immer reich und die Beschädigten sind nicht immer arm. Auch Tagelöhner halten sich manchmal Großvieh.

Abg. Bargmann (freis. Volksp.) wendet sich gegen den Antrag Treuenfels. Wenn einzelne Härten zutage treten, so geben die Versicherungsgesellschaften das Mittel an die Hand, dieselben zu beseitigen.

Abg. Held (natl.) tritt für die Resolution ein und erzählt unter Heiterkeit, wie eine Dame durch eigene Unvorsichtigkeit von einem bösartigen Stier gestoßen wurde.

Abg. Roeren (Ztr.) tritt für die Resolution ein, da der allgemeine Grundsatz, daß nachgewiesene Schuldlosigkeit von der Strafe befreit, auch auf die Tierhalter Anwendung finden müsse.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vereinigg.) will die Stellung der Sozialdemokraten in dieser Frage festnageln.

Präsident Graf Ballestrem verliest einen Antrag Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.), der die Regierung zu eingehenden Erhebungen über etwaige Härten des B. G. B. und event. Beseitigung derselben bei Revision des B. G. B. auffordert. Da ein großer Teil des Hauses während der letzten Reden eingeschlafen ist, dauert es einige Zeit, um die zur Unterstützung des Antrags nötige Anzahl von Abgeordneten zum Aufstehen von ihren Plätzen, bezw. von den Ecksofas zu bewegen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) hält die geforderten Ermittlungen im Interesse der Droschkenkutscher und kleinen Hausierer für überflüssig. Es heißt, der Begriff Haustiere sei nicht juristisch zu fassen. Ja, wenn man wissen will, was ein Haustier ist, darf man auch nicht bei Juristen anfragen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Die Herren von der Rechten scheinen es als das größte Unglück zu betrachten, daß einmal ein Tierhalter einem armen Krüppel eine Rente bezahlen soll; daß so ein armer Krüppel event. verhungert, das sieht sie wenig an. Ueber den Begriff „Haustier" ist man sich nicht so einig, wie Herr Schmidt-Warburg meint; es gilt als sehr zweifelhaft, ob zum Beispiel ein Luxushund ein Haustier ist. Wenn man die Tierhalter von der Haftpflicht befreit, kann man mit eben demselben Recht auch die Eisenbahnverwaltung davon befreien. In Baden galt die absolute Haftpflicht des Tierhalters bereits vor dem B. G. B. Die Erhöhung der Futterpreise durch den Maiszoll bedeutet eine weit größere Belastung der Tierhalter als die Versicherungsprämie gegen den Schaden, den ihre Tiere anrichten. Sie (rechts und zum Zentrum) wollen lieber, daß Krüppel, als daß reiche Pferdebesitzer den Schaden tragen. Und das nennen Sie Christlichkeit! (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Böckler (Ant.) tritt für den Antrag Treuenfels ein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) befürwortet seine gestern gehaltene Resolution auf Veranstaltung von Erhebungen über etwaige Härten des Bürgerlichen Gesetzbuches. (Beifall links.)

Nach einem Schlußwort des Abg. v. Treuenfels (kons.) schließt die Diskussion. In einer persönlichen Bemerkung bestreitet

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.), dem Luxushunde des Grafen Haustiereigenschaft beigelegt zu haben. (Heiterkeit.)

Unter Ablehnung des Antrags Müller-Meiningen wird die Resolution der Kommission angenommen.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage über Aenderung der Zivilprozeßordnung. In der Generaldebatte befürwortet

Abg. Himburg (kons.) trotz schwerer Bedenken die Vorlage. Es ist doch immer eine Gerichtspartei, die sich freut, daß es keine höhere Instanz gibt. (Lachen links.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Die gegenwärtige Vorlage verschärft den bureaukratischen Charakter unserer Rechtspflege. Man spricht von der Beschleunigung unserer Judikatur; glaubt man diese zu fördern, wenn man immer mehr Sachen der Rechtsprechung des Reichsgerichts entzieht? Speziell das Genossenschaftsrecht wird durch diese Maßregel außerordentlich verschlechtert werden. Es ist bezeichnend genug, daß sich die tragierteren Vorkämpfer der kapitalistischen Interessen so sehr für das Gesetz ins Zeug legen. Man scheint die Kleinbauern und Arbeiter durch Entrechtung förmlich zur Gewalt treiben zu wollen. Gerade jetzt, wo wir Zeugen eines schweren Eingriffs des Justizministers in die Rechtsprechung gewesen sind, darf der Reichstag einer solchen Vorlage unmöglich seine Zustimmung geben. Wird aber der Entwurf angenommen, nun dann wird der Mittelstand endlich zur Einsicht seiner Schlafheit kommen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Blumenthal (südd. Volksp.) bekämpft ebenfalls die Vorlage. Jede Verringerung des Instanzenzuges ist eine Verschlechterung der Rechtspflege. Will man das Reichsgericht entlasten, so ist z. B. ein ganz gutes Mittel, daß Sachen nicht an dasselbe, sondern an einen Senate des Oberlandesgerichts, dessen Urteil der Revision unterliegt, verwiesen werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Brunstermann (Reichsp.) tritt kurz für die Vorlage ein.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte werden die einzelnen Paragraphen des Entwurfs fast unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Ebenso der Gesamtentwurf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und der Antisemiten, der Freisinnigen Volkspartei und eines Teils der Freisinnigen Vereinigung. Fraglich erscheint zweifelhaft, von der Linken ertönt wiederholt der Ruf: Gegenprobe! Gegenprobe! ohne daß Vizepräsident Graf Stolberg, der übrigens in diesem Augenblick vom Präsidenten Grafen Ballestrem abgelöst wird, diesem Verlangen Folge gibt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bei der Wiederholung der namentlichen Abstimmung über die Wahl des Abg. Barbeck (freis. Volksp. — Erlangen-Fürth) wird diese mit 169 gegen 166 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen entgegen dem Kommissionsantrage für ungültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Brejski (Pole — Thorn) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären, weil Rentenempfänger und Ausländer mitgewählt haben.

Abg. v. Czarlinski (Pole) beantragt Rückverweisung an die Kommission.

Abg. Wallstein (Zentr.) befürwortet den Kommissionsantrag.

Abg. v. Gerlach (freis. Vereinigg.) tritt für den Antrag v. Czarlinski ein. Es ist fraglich, ob die als Ausländer und Rentenempfänger bezeichneten Personen wirklich solche waren. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lucas (natl.) befürwortet den Kommissionsantrag.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) tritt für den Antrag Czarlinski ein.

Abg. Burlage (Zentr.) ist für den Kommissionsantrag und gegen den Antrag Czarlinski, der dann gegen die Stimmen der Polen, Sozialdemokraten und eines Teils der Freisinnigen abgelehnt wird. Die Wahl des Abg. Brejski wird dann gegen die Stimmen der Polen für ungültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Korfanty (Pole — Kattowitz-Zabrze) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Graf Bruczewo-Mielzynski beantragt Rückverweisung an die Kommission. Korfanty habe etwa 700 Stimmen mehr erhalten als sein Gegner.

Abg. Potthoff (freis. Vereinigg.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.) tritt für den Kommissionsantrag ein.

Die Wahl des Abg. Korfanty (Pole) wird gegen die Stimmen der Polen, der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der wirtschaftlichen Vereinigung für ungültig erklärt.

Es folgt die namentlich ausgesetzte Abstimmung über Petitionen auf Einführung des Befähigungnachweises für das Handwerk. Die Petitionen um Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker werden zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber die meisten Petitionen auf Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises wird zur Tagesordnung übergegangen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen: 1. Petitionen, 2. Kamerunbahn, 3. Antrag der Staatsanwaltschaft betr. die Strafverfolgung der Abg. Peus und Thiele und 4. Börsengesetznovelle.

Abg. Graf Hompesch (Zentr.) beantragt, sämtliche Anträge zum Berggesetz als zweiten Gegenstand auf die Tagesordnung zu stellen. Diese Anträge sind von so aktueller Bedeutung, daß alles übrige dagegen zurücktreten muß. (Beifall links und im Zentrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Da es sich um Initiativanträge handelt, so können dieselben nur durch einen Beschluß des Hauses auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. v. Normann (kons.) widerspricht dem Antrag Hompesch und beantragt gleichzeitig namentliche Abstimmung.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) verlangt, daß die Kamerunbahnen und das Börsengesetz herankommen. (Unruhe und Gelächter links.)

Abg. Singer (Soz.): Ich bitte den Präsidenten um die Freundlichkeit, die Namen der Abgeordneten verlesen zu wollen, die den Antrag v. Normann auf namentliche Abstimmung unterzeichnet haben. (Stürm. Heiterk.) Wenn der Herr v. Normann keinen Initiativantrag bevorzugen wollte, so hätte er dagegen sein müssen, daß der Antrag Treuenfels heute auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Wir wollen, daß hier im Reichstage über das Berggesetz gesprochen wird, um auf den preußischen Landtag, soweit es überhaupt möglich, eine Einwirkung auszuüben. Die Mehrheit des deutschen Volkes will, daß die Fragen der Berggesetzgebung hier im deutschen Reichstage und nicht im preußischen Abgeordnetenhause, dieser Karikatur einer Volksvertretung, behandelt werden.

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen des Ausdrucks Karikatur zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend): Auf keinen Fall dürfen Fragen, die die weitesten Kreise des Volkes angehen, den Interessen des an der Kamerunbahn beteiligten Privatkapitals nachgesetzt werden. (Sehr richtig! links.)

Die Abgg. Dr. Bachem (Zentr.) und Böckler (Antis.) treten für die morgige Beratung des Antrags Hompesch ein.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Wir haben auch ein Herz für die Bergarbeiter (Stürmisches Gelächter bei den Soz.), das haben wir oft genug bewiesen. (Stürmisches Gelächter bei den Soz.) Ich halte es aber nicht für angebracht, daß sich der Reichstag morgen mit der Bergarbeiterfrage beschäftigt, während die Fraktionen des Abgeordnetenhauses über ihre endgültige Stellungnahme beraten. Das würde nur die Verständigung erschweren.

Abg. Giamp (Reichsp.): Es ist geradezu unerhört, wenn sich der Reichstag in die Regelung der Bergarbeiterfrage durch den preußischen Landtag mischen wollte. (Lachen bei den Soz.) Wir werden den Antrag Hompesch mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu vereiteln suchen.

Abg. Eickhoff (freis. Volksp.) tritt für die morgige Beratung des Antrags Hompesch ein.

Präsident Graf Ballestrem verliest die Namen der konservativen und nationalliberalen Unterzeichner des Antrags auf namentliche Abstimmung. (Die Namen abwesender Abgeordneter werden mit Lachen und Zwischenrufen aufgenommen.) Vor der namentlichen Abstimmung entfernen sich zahlreiche Konservative, Reichsparteiler und Nationalliberale, darunter die Abgeordneten Graf Limburg-Stirum, v. Treuenfels usw. Die Linke ruft ihnen „Adieu" nach. (Heiterkeit und Unruhe.)

Präsident Graf Ballestrem: Es hat hier niemand Veranlassung, Adieu! zu rufen. (Große Heiterkeit.)

Die namentliche Abstimmung ergibt bei einer Stimmenthaltung 143 ja, 87 nein; es sind also nur noch 181 Abgeordnete anwesend und das Haus ist beschlußunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung an auf Donnerstag 1 Uhr mit der von ihm vorgeschlagenen obenerwähnten Tagesordnung. Schluß 6½ Uhr.

Umsatzsteuer in Dresden.

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung die von ihm abgeänderte frühere Umsatzsteuer-Vorlage verabschiedet. Das amtliche Protokoll berichtet darüber:

Nach eingehender allgemeiner und besonderer Beratung genehmigt der Rat den vorgelegten 3. Entwurf einer Gewerbesteuerordnung. Dieser Entwurf weicht von dem am 19. Mai 1904 beschlossenen Entwurfe der Stadtverordneten wesentlich in folgenden drei Punkten ab:

I. Die Steuer soll erhoben werden:

a. entweder als Umsatzsteuer (nach § 7a) von denjenigen Steuerpflichtigen, welche ein Geschäft halten oder welche neben der hiesigen Warenerzeugungsstelle in Dresden ein Kleinhandelsgeschäft unterhalten, sobald der Jahresumsatz 300 000 M. (dreihunderttausend Mark) übersteigt, — so daß die im Entwurfe der Stadtverordneten vor „Warenerzeugungsstelle" enthaltenen Worte „oder auswärtigen" gestrichen worden sind —;

b. oder als Zweiggeschäftsteuer (nach § 7b) von denjenigen Steuerpflichtigen, welche

1. neben der auswärtigen Warenerzeugungsstelle oder dem auswärtigen Hauptgeschäft ein oder mehrere Kleinhandelsgeschäfte,
2. neben der hiesigen Warenerzeugungsstelle oder dem hiesigen Hauptgeschäfte zwei oder mehrere Zweiggeschäfte

unterhalten, sobald der Jahresumsatz 100 000 M. (einhunderttausend Mark) übersteigt,

wobei die in dem hiesigen Hauptgeschäfte und in den Zweiggeschäften erzielten Umsätze zusammenzurechnen sind;

c. oder als Warenhaussteuer (nach § 7c) von denjenigen Steuerpflichtigen, welche in den unter a oder in den unter b bezeichneten Geschäften Kleinhandel mit mehr als einer der um § 9 dieser Ordnung unterschiedenen Warengruppen betreiben.

II. Die Steuersätze sollen betragen

a. für die Umsatzsteuer:

In Klasse		bei einem Umsatze von M.		M.	Steuersatz M.	statt (wie im Entwurfe der Stadtverordneten festgesetzt) M.
1	über	300 000	bis	400 000	300	700
2	„	400 000	„	500 000	500	1 000
3	„	500 000	„	600 000	740	1 500
4	„	600 000	„	700 000	1 020	2 400
5	„	700 000	„	800 000	1 330	3 500
6	„	800 000	„	900 000	1 740	4 800
7	„	900 000	„	1 000 000	2 170	6 300
8	„	1 000 000	„	1 100 000	2 670	8 000
9	„	1 100 000	„	1 200 000	3 170	9 900
10	„	1 200 000	„	1 400 000	3 740	12 000
11	„	1 400 000	„	1 600 000	5 020	14 000
12	„	1 600 000	„	1 800 000	6 500	16 000
13	„	1 800 000	„	2 000 000	8 150	18 000
14	„	2 000 000	„	2 300 000	10 000	20 000
15	„	2 300 000	„	2 600 000	11 500	23 000
16	„	2 600 000	„	2 900 000	13 000	26 000
17	„	2 900 000	„	3 200 000	14 500	29 000
18	„	3 200 000	„	3 500 000	16 000	32 000

— Von da ab steigen die Klassen um je 500 000 M. und die Steuer beträgt ½ Proz. desjenigen Umsatzes, mit dem die vorangehende Klasse endigt (statt 1 Proz., wie im Entwurfe der Stadtverordneten vorgesehen). —

b) Für die Zweiggeschäftssteuer

In Klasse		bei einem Umsatze von M.		M.	Steuersatz beim Halten von 1 bis 3 beziehentlich 2 bis 3 Zweiggeschäften M.	4 bis 6 Zweiggeschäften M.	über 6 M.
1	über	100 000	bis	150 000	100	150	200
2	„	150 000	„	200 000	200	300	400
3	„	200 000	„	250 000	300	450	600
4	„	250 000	„	300 000	450	675	900
5	„	300 000	„	400 000	600	900	1 200
6	„	400 000	„	500 000	1 000	1 500	2 000
7	„	500 000	„	600 000	1 480	2 220	2 960
8	„	600 000	„	700 000	2 040	3 060	4 080
9	„	700 000	„	800 000	2 660	3 990	5 320
10	„	800 000	„	900 000	3 480	5 220	6 960
11	„	900 000	„	1 000 000	4 340	6 510	8 680
12	„	1 000 000	„	1 100 000	5 300	7 950	10 600
13	„	1 100 000	„	1 200 000	6 340	9 510	12 680
14	„	1 200 000	„	1 400 000	7 480	11 220	14 960
15	„	1 400 000	„	1 600 000	10 040	15 060	20 080
16	„	1 600 000	„	1 800 000	13 000	19 500	26 000
17	„	1 800 000	„	2 000 000	16 300	24 450	32 600
18	„	2 000 000	„	2 300 000	20 000	30 000	40 000
19	„	2 300 000	„	2 600 000	23 000	34 500	46 000
20	„	2 600 000	„	2 900 000	26 000	39 000	52 000
21	„	2 900 000	„	3 200 000	29 000	43 500	58 000
22	„	3 200 000	„	3 500 000	32 000	48 000	64 000

— Von da steigen alle Klassen um je 500 000 M. und die Steuer beträgt

1. bei 1 bis 3 beziehentlich 2 bis 3 Zweiggeschäften 1,
2. bei 4 bis 6 Zweiggeschäften 1½,
3. bei mehr als 6 Zweiggeschäften 2 Proz. desjenigen Umsatzes, mit dem die vorangehende Klasse endigt —,

statt der im Entwurfe der Stadtverordneten vorgesehenen Klasseneinteilung und Steuerfeststellung, wie folgt:

In Klasse		bei einem Umsatze von M.		M.	Steuersatz beim Halten von 2 bis 3 M.	4 bis 6 Zweiggeschäften M.	über 6 M.
1	über	100 000	bis	150 000	300	600	1 000
2	„	150 000	„	200 000	450	900	1 500
3	„	200 000	„	300 000	1 000	1 600	2 400
4	„	300 000	„	400 000	1 600	2 500	3 700
5	„	400 000	„	500 000	2 200	3 400	5 000
6	„	500 000	„	600 000	3 000	4 500	6 500
7	„	600 000	„	700 000	4 200	6 000	8 400
8	„	700 000	„	800 000	5 600	7 700	10 500
9	„	800 000	„	900 000	7 200	9 600	12 800
10	„	900 000	„	1 000 000	9 000	11 700	15 300
11	„	1 000 000	„	1 100 000	11 000	14 000	18 000
12	„	1 100 000	„	1 200 000	13 200	16 500	20 900
13	„	1 200 000	„	1 400 000	15 600	19 200	24 000
14	„	1 400 000	„	1 600 000	21 000	25 200	28 000
15	„	1 600 000	„	1 800 000	27 200	32 000	32 000
16	„	1 800 000	„	2 000 000	34 200	36 000	36 000
17	„	2 000 000	„	2 300 000	40 000	40 000	40 000
18	„	2 300 000	„	2 600 000	46 000	46 000	46 000
19	„	2 600 000	„	2 900 000	52 000	52 000	52 000
20	„	2 900 000	„	3 200 000	58 000	58 000	58 000
21	„	3 200 000	„	3 500 000	64 000	64 000	64 000

— Von da steigen alle Klassen um je 500 000 M. und die Steuer beträgt 2 Prozent desjenigen Umsatzes, mit welchem die vorhergehende Klasse endigt. —

c. für die Warenhaussteuer und zwar für die nach Ic Steuerpflichtigen, welche mit mehreren der in § 9 unterschiedenen Warengruppen Kleinhandel betreiben

1. mit 2 oder 3 Warengruppen, das Doppelte,
2. mit 4 oder 5 Warengruppen, das Dreifache,
3. mit 6 oder 7 Warengruppen, das Vierfache

der in IIa aufgeführten Sätze.

Die Stadtverordneten hatten beschlossen, daß die Steuersätze für die gemäß § 5c ihres Entwurfes Warenhaussteuerpflichtigen, siehe oben Ic, welche mit zwei der in ihrem Entwurfe unterschiedenen Warengruppen Kleinhandel betreiben, das Anderthalbfache und für die, die mit mehr als 2 der unterschiedenen Warengruppen Kleinhandel betreiben, das Doppelte der in II, unter a mitgeteilten Steuersätze betragen sollen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

III. Zur Verhinderung von Umgehungen und Härten soll
a. in den im Entwurfe der Stadtverordneten lautenden § 8:

Begriff des Umsatzes.

Umsatz im Sinne dieser Ordnung ist die gesamte Summe aller Geld- oder Wertbeträge, welche innerhalb des der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres in einem Geschäfte durch Verkauf, Tausch oder sonstige Abgabe von Waren erzielt worden ist, gleichviel ob diese Beträge innerhalb dieses Kalenderjahres bezahlt, gutgeschrieben oder sonstwie ausgeglichen worden sind.

Besteht ein Geschäft noch nicht ein Jahr lang, so wird für die Berechnung des Jahresumsatzes der Umsatz während der Zeit des Bestehens des Geschäfts zum Anhalte genommen,

als zweiter Absatz eingeschaltet werden:

Dividende, Rabatt und ähnliche Vergütigungen, worunter jedoch die im Handel allgemein üblichen Abzüge (Skonto und dergleichen) nicht fallen, sind bei Berechnung des steuerpflichtigen Umsatzes nicht zu tätigen. Erfolgt der Verkauf zum Selbstkostenpreise oder zu einem niedrigeren Preise als dem Selbstkostenpreise, so können dem Jahresverluste noch 10 vom Hundert seines Betrages hinzugeschlagen werden,

und

b. in § 9 des Entwurfes der Stadtverordneten als vorletzter Absatz die Bestimmung eingeschoben werden:

Wird in einem Kleinhandelsbetriebe in der Hauptsache eine einzige Warengattung betrieben, so kann nach dem Ermessen des Rates von der Zurechnung anderer in demselben Betriebe zum Verkauf gelangender Warengattungen zu einer der in Absatz 1 unterschiedenen Gruppen abgesehen werden, wenn die letztgedachten Waren zur Verwendung beim Vertriebe der in der Hauptsache vertriebenen Waren bestimmt und geeignet sind und der in ihnen erzielte Umsatz nicht mehr als ein Zehntel des in dem Betriebe erzielten Gesamtumsatzes beträgt.

Die Bestimmungen über die bei der Warenhaussteuer zu unterscheidenden Warengruppen sind, mit Ausnahme der besonderen Aufführung der „Beleuchtungsstoffe", in Gruppe E mit dem Entwurfe der Stadtverordneten übereinstimmend und lauten demnach:

A. Material- und Kolonialwaren, Eß- und Trinkwaren und Genußmittel, Tabak und Tabakfabrikate (auch Rauchgeräte), Apotheker- und Drogenwaren, Bürstenwaren und Pinsel, Drogen und Parfümerien,
B. Herren-, Frauen- und Kinderbekleidung, Schuhwaren aller Art, Putzmachererzeugnisse, Pelzwaren, Hüte, Mützen, sowie die dazu gehörenden Stoffe,
C. Wäsche, Bett- und Bettwaren, Putz-, Schnitt- und Modewaren, Posamentier- und Tapisserieerzeugnisse, Garne und Zwirne, Stick-, Strick- und Häkelwaren,
D. Sattler- und Tapeziererwaren, Möbel, Möbelstoffe, Teppiche, Tapeten, Wachs- und Ledertuche, Linoleum,
E. Haus-, Küchen- und Gartengerätschaften, Oefen, Glas-, Porzellan-, Steingut- und Tonwaren, Beleuchtungsgegenstände und Beleuchtungsstoffe,
F. Gold-, Silber- und sonstige Juwelierwaren, Kunst- und Luxuswaren, Spiel-, Kurz- und Galanteriewaren, Papp-, Papier- und Schreibwaren, Bücher und Musikalien, musikalische Instrumente,
G. Eisen- und Stahlwaren, Waffen, Fahrräder, Fahr-, Reit- und Jagdgeräte, Sportartikel, optische, physikalische und medizinische Instrumente und Apparate.

Plötzensee vor Gericht.

Achter Verhandlungstag.

H. F. Berlin, 24. Mai.

Die Ladung des Grohe.

R.-A. Dr. Liebknecht teilt mit, daß er ordnungsmäßig den Strafgefangenen Willy Grohe in Plötzensee als Zeugen geladen und ihm vorgeschriebenermaßen die Zeugengebühren zur Verfügung gestellt habe. — Willy Grohe ist nicht anwesend. Direktor Sauer erklärt hierzu, daß die Vorladung zwar eingegangen, aber die erforderliche Vorführungsgenehmigung des Ersten Staatsanwalts nicht beigebracht sei. Dr. Liebknecht beantragt nunmehr die **Vorführung des Willy Grohe.** Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung hierüber vor.

Es wird sodann in der Verhandlung über den

Fall Sklaroff

fortgefahren.

Frhr. v. Maltzahn, früher Polizeiinspektor in Plötzensee, bekundet, daß ihm bei der seinerzeit stattgefundenen Vorführung des Sklaroff irgendwelche Anzeichen einer Geistesstörung nicht aufgefallen seien. Im übrigen entsinne er sich der Persönlichkeit des Sklaroff nicht mehr. — R.-A. Dr. Halpert: Dann beruht also der Inhalt der Aussage dieses Zeugen zumeist auf Kombination. — Angekl. Schneidt: Der Herr Vorsitzende hat den Zeugen gefragt, ob er das „flackernde Feuer des Irrsinns" bei Sklaroff bemerkt habe, und er hat diese Frage verneint. Da muß ich doch den Zeugen fragen: was versteht er unter dem „flackernden Feuer des Irrsinns"? — Präs.: Herr Schneidt, dann sagen Sie uns zunächst vielleicht, was Sie unter „flackerndem Feuer des Irrsinns in den Augen" verstehen? In Ihrem Artikel kommt ja diese Wendung vor. — Angekl. Schneidt: Zunächst bin ich doch hier nicht als Zeuge zur Stelle; dann aber habe ich nicht diese Wendung gebraucht, sondern Ahrens. Ich habe keine Veranlassung, dem Vorsitzenden auf seine Zwischenfrage zu antworten. — Präs.: Schon. Sie lehnen also die Antwort ab! — Angekl. Schneidt: Meine Frage an den Zeugen ist aber noch nicht erledigt. — Vors.: Ich lehne diese Frage ab. — R.-A. Dr. Halpert: Dann stelle ich diese Frage. — Frhr. v. Maltzahn erklärt, daß er sich nicht darüber äußern könne, was unter „flackerndem Feuer des Irrsinns" zu verstehen sei. — R.-A. Dr. Halpert: Das genügt mir.

Dr. Leppmann als Sachverständiger.

Der Gerichtshof beschließt, daß Medizinalrat Dr. Leppmann auch für den Fall Sklaroff als Sachverständiger der Verhandlung beiwohnen soll. — R.-A. Dr. Liebknecht macht darauf aufmerksam, daß die Verteidigung sich zu diesem Punkte doch auch äußern müsse.

Nach längerer Kontroverse zwischen Verteidigung und Vorsitzendem und längerer Beratung des Gerichts gibt der Vorsitzende schließlich, „um allen Mißdeutungen vorzubeugen", der Verteidigung sich, um allen Mißdeutungen vorzubeugen. Die Verteidiger erweitern ihre Einwendungen gegen die Ladung, weil Dr. Leppmann der Klärung, daß sie die Ladung bekämpfen, weil Dr. Leppmann der gestrigen Verhandlung des Falles Sklaroff nicht beigewohnt, also über einen wichtigen Teil des Falles nicht informiert sei. Der Gerichtshof beschließt indes, nachdem sich der Staatsanwalt in seinem Sinne geäußert hat, Dr. Leppmann zuzuziehen.

Der Zustand Sklaroffs.

Ein ehemaliger Strafgefangener ist von der Verteidigung geladen, um zu bekunden, daß Sklaroff bei seiner Ueberführung ins Lazarett von zwei Kalfaktoren getragen worden sei. Der eine habe den Kranken huckepack getragen. Sklaroff sei aber so schwach gewesen, daß er hintenüber fiel und nun mit dem Kopf nach unten unter einem gütlichen Zupacken des zweiten Kalfaktors weggeschleppt werden mußte. Der Zeuge St. erklärt, daß er keine Ahnung von einem solchen Vorgang habe. Auf Befragen des Angekl. Ahrens bekundet er weiter, er kenne keinen Vorfall, wo Kranke rücksichtslos angepackt und ins Lazarett transportiert worden seien. — Angekl. Ahrens behauptet, daß an einer Stelle der Untersuchungsakten dieses Prozesses Medizinalrat Dr. Pfleger bekundet habe, daß Sklaroff nach seinem Transport ins Lazarett so schwach gewesen, daß er sich im Bett nicht habe aufrecht erhalten können.

Gefängnissekretär Hartmann kann über Sklaroff und dessen Ueberführung in das Lazarett nichts bekunden. Er entsinnt sich nur, daß Sklaroff verschiedentlich Disziplinarstrafen erhielt und hat einmal gehört, daß er sich bei der Ueberführung ins Lazarett widerspenstig gezeigt und sich mit Fleiß hintenüber geworfen haben soll. — Auf einen Hinweis der Verteidiger bestätigt der Zeuge, daß eine Bestrafung wegen dieser angeblichen Widerspenstigkeit des Sklaroff nicht stattgefunden habe; auch in den Personalakten des Sklaroff befindet sich ein darauf bezüglicher Vermerk nicht.

Auf die Frage der Verteidiger, ob nicht Fälle vorgekommen seien, daß manchmal Leute aufgenommen wurden, bei denen es sich schon bei der Einlieferung zeigte, daß sie geisteskrank sein müssen, erklärt Zeuge Hartmann: Er erinnere sich nur eines Falles, wo ein Mann bei den Aufnahmeverhandlungen sich hinstellte und Fliegen fing. Als ihm gesagt worden war, daß er doch diesen Unsinn lassen solle, unterließ er es. — R.-A. Dr. Halpert: Und dabei hat man sich dann beruhigt? — Zeuge: Ja.

Einen anderen Zeugen, der über Sklaroff nichts weiß, wollen die Verteidiger über einen anderen Fall befragen, der nach ihrer Meinung analog liege und geeignet sei, das von den Angeklagten kritisierte System zu illustrieren. — Der Gerichtshof lehnt diese Frage als nicht zur Sache gehörig ab.

Aufseher über Sklaroff.

Gefangenen-Aufseher Kienbaum bekundet u. a., daß Sklaroff die Arbeit verweigert habe. Sklaroff habe ihm einen Grund der Arbeitsverweigerung nicht angegeben. Er selbst habe auch ein Zeichen der Schwäche an Sklaroff nicht wahrgenommen und nach der ganzen Sachlage böien Willen bei Sklaroff annehmen müssen. Einige Heiterkeit erregt eine Bemerkung, die der Zeuge auf einige Fragen der Verteidigung dahin gibt: Die Leute, die aus dem Arrest kommen, sehen sehr wohl aus.

Aufseher Richter hat nicht den Eindruck gehabt, daß Sklaroff sehr hinfällig und arbeitsunfähig war. Er hat im allgemeinen nicht gehört, daß beim Transport des Sklaroff ins Lazarett etwas Ungehöriges passiert sei.

Auf weitere Vorhaltungen und Fragen der Verteidiger erklärt der Zeuge, daß Sklaroff nicht verhungert aussah, sondern wie ein mittelmäßig genährter Mann. An den Zeugen werden zahlreiche Kreuz- und Querfragen gerichtet. Es wird darin als auffallend zum Ausdruck gebracht, daß der Zeuge noch nach fünf Jahren so genau den Ernährungszustand des Sklaroff bekunde, während er sich, wie sich herausstellt, nicht entsinne, daß er selbst (der Zeuge) im vorigen Jahre über den Fall Sklaroff und dessen Ueberführung ins Lazarett von Herrn v. Puttkamer zu Protokoll vernommen worden ist. — R.-A. Dr. Liebknecht findet es auch auffallend, daß dieser Zeuge, genau wie ein anderer Aufseher, das Wort „mittelmäßig" in Anwendung brachte. Die Verteidiger und die Angeklagten Kaliski und Schneidt befragen den Zeugen wiederholt, ob er mit seinen Vorgesetzten oder mit seinen Kollegen über den Fall Sklaroff und die Aussagen vor Gericht gesprochen habe. Der Zeuge verneint dies und bemerkt, daß die Vorgesetzten sogar davor gewarnt hätten, über solche Dinge untereinander zu sprechen. Auf weitere Fragen erklärt er, daß ja unter den Kollegen nach dem Erscheinen der Zeitungsartikel über den Sklaroff gesprochen worden sei, er könne sich aber auf einzelnes nicht entsinnen. — Angekl. Schneidt: Ich beantrage die Protokollierung der eidlichen Aussage des Zeugen mit all ihren Widersprüchen. — Vors.: Ich habe keine Veranlassung dazu. — Angekl. Schneidt: Dann beantrage ich Gerichtsbeschluß, da ich eine Anzeige wegen Meineids gegen den Zeugen stellen werde. — Der Gerichtshof lehnt den Antrag auf Protokollierung ab.

Neue Beweisanträge.

Nach Vernehmung des Aufsehers Meyer, der sich im allgemeinen den Bekundungen der übrigen Aufseher anschließt, überreicht R.-A. Dr. Halpert einen schriftlichen Antrag, der dahin geht: Zum Zwecke der Aufklärung des Falles Sklaroff den Rabbiner zu laden, dem in Plötzensee die Seelsorge des jüdischen Gefangenen Sklaroff oblag, ferner dem Direktor Sauer aufzugeben, durch die Arbeitsbücher die Gefangenen festzustellen, mit denen Sklaroff in der Zeit vom 20. bis 25. Mai 1900 zusammengearbeitet hat. Diese würden bekunden, daß Sklaroff schon in dieser Zeit eine abnorme Geistesverfassung zeigte.

Dr. Pfleger über Sklaroff.

Medizinalrat Dr. Pfleger: Er habe den Sklaroff bei seiner Einlieferung wie jeden anderen Gefangenen untersucht, seinen Geisteszustand für gut und ihn für arbeitsfähig erklärt. Er habe nichts Auffallendes an ihm wahrgenommen, auch an seinem Benehmen nichts gefunden, was auf krankhaften Geisteszustand schließen ließ. Auch bei jeder Disziplinarstrafe habe er sich den Sklaroff kommen lassen und sein Bedenken gegen den Strafantritt gehabt. Sklaroff sei renitent gewesen und habe erklärt, daß ihm in der Beratung gesagt worden sei, er brauche nicht zu arbeiten. Schließlich hätten sich ihm Erscheinungen gezeigt, welche den Gedanken nahe legten, die Ueberführung in eine Irrenanstalt zu beantragen. Als Sklaroff ins Lazarett kam, sei er körperlich heruntergekommen gewesen; über den Transport ins Lazarett könne er nichts sagen, er wurde eine solche Art des Transports, wie sie hier angeblich stattgefunden haben soll, unter allen Umständen als Unfug bezeichnen haben. — Auf einige Fragen des Sachverständigen Dr. Leppmann, zugezogen Dr. Königs und Dr. Mönkemöller bekundet der Zeuge, daß Sklaroff den russisch-jüdischen Jargon sprach, er sich mit ihm doch ganz gut verständigen konnte. Nach seiner gesamten medizinischen Erfahrung kommt es bei psychisch gesunden Leuten auch vor, daß sie immer wieder wegen desselben Delikts disziplinarisch bestraft werden müssen. Er habe deshalb bei Sklaroff darin nichts Auffälliges gefunden. Renitenz komme bei Gefangenen immer vor, namentlich bei Ausländern, insbesondere Russen. Sklaroff sei zeitweilig aufgeregt gewesen. Im Laufe des Strafvollzuges hat sich dann, wie das häufiger vorkommt, bei ihm eine akute Paranoia entwickelt. Er litt unter Sinnestäuschungen, behauptete, daß die Leute durch die Decke zu ihm sprächen, daß man von oben Pulver auf ihn schütte, so daß er den Geruch verliere, usw. Sklaroff äußerte seine Wahrnehmungen nicht erst nach längerer Unterhaltung, sondern ganz von selbst.

Kreuzverhör.

An dieses Zeugnis knüpfen sich eingehende Erörterungen zwischen dem R.-A. Dr. Liebknecht und dem Zeugen über die verschiedenen Momente, die während der Strafhaft des Sklaroff in Erscheinung getreten sind, über dessen verschiedene Disziplinarstrafen und die Gesichtspunkte, aus denen der Zeuge zu der Meinung gekommen ist, daß der Vollzug der Strafen „unbedenklich" sei. Der Verteidiger stellt durch Fragen fest, daß, als Sklaroff aus der Untersuchungshaft in Plötzensee eingeliefert wurde, Dr. Pfleger nichts von den Beobachtungen bekannt gewesen sei, die Dr. Puppe im Untersuchungsgefängnis an Sklaroff gemacht hatte, daß dieser gesagt habe, „es stinkt" usw. Wäre es — so fragt der Verteidiger — nicht zweckmäßiger, wenn derartige Dinge mitgeteilt würden, sobald ein Gefangener von einem Gefängnis ins andere übergeführt wird? — Vors.: Diese Frage muß ich ablehnen. Es geht über die Kompetenz des Gerichts hinaus, Mängel des Strafvollzugs im allgemeinen festzustellen. Hier handelt es sich darum, ob die Nebenkläger ihre Pflicht verletzt haben. — R.-A. Dr. Liebknecht: Das ist der Standpunkt der Anklage. Die Angeklagten behaupten aber doch, den Zweck verfolgt zu haben, systematische Mißstände im Strafvollzuge festzustellen. — Längere Erörterungen drehen sich um die Tatsache, daß der Zeuge dem Sklaroff bei dessen Ueberführung ins Lazarett die vierte Kostform, d. h. also die niedrigste Form, verschrieben habe. Die Verteidiger vertreten den Standpunkt, daß diese vierte Kost für einen Mann wie Sklaroff, bei dessen schwächlichem Körperzustand ungeeignet gewesen sei, und erstrahieren von dem Zeugen die Bestätigung, daß er auch bei demjenigen, der da mit der Behauptung, krank zu sein, sich meldet und ins Lazarett will, den er aber für einen Simulanten hält, die vierte Kost vorschreibt. Die Verteidiger meinen, daß der Zeuge hiernach

den Hunger für seinen besten Assistenten

zu halten scheine. Ueber die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen des Zeugen zeigen sich an vielen Punkten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Auffassung der Verteidiger R.-A. Dr. Liebknecht, Dr. Halpert und Dr. Löwenstein einerseits und des Medizinalrats Dr. Pfleger und des Vorsitzenden andererseits. Auch die Angeklagten Schneidt und Kaliski greifen bei diesem Punkte mehrfach durch Fragen in die Verhandlung ein. Es wird u. a. auch zur Sprache gebracht, daß früher keine Vorschriften zum regelmäßigen Besuch der Arrestanten für den Arzt vorlagen. Jetzt bestehen solche Vorschriften.

Dr. Baer über Sklaroff.

Geh. Medizinalrat Dr. Baer bekundet, daß sich am 9. Juni 1900 herausgestellt habe, daß Sklaroff zweifellos geisteskrank geworden sei. Während des Strafvollzugs sei dem Sklaroff plötzlich eine akute Paranoia zum Ausbruch gekommen. Das komme bei Leuten mit labilem Nervensystem häufiger vor, denn Leute, die vorher nervös waren, trugen eine gewisse Disposition dazu in sich. Es sei auch durchaus möglich, daß eine so zum Ausbruch gekommene Paranoia chronisch werden und über Jahr und Tag anhalten kann. — R.-A. Dr. Liebknecht läßt sich die Möglichkeit bestätigen, daß sich Symptome der schließlich ausgebrochenen Geisteskrankheit schon während der Untersuchungshaft gezeigt haben könnten. Damit sei aber nicht gesagt, daß der Arzt im Untersuchungsarrest hätte bemerken müssen, er (Dr. Baer) gebe die Möglichkeit nur nach der Entwicklung der Krankheit zu. — Auch an diesen Zeugen richten die Verteidiger zahlreiche Fragen kritischen Charakters, die der Zeuge eingehend beantwortet. Es hebt R.-A. Dr. Liebknecht hervor, daß die Polizei die Absicht hatte, den Sklaroff aus Deutschland auszuweisen und auf das Pflaster zu setzen, wenn er aus dem Gefängnis kommen werde. — Auf eine Reihe von Fragen des R.-A. Dr. Halpert erklärt der Zeuge: er halte es für zulässig, jemand, der wegen angeblicher Krankheit nicht arbeiten will, den er aber für einen Simulanten hält, in das Lazarett zu schicken und ihm die Kost Nummer 4 zu verschreiben. Wenn der Betreffende gesund ist, dann hält er dies nicht lange aus, sondern pflegt sich dann schon nach drei Tagen gesund zu melden. Auf längere Zeit ist diese Kost für Gesunde nicht genügend. Er halte es für durchaus richtig, daß Leute, die auf Kosten anderer faulenzen wollen, diese Kost bekommen, die sie noch besonders kräftige, sondern solche, die sie kaum erhält. Im weiteren Verlauf seiner Bekundung hebt Geheimrat Dr. Baer hervor, daß in Plötzensee die Zahl der Simulanten in erheblicher Weise gestiegen ist. Man habe dort in den Jahren 1875

Sunlight-Seife

wird in allen einschlägigen Geschäften in folgenden populären Formaten und Preisen abgegeben: das elegante handliche Doppelstück im Karton kostet 25 Pf; das große mächtige Oktogonstück (Achteckformat), zwei Stück im Karton, kostet 35 Pf und das kleine vornehme Oktogonstück (Achteckformat) kostet 10 Pf. Man bestehe darauf, die Stücke in Originalverpackung zu erhalten, da unzählige minderwertige Nachahmungen in den Handel gebracht sind.

Die Sunlight Roman-Bibliothek

bringt als erstes Werk einen Original-Roman von O. Höcker: Der „dritte Mann". Die Beurteilung, welche frühere Werke dieser Herr und Verfasser ... gleichmäßig fesselnde Roman von allen Seiten erfährt, zeigt sich am besten durch die beispiellose Nachfrage. Im Buchhandel kostet derselbe, komplett in 6 Lieferungsbänden ... M. 1.50. Die Käufer der Sunlight Seife erhalten ihn kostenlos und portofrei direkt vom Verlag zugesandt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigelegten Erklärung zu ersehen. In jedem Kolonialwarengeschäft ist diese an Güte konkurrenzlose Haushaltungsseife erhältlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] jährlich 88 Simulanten im Lazarett gehabt. Die Zahl steigt [illegible] mit 42, 49, 79, und in den letzten fünf Jahren beträgt die Zahl [illegible] Simulanten jährlich im Durchschnitt 108.

Nach einer Reihe weiterer Fragen ergänzt Medizinalrat Richter [illegible] seinige Aussage dahin, daß Sklaroff tatsächlich 65 bis 70 M. [illegible] Woche verdient habe und ein sehr geschickter Arbeiter gewesen [illegible] sei.

Dann wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Saarabien vor Gericht.

H. F. Trier, 22. Mai.

Schluß des siebenten Tages.

„Püttlinger Lumpenzeug."

Der pensionierte Bergmann Schneider IV. aus Püttlingen bekundet, wie in den bisherigen Prozessen über die Anrempelungen [illegible] daß Obersteiger Schmidt I im Jahre 1898 seinem Zorn über die vielen Zentrumsstimmen in Püttlingen Luft machte in Äußerungen wie: Ihr Püttlinger Lumpenzeug, die Pfaffen, die Silberpresser, die Schwarzkittel haben euch an der Schnur usw. (wie [illegible] wiederholt bekundet). Schneider wurde zum Schlämmen in [illegible] Grube verlegt, eine schmutzige Arbeit, und verlor alle seine Verdienstspesen. Als ein Artikel über den Fall in die Dasbach-Presse [illegible], legte Huck dies dem Schneider zur Last, obgleich dieser bestritt, etwas gewußt zu haben. Schneider ließ sich bald pensionieren. [illegible] Hilger gibt zu, daß das Verlegen an das Schlämmen tatsächlich eine schwere Strafe für einen alten Mann sei; auch erklärt er, daß der Obersteiger Schmidt pensioniert worden sei. — Schneider bekundet, der Obersteiger Schmidt habe ihn, als er noch im Verdacht [illegible] Zentrumsmann zu sein, stand, zu veranlassen gesucht, auf die Meister der von der Bergverwaltung boykottierten Speicherschen Wirtschaft aufzupassen; er habe das aber abgelehnt, weil er nicht Spitzeldienste leisten wollte. Später habe der Bergmann Blum-Geron [illegible], er sei vom Obersteiger dazu beauftragt worden und das Aufpassergeld. Blum habe denn auch einmal mitgeteilt, daß er [illegible] für seine Auslagen in der Wirtschaft bekommen habe.

Zum Schlusse wurden noch verschiedene Zeugen aus Wiebelskirchen, Hangard und Ottweiler über Wahlbeeinflussungen und Verlegungen in die Rotte anläßlich der Wahl 1898 vernommen.

Die Sitzung wird dann auf Dienstag vertagt.

Achter Verhandlungstag.

Zu den

Vorkommnissen in Püttlingen

(Gemeinderatswahl, Knappschaftsarzt usw.) wird der Zeuge Gastwirt Eblinger aus Püttlingen vernommen unter Hinzuziehung des Zeugen Oberbergrat Althans (jetzt in Berlin). Eblinger bekundet, daß er wegen seiner Teilnahme an der Gemeinderatswahl-Agitation von Bergrat Althans verwarnt worden sei; er müsse aus dem Zentrum austreten, sonst werde ihm gekündigt; ferner habe ihm Bergrat Althans gesagt, er dürfe nicht den Arzt Dr. Boden konsultieren, sondern er sollte zum Knappschaftsarzt Dr. Büsch gehen. Dem Eblinger wurde schließlich gekündigt. — Zeuge Bergrat Althans bekundet, er habe dem Eblinger gekündigt, weil dieser den Knappschaftsarzt Dr. Büsch verleumdet und von Haus zu Haus gegangen sei, um für den neuen Arzt Dr. Boden zu agitieren. — Zeuge Eblinger bestreitet das entschieden mit so schroffen Worten, daß der Vorsitzende ermahnt: Es wird hier ein Zeuge vor dem anderen ohne Unterschied [illegible] behandelt; es muß aber jeder sich ungehöriger Ausdrücke enthalten. — Zeuge Eblinger erklärt, durch die ungeheuerliche Beschuldigung gereizt zu sein; er habe niemals gegen Dr. Büsch etwas Unehrliches gesagt und bei keinem einzigen Kameraden für Dr. Boden agitiert. Eine Eingabe gegen Dr. Büsch habe er erst viel später, nachdem er schon lange entlassen gewesen sei, unterzeichnet. — Zeuge Althans klärt die Sache nunmehr dahin auf, die Beschuldigungen gegen Eblinger seien ihm damals von seinen Beamten so mitgeteilt worden und er habe sie nach Lage der Verhältnisse für zutreffend gehalten.

„Nur zur Informierung!"

Zeuge Bürgermeister Offermann von Wiebelskirchen gibt zu, Listen über die Wähler angefertigt zu haben, bezw. daß seine Angestellten das in seinem Auftrag gemacht hätten. Die Zentrumswähler seien dabei bezeichnet worden zur Informierung. Die Liste von 1901 [illegible] 1903 habe er an die Inspektion der Grube König gesandt und [illegible] wahrscheinlich so adressiert. Sie habe aber die Aufschrift „Eigenhändig" oder „Persönlich" getragen und sei nur für den Bergdirektor [illegible] persönlich bestimmt gewesen. Die Liste von 1898 habe er nicht abgesandt. Er habe keinen Auftrag von der Grube gehabt und [illegible] Listen nur für Bergrat Diedrich, der Mitglied des liberalen Wahlvereins oder des Komitees gewesen sei, zur Informierung angefertigt.

„Wes Brot ich eß', des Lied ich sing'!"

Zeuge Kassenbeamter Kloos (jetzt in Trier) früher auf der Gemeindekasse in Wiebelskirchen unter Bürgermeister Offermann [illegible] gewesen, bekundet, er habe 1898 am Tage nach der Wahl vom Bürgermeister Offermann den Auftrag erhalten, in einer vorgelegten Wählerliste die Hangarder Zentrumsleute zu bezeichnen. (Kloos ist aus Hangard gebürtig.) Der Bürgermeister habe dabei gesagt: Die Liste geht an die Berginspektion; es muß den Leuten gezeigt werden, was sie zu tun haben. Dieses Volk soll einmal begreifen lernen: Weß Brot ich eß' des Lied ich sing'! — Einige Tage später sei der Bergmann Bechtel aus Hangard zu ihm (Kloos) gekommen und habe sich beklagt, daß er in die Rotte versetzt worden sei. Kloos sprach mit dem Steuereinnehmer Lichtenberger darüber und dieser habe gleich bemerkt: Das ist allerdings nicht wegen der unreinen Kohlen, sondern wegen der Wahl. Als er (Kloos) nun betonte, der Mann habe gar nicht Zentrum gewählt und man möge sich seiner doch annehmen, versprach Lichtenberger das; der anwesende Knappschaftsarzt Dr. Schneider habe auch gesagt, er wolle einen Brief an den Obersteiger (Spengler) schreiben, damit der Mann wieder aus der Rotte komme; auch der Steiger Dörr, der als Hauptagitator für die liberale Partei bekannt gewesen sei, habe das versprochen. Zeuge glaubt sogar, daß er einen solcher Briefe selbst besorgt habe. Am nächsten Tage sei der Mann tatsächlich wieder aus der Rotte gekommen. — Bürgermeister Offermann erklärt, sich nicht mehr an den Inhalt des Gespräches mit Kloos erinnern zu können. (!!) In einem anderen Falle gibt er nach wiederholter Bekundung zu, dem Zeugen Bergmann Sutter, der als Zeuge in eine Schlägerei verwickelt worden sei, bei der Vernehmung gesagt zu haben: Du bist wohl zu mutwillig, ich werde wohl einmal mit dem Inspektor reden, daß du einen weiten Grubenweg bekommst.

Mißhandlungen auf den Gruben.

Der Zeuge Bergmann W. Holz aus Mühlfeld bekundet über Mißhandlungen, die ihm selbst und anderen durch Beamte widerfahren seien, sowie über Abweisung der Beschwerde beim Obersteiger Wilding von Sulzbach. Seine Angaben, daß der Steiger Wilding von Sulzbach sogar einen Gummischlauch zum Hauen der jungen Bergleute gebraucht habe und daß keiner den Mut zur Beschwerde gehabt habe, rufen große Heiterkeit hervor und der Vorsitzende findet es befremdlich, daß die Leute sich dies so ohne weiteres gefallen ließen. G.-A. Hilger erklärt, es sei ihm in den letzten Jahren keine Beschwerde zugegangen; wenn das geschehen wäre, dann wäre sicher gegen die Beamten, auch die höheren, die so etwas geschehen ließen, eingeschritten. — Zeuge Holz meint, die Leute seien diese Behandlung gewöhnt gewesen und hätten sich aus Furcht vor weiteren Anrempelungen oder gar Entlassung nicht beschwert; die jungen Leute nahmen sogar Schläge lieber hingenommen als eine Geldstrafe bei einem Vergehen. (Große Heiterkeit.) — Obersteiger Groß (jetzt pensioniert in Neunkirchen) kann sich des Falles mit Holz nicht erinnern; es seien von anderen wohl schon Beschwerden gegen Steiger Wilding gekommen; er habe diesem, der ein sehr aufgeregter Mann gewesen sei, auch wiederholt Verweise erteilt.

Ein Beförderter, der nichts mehr weiß.

Großes Aufsehen erregt die Vernehmung der Zeugen Schepp (pensionierter Bergmann) und Steiger Schommer aus Elversberg. Schepp hatte vorige Woche eine Bekundung über Schommer gemacht, wonach jener 1901, als er noch Bergmann war, im Wahllokal es abgelehnt habe, einem Kameraden beim Stimmzettelverteilen zu helfen mit der Bemerkung: Wir sind nicht da zum Zettelverteilen, sondern zum Aufpassen, daß keiner den Zettel wechselt und um nachher Anzeige auf der Grube zu machen. — Schommer bestreitet in längerem Kreuzverhör alles; einmal will er, weil er inzwischen Steiger geworden ist, die Aussage verweigern, im übrigen gibt er keine präzisen Antworten, so daß man schließlich auf weitere Aufklärungsversuche zwischen den sich direkt widersprechenden Aussagen der beiden Zeugen verzichtet. Schepp hält seine Aussagen, die er schon früher vor Gericht bei der Wahlprotest-Beweiserhebung eidlich gemacht habe, aufrecht.

Als Zeugen über die

Lebenshaltung

und Wohnungsverhältnisse der Bergleute werden noch vernommen Fabrikbesitzer Vopelius aus Sulzbach und der frühere Hausierer Osterroth aus St. Johann. Ersterer bekundet über befriedigende Zustände in Sulzbach, die durchweg gut seien; letzterer erzählt von verschiedenen Dörfern, in denen manches zu wünschen übrigbleibe und führt an, daß es in benachbarten Orten Lothringens viel besser bestellt sei als in einigen Orten des Saarreviers; er habe seine Kenntnis aus eigener Erfahrung durch das Hausieren in den Häusern.

Den Schluß der Sitzung bilden längere Ausführungen des Sachverständigen Kaiser von Privatgrube Hostenbach und des Verteidigers Heine über die Unfall-Statistik im Bergbau, besonders im Saarrevier.

Versammlungen.

Zentralverband der Fleischer. Freitag den 12. Mai fand im großen Saale des Volkshauses eine öffentliche gut besuchte Fleischergesellen-Versammlung statt. Zu dem Thema: Wann wird die geregelte Arbeitszeit gesetzlich eingeführt und wem verdanken wir dies? sprach Kollege Krause-Hamburg. Er führte an, daß zum Herbst die Broschüre der vom Verband ausgegebenen Fragebogen fertiggestellt ist und die Regierung dann unbedingt, wenn sie derartiges zahlenmäßiges Material in den Händen hat, Aenderung schaffen muß. Ferner sei ein fester Zusammenhalt im Zentralverband notwendig. Des weiteren sprach er von der Abschaffung des Logis beim Meister. Er schilderte die Lehrlingszüchterei und Lohndrückerei durch Ausgelernte und das Verdrängen der älteren Kollegen. Er forderte noch auf, bei der nächsten Gesellenausschußwahl solche Gesellen zu wählen, die die Interessen ihrer Kollegen richtig vertreten. Unter reichem Beifall schloß er seinen ¾stündigen Vortrag. Die Kollegen Weiß, Fiedler und Koppermann schlossen sich den Ausführungen des Referenten an und folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erklärt, jetzt erst recht darauf hinzuwirken, alle unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen mit allen Mitteln aufzuklären und der einzigen richtigen Vereinigung, die hier andere Zustände schaffen kann, dem Zentralverbande, zuzuführen." Altgeselle Rathenow erklärte, stets für die Kollegen eingetreten zu sein. Kollege Krause widerlegte ihm dies, da nicht ein einziger Beweis vorliege und er sein jeder großer Gegner des Verbandes sei. Kollege Weiß führte noch verschiedene Mißstände an. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß die Versammlung. Es wurden noch einige Aufnahmen gemacht. (Eing. 19./5.)

Brauer. Sonnabend den 13. Mai fand im Trianon eine öffentliche Versammlung der Brauer statt. Zu Punkt Statutenabänderung des Arbeitsnachweises wurde das geradezu unverständliche Verhalten der Ringbrauereien stark kritisiert, alle Redner waren der Meinung, daß, nachdem das neue Statut seit 1. April 1904 in Kraft treten sollte, jedoch eine Unterzeichnung desselben von seiten des Vorstandes der Ringbrauereien noch nicht erfolgt ist, dieses für die Arbeitslosen von Nachteil sei, indem der Leiter des Arbeitsnachweises immer noch nach dem alten Statut verfahren müsse, weil ein neues eben noch nicht bestätigt sei. Die Herren, die genug gebildet wären, müßten doch wissen, daß unter derartige Abmachungen eine Unterschrift der beschließenden Parteien gehöre. Aus diesem Grunde wird eine Kommission gewählt, die noch einmal mit dem Syndikus der Ringbrauereien Rücksprache nehmen soll. Erfolgt hierauf eine Bestätigung des Statuts nicht, so würde eine weitere Versammlung energisch Stellung nehmen müssen. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten der Waldschlößchen-Kollegen kritisiert, indem sie sich von den Unterbeamten beeinflussen lassen, und ihre Unterschrift zu dem Fackelzug geben, es sei organisierter Arbeiter nicht würdig, gegen ihre Ueberzeugung an solchen Huldigungen teilzunehmen. Des weiteren wurde von den Kollegen der Feldschlößchen-Brauerei über Mangel an Arbeitskräften Klage geführt, dabei betont, daß dadurch die unbedingte Sauberkeit nicht richtig beachtet werden könne. Nachdem noch aufgefordert wurde, die Extra-Beiträge für die Ausgesperrten im Rheinland und Westfalen zu entrichten, erfolgte Schluß der Versammlung. (Eing. 19./5.)

Leuben. Die Gruppe Leuben hielt am 18. Mai im Gasthof Leuben eine Versammlung ab, die als eine Art Schillerabend gedacht war. Genosse Wendel betonte in einem eingehenden Vortrag die historische Stellung Schillers als Vorkämpfer der bürgerlichen Klasse und der bürgerlichen Aufklärung, legte die Entwicklung des Schillerschen Freiheitsbegriffes dar und wies auf das schreiende Mißverhältnis zwischen den Schillers Freiheitsgeist verherrlichenden Reden und den Werken der offiziellen und bürgerlichen Welt hin. Hierauf rezitierte er eine Anzahl Schillerscher Gedichte. Die Versammlung hätte besser besucht sein können. (Eing. 19./5.)

Vermischtes.

Die gewaltige Wirkung eines Blitzstrahls zeigte sich bei einem der Gewitter, die Ende voriger Woche in Treuenbrietzen niedergingen. Vor der Papierfabrik stand eine alte Esche, die vom Blitz getroffen wurde. Der etwa einen Meter starke Stamm wurde vollständig zersplittert, die meterlangen starken Splitter aber bis 70 Meter über die Fabrikgebäude geschleudert, so daß sie Dächer und Fensterscheiben zertrümmerten. Die Fabrik hatte bereits ihre elektrische Beleuchtung eingeschaltet, als der Blitz herniederkam. In diesem Augenblick erloschen sämtliche Lampen und diejenigen in der Reparaturwerkstätte, die der Esche am nächsten war, wurden in Atome zersplittert und von den Leitungen gerissen. An den Verteilungs- und Schalttafeln wurden die Sicherheitsstreifen und Stöpsel mit pistolenschußartigen Detonationen herausgeschleudert und geschmolzen. Die meisten elektrischen Lampen explodierten und wurden unbrauchbar. In der Reparaturwerkstatt war der Arbeiter Herzog mit dem Schleifen von Messern beschäftigt, als der Blitz die vier Meter von seinem Standort entfernte Esche traf. Alle an der Wand der Werkstätte stehenden oder hängenden Eisenteile wurden nach der Mitte zu geschleudert, die Werkstatt bildete ein Feuermeer, aber wie ein Wunder blieb Herzog unversehrt; er wurde nur über und über mit einer Rußmasse, die aus der Schmiedeesse herabkam, beschüttet, so daß er aussah wie ein Schornsteinfeger, als er zu seinen Arbeitsgenossen in den Fabriksaal eilte.

Dresdner Theater.

Freitag den 26. Mai 1905.

Opernhaus. (Altstadt.) Geschlossen.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Miß Hobbs. Lustspiel in vier Aufzügen von Jerome K. Jerome. Anfang 7½ Uhr.

Residenztheater. Gastspiel des Schlierseer Bauerntheaters. Der Protzenbauer. Anfang 7½ Uhr.

Zentraltheater. Gastspiel des K. K. Karl-Theaters in Wien. Der Göttergatte. Operette in drei Akten von B. Leon und L. Stein. Musik von Franz Lehar. Anfang 7½ Uhr.

Bitte ausschneiden!

Ich will

daß ein jeder Gelegenheit hat, sich für

wenig Geld

ein erstklassiges Fahr-Rad zu leisten.

Ich biete Ihnen diesen Vorteil

indem ich Ihnen hiermit das Rad

offeriere. — Dasselbe besitzt

Torpedo- oder Atlas-Freilauf.

Ich gebe auf das Rad 12 Monate Garantie.

Das Alexandra-Rad kostet per Kasse

99.50 M.

Damen-Räder mit Torpedo- od. Atlas-Freilauf 112 M.

Teilzahlung gestattet.

Tausende Fahrradmäntel u. Schläuche aller Art billig.

Decken 3.95 M., Schläuche 2.95 M. Mit 12 monatiger Garantie: Decken 5.50 M., Schläuche 4.50 M., soweit der Vorrat reicht.

Germania-Fahrräder

der Firma **Seidel & Naumann, A.-G., Dresden**

von **150 M.** an.

mit **15 Prozent Kassa-Skonto** (auch auf Teilzahlung).

Dürkopp-Motor-Räder 675 M. Teilzahlung gestattet.

Germania-Motor-Räder 800 M. Teilzahlung gestattet.

Fahrradzubehör in größter Auswahl.

Ich will Ihr Geld nicht haben

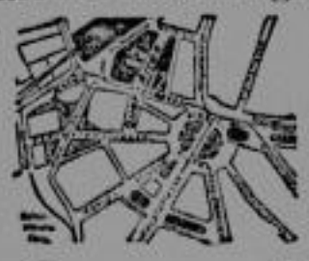
wenn Sie mit meiner Ware nicht tadellos zufrieden sind.

Ich gebe Ihnen Ihr Geld zurück

wenn Sie mir meine Ware am Tage des Erhaltens per Nachnahme zurücksenden.

Ein Risiko ist also ausgeschlossen.

Einkauf von Alt-Gummi.



Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.

Otto Georg Möller

Gummi- und Fahrrad-Versandhaus

Dresden-Neustadt

Antonstrasse 12. am Neustädter Bahnhof. — Telephon: 551

Zur Linde

Nausslitz, Kesselsdorferstr. 80. Tel. 9202.

Morgen Freitag **Gr. Schlachtfest.**

Restaurations-Uebernahme.

Werten Freunden, Bekannten und Nachbarn die ergebene Mitteilung, daß wir mit heutigem Tage das altrenommierte

Paulitz^sche Restaurant, Liliengasse 25

übernommen haben. Es wird unser Bestreben sein, die uns beehrenden Gäste mit nur **bestgepflegten Bieren** und **vorzüglichen Speisen** zu bedienen und bitten um gütige Unterstützung unseres neuen Unternehmens.

Hochachtungsvoll

Hermann Möbius und **Frau**
früher Pächter des Diana-Tunnels.

Schützenhaus Dippoldiswalde

3 Minuten vom Bahnhof

empfiehlt den geehrten **Vereinen** und **Gewerkschaften** bei Ausflügen und Partien seinen **herrlichen Lindengarten, großen Tanzsaal** mit Nebenräumen, zirka 1000 Personen fassend, sowie seine **Asphaltkegelbahn.** Jeden Sonntag **Garten-Freikonzert.**

NB. Der Saal steht jederzeit zur Verfügung.

Hochachtungsvoll **Otto Börner.**

Rudolphs Zahn-Atelier

Wettinerstrasse 20. Telephon Nr. 2355.

Fast jeder kann seine eigenen **Zähne** erhalten durch **haltbare unsichtbare Plomben.**

Plast. — Porzellan — Gold — Amalgame etc.

Zahnersatz in nur erstklass. Ausführung. Bequeme Zahlungsweise! Kleine Preise!

Die

Produktivgenossenschaft der Schneider

Galeriestraße 13, 1. Etage

hält sich der Arbeiterschaft von Dresden u. Umg. aufs beste empfohlen.

Grosses Lager in Saison-Neuheiten.

Anfertigung einfachster u. elegantester Garderobe.

NB. Werte Partei- und Gewerkschaftsgenossen werden höflichst gebeten, das Unternehmen mehr wie bisher zu unterstützen.

Knaben-Anzüge

Eigene Anfertigung
Schick. Billig. Dauerhaft.
Blaue Herren-Schnürjacken, Sweaters.
Hermann Pahr
41 Wettinerstrasse 41.

Arbeiter 15% Rabatt

Künstliche Zähne, Plomben, Zahnziehen schmerzlos

Teilzahlung.

Zahnatelier Louis Wlk, Bischofsplatz 6.

Schuhwaren-Verkauf.

Infolge Auflösung des **Kommissions-Lagers** gelangt im Auftrage des Herrn Wilhelm May hier das **Dürerstrasse 17** befindliche grosse

Schuhwaren-Lager meist bessere Sachen

in **Boxcalf, Chevreaux** und **Wichscalf**

für Herren, Damen und Kinder bei herabgesetzten Preisen bis **zum 7. Juni 1905** zum Ausverkauf. Von da ab eventuell Versteigerung der Restbestände.

Friedrich Schlechte, Auktionator u. verpfl. Taxator, Amalienstr. 12.

Von letzten Dampferzufuhren heut eingetroffen:

Schellfisch, „Helgoländer" in Fischen von 1—1½ Pfd.
Schellfisch ohne Kopf nur Fleisch, in Fischen . . .
Kabeljau ohne Kopf nur Fleisch, in Fischen . . .

Pfd. 25 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis!

Aus gestrigen schottischen Dampfern etwa morgen zu erwarten:

feinste vollreife fette

neue Matjesheringe

zu billigsten Preisen.

Hochfeine neue Maltakartoffeln Pfd. 16 Pf.

Freitag den 26. d. M.
Sonnabend den 27. d. M.

gelangen **unter Taxe** zum freihändigen Verkauf: Wachstischdecken von 1 M. an, Tischläufer von 1 M. an, gestickte Tuch- und Plüschtischdecken von 2½ M. an. Steppdecken v. 3 M. an. Ein Fabriklager besserer **Gardinen-Reste,** passend zu 1 bis 8 Fenstern, Etageres, Vitragen, Spachteln. **Teppiche** mit kleinen Webfehlern von 5, 6, 7, 8, 10, 12, 25 M. an. Außerdem 6 **Polstergarnituren,** 10 Chaiselongues, 36 Sofas, 18 Bettstellen mit Federmatratzen, Kleiderschränke, Vertikos, Küchenschränke, dergl. Tische, Stühle, Bänke, Ausreib- u. Stehtische, 300 Rohrlehnstühle, 6 **Nußbaum-Trumeaus,** 40 Pfeiler- u. Console Spiegel, 10 **Herren-Schreibtische.**

34 Marschallstr. 34. Telephon: 1225. **M. Jaffé,** Auktionator.

Apfelblüte-Ranken	30	Pf.
Feldblumen-Ranken	40	„
Gänseblumen-Ranken	125	„
Heckenrosen-Ranken	50	„
Johannisbeer-Ranken	100	„
Kirschen-Ranken	50	„
Maiblumen-Ranken	75	„
Margueriten-Ranken	15	„
Mohnblumen-Ranken	40	„
Rosen-Ranken	60	„
Primel-Ranken	25	„
Vergißmeinnicht-Ranken	40	„
Wein-Ranken	50	„

HESSE, Scheffelstr. **12.**

Consumverein Vorwärts Dresden.

Soeben eingetroffen:

Neue Castlebay-Matjes Stück **12** Pf.

Neue ital. Kartoffeln Pfund **12** Pf.

Ferner empfehlen wir:

Preißelbeeren in 50 Prozent Raffinade gesotten Pfund **34** Pf.

Versuchen Sie gebrannten

Kaffee 80

Pfund **80** Pf. beim

Schokol.-Hering.

Uhren!

Herren- und Damenuhren von **5.50** M. an.
2jähr. schriftl. Garantie.
Neue Feder 1 M.
Reparieren u. Reinigen **1,50** M.

Ernst Rämisch, Uhrmacher
nur Wettinerstrasse 7
vis-à-vis dem **Tivoli.**

Stolz

kann jeder sein, der eine zarte, weiße Haut, rosiges jugendliches Aussehen und ein Gesicht ohne Sommersprossen und Hautunreinigkeiten hat, daher gebrauche man nur

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

v. Bergmann & Co., Radebeul
mit Schutzmarke: **Steckenpferd.**

à Stück 50 Pf. bei:
Hermann Roch, Altmarkt 5.
Weigel & Zech, Marienstraße 12.
Ludw. Kunzelmann, am See 56.
Paul Linke, Hauptstraße 11.
Franz Teichmann, Striesenerstr. 21.
Tscherulich, Turerstr., Blasewitzerstr.
H. Drechsel, Wintergartenstr. 70.
Otto Friedrich, Grenadierstr. 2.
Residenz Drogerie, Grunaerstraße.
Carola-Parfümerie, N.-Johannstr.
P. Lachmann Nchfl., Wettinerstr. 53.
Ernst Drebler, Pieschen-Dresden.

---

bestes erstkl. Solidaria-Fabrikrad auf Wunsch **Teilzahlung.** Anzahl. 20, 30, 50 M. Abz. 8—15 M. mon. Reichsräder von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko.

J. Jeudrosch & Co.
Charlottenburg 5. No. 321.

Für Knaben!

Reste! zu Anzügen und Hosen wegen klein, unbedeutender Fehler zum halben Werte.

Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

Herren-Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13.

Vorstadt Löbtau, Frankenbergstrasse 14.

Schöne Parterre-Wohnung, best. aus 2 Stuben, Kammer, Küche u. Zubeh., Preis 280 M., zu verm. Näh. bat. oder Kesselsdorferstr. 70, 1.

Vereins-Zimmer Bürger-Schänke.

Wascht mit Schwan

Gelegenheit! Herrenanzüge! aus prima Stoffen, fällt u. modern **26** und **28** M. **Tuchlager, Amalienstraße 17, 1. Et.**

Fisch-Götze, Marienhofstraße.

Kinderwagen u. Sportwagen billiger wie im Laden. Große Auswahl. Liliengasse Nr. 8, part.

Gelegenheitskauf!

Neue **Anzüge,** 1 **Posten neue u. getr. Schuhe** und herrschaftl. getr. **Herrenkleidung** verk. bill. Gebler, Schneidermst., Drehgasse 8, 1.

Rester.

Kleiderstoffe, waschecht; Blusenstoffe billigst **Werderstr. 32, pt.**

Billigste Bezugsquelle für

Cigarren

100 Stück

3 Pf.-Zigarren	M. 2.—	2.20	2.40
4 „	„ 2.60	2.80	3.—
5 „	„ 3.40	3.60	3.80
6 „	„ 4.20	4.50	4.80
8 „	„ 5.40	5.60	5.80
10 „	„ 6.50	7.—	7.50

Musterkisten von **100 Stück,** enthalt. **10** verschiedene Sorten von **je 10 Stück** nach beliebig. Wahl, stehen zu Diensten.

Karl Streubel
Dresden-A., Wettinerstr. 13, r.

Der neueste illustr. Preiskurant wird jedem auf Wunsch franko zugesandt.

Wir empfehlen unsern Lesern zum Abonnement:

In Freien Stunden

Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk
wöchentl. ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.

Gute Unterhaltungslektüre!

Der neue Jahrgang beginnt mit dem überaus spannenden Roman

Im Banne der Versuchung
von **B. Malor**
Illustrationen von **J. Damberger**

Abonnenten können jederzeit eintreten.

Schönes Haus mit großem Gemüsegart., Nähe Dresdens, ist billig zu verkaufen. Hypoth. fest, Anzahlung mäßig, voll vermietet u. gut verzinst. Näheres u. **M. H. 100.** postlagernd **Pirna.**

Ehrenerklärung.

Ich bedauere, über den Bauarbeiter **Joseph Schiel** die Unwahrheit gesagt zu haben.

Dresden-Striesen, 24. Mai 1905.

Ernst Boden.

---

2 Herren finden freundliche **Schlafstelle** **Großzschachwitz,** Moltkestr. 1, 1.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den überaus herrlichen Blumenschmuck beim Heimgange unserer lieben Frau und Mutter

Olga Friedel

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Schmidt für die trostreichen Worte am Grabe, sowie meinen Arbeitskollegen für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte.

Dresden, den 23. Mai 1905.

Hugo Friedel nebst Tochter.

Neu! **Sensationell!**

Ewiges Feuer durch **selbstzünd. Feuerzeug „PLATINA".**

M. 1.25

Versagt nie! funktioniert dauernd, auch bei Sturm und Regen!

Der beste Zünder der Gegenwart für Zigarren und Zigaretten!

Die beim Oeffnen des Deckels zum **Platin-Glühstein** tretende Luft bringt denselben sofort zum Glühen, so dass an ihm direkt die Zigarre oder Zigarette entzündet wird. Mit Schliessen des Deckels hört das Glühen sof. wieder auf. Keine offene Flamme! Keine elektr. Batterie! Kein Benzin! Keine Pulverzündg.! Gänzl. geruchlos!

Zu beziehen durch **Galanterie-, Kurzwaren-** u. **Zigarrengeschäfte** oder direkt von **Herm. Hurwitz & Co., Berlin C., Stralauerstrasse 56.**

Curt Wilkerling, Pieschen, Mohnstr. 2.

Tischler- und Polstermöbel in großer Auswahl. Lieferung auch Ausstattungen, auch auf Teilzahlung. Umarbeitung sämtlicher **Polstermöbel. Grosses Stuhl- und Spiegellager.** Reelle Bedienung.

Hut- und Mode-Basar

von

Hermann Herberg

Kesselsdorferstr. 18. **Löbtau.** Kesselsdorferstr. 18.

Damen- und Herren-

Strohhüte

in riesiger Auswahl zu billigsten Preisen.

Sonnen- u. Regenschirme × Krawatten × Wäsche

Kesselsdorferstr. 18. **Löbtau.** Kesselsdorferstr. 18.

SCHILLER

Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter

Von

FRANZ MEHRING

Preis 1.00 Mark Preis 1.00 M.

Zu beziehen durch **Die Expedition, Zwinger** [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19050525/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG